



# MAGAZIN

*Bestelln*

zeitschrift für zivilschutz, katastrophenschutz und selbstschutz

**1977** Januar





# Neues Feuerwehrgebäude für Bremer Flughafen

Am 4. Januar wurde auf dem Bremer Flughafen das neue Feuerwehrgebäude in Betrieb genommen. Die Ansprache zur offiziellen Einweihung hielt der Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr, Oswald Brinkmann. Er sagte u. a.: „Nach den neuesten Richtlinien der ICAO (International Civil Aviation Association) hat jeder Verkehrsflughafen, also auch Bremen, eine bestimmte Menge Löschmittel für den Eventualfall bereitzuhalten. Danach muß die Bremer Flughafenfeuerwehr entsprechend der Größe der die Hansestadt anfliegenden Verkehrsmaschinen mindestens 18 200 Liter Wasser zur Schaumerzeugung zur Verfügung halten, wobei die Löschfahrzeuge in der Lage sein müssen, insgesamt

7 200 Liter in der Minute auszustoßen. Diese ICAO-Forderungen hatten für Bremen zwei Konsequenzen: die Anschaffung eines Großlöschfahrzeuges und den Bau eines neuen Feuerwehrgebäudes. Die bislang in der Flugzeughalle A untergebrachten Flughafenfeuerwehren konnten nämlich aus Platzgründen nur zu je zwei hintereinanderstehen, so daß die Gefahr bestand, daß im Alarmfall 50 Prozent der Löschkapazität ausfiel. Geräte- und Kontrollwagen standen sogar im Freien, und auch die Wartungsarbeiten konnten nur unter freiem Himmel durchgeführt werden. Sozialräume und Sanitätseinrichtungen waren zudem miserabel.“ Bei einem Rundgang konnten sich alle Gäste davon

überzeugen, daß in dem neuen Gebäude und seinen Einrichtungen der jeweils neueste Stand der Technik Berücksichtigung gefunden hat.

Das zweigeschossige Gebäude mit 6 350 m<sup>3</sup> umbauten Raum hat im Erdgeschoß eine Wagenhalle mit sieben Stellplätzen für Löschfahrzeuge, ferner Aufenthalts- und Sozialräume, Werkstätten und Versorgungsräume. Die sieben Falttüre der Wagenhalle werden über Druckluft geöffnet, der sowohl elektrisch als auch mechanisch ausgelöst werden kann. Das Obergeschoß enthält den Einsatzleitraum mit dem Einsatzleitplatz und dem Relaisraum für die Alarmanlage, Büroräume sowie Ruhe- und Sanitätsräume für eine Gesamtbe-

satzung von 25 Feuerwehrleuten.

Die Zentraleinrichtung des Einsatzleitplatzes ist voll elektronisch aufgebaut. Hier laufen alle Fäden zusammen. Von hier erfolgt auch die optische und akustische Alarmierung der Einsatzkräfte und die automatische Öffnung der Hallentore. An den Toren der Halle auf dem Vorplatz der Wache wird der Einsatzort für FW-Fahrzeuge automatisch durch Richtungspfeile angezeigt.

Die nachrichtentechnischen Anlagen gewährleisten die Aufrechterhaltung eines unterbrechungsfreien Betriebs auch bei Netzausfall. Der Flughafen Bremen hat nun eine Feuerwache, die in jeder Hinsicht für die Zukunft gerüstet ist.



Links: Senator Brinkmann (links) übergibt den Neubau der Bremer Flughafenfeuerwehr offiziell an Flughafendirektor Mücke.

Rechts: Dieses Großlöschfahrzeug ist eine Neuanschaffung.

Unten: Blick auf das neue Feuerwehrgebäude auf dem Bremer Flughafen.





# MAGAZIN 1'77



## Aus dem Inhalt

### Seite 4:

„Perspektiven der Entwicklung“ – Neue Geräte des Atemschutzes, des Gasspürens und des Sanitätswesens.

### Seite 9:

„Technisches Hilfswerk im Katastrophenschutz“ – Innenminister Dr. Bruno Merk auf der Landestagung des THW in Bayern.

### Seite 11:

„Moderne Funkinformationssysteme“ – Vor allem bei Sicherheitsbehörden sind bestimmte Aufgaben nur mit drahtloser Alarmierung zu lösen.

### Seite 17:

„Alles über Feuerlöscher“ – Sie verhindern, daß aus Kleinbränden Brandkatastrophen werden.

### Seite 22:

„Großsprengung im Münchener Westen“ – 1200 Einsatzstunden – 2300 Bohrlöcher – 160 kg Sprengstoff.

### Seite 25:

„Wünsche sollen berücksichtigt werden“ – Entgegnung zu der Veröffentlichung von ASB, JUH und MHD zu den Grundsätzen für die Ausbildung von Rettungssanitätern.

### Seite 26:

„S.A.V.E. = Schnelle Ambulante Vorklinische Erstversorgung“ – Rettungswagen der achtziger Jahre.

### Umschlagseite 3:

„Das Minimagazin“ – In diesem Monat: Unfälle verhüten.

## Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz 5 Köln 41, Eupener Straße 74  
Telefon: (02 21) 4 98 81

## Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „ZS-MAGAZIN“ erscheint monatlich

## Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

## Redaktion:

Jochen von Arnim  
Helmut Freutel  
Erich W. van gen Hassend  
Dr. Evelyn Henselder  
Alfred Kirchner  
Horst Pieper

## Anschrift der Redaktion:

5 Köln 41, Eupener Straße 74  
Postfach: 450 247, Ruf (02 21) 4 98 81

## Grafik und Layout:

Jan Peter Lichtenford  
4020 Mettmann

## Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker,  
Postfach 140, 3508 Melsungen  
Tel.: (0 56 61) 8 86-8 88, Telex: 09-9960

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.  
Abonnement vierteljährlich DM 8,40, jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 5,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.





## UMSCHAU

### Grußwort des Ministers

Bundesinnenminister Prof. Dr. Werner Maihofer hat zum Jahreswechsel folgendes Grußwort an die freiwilligen Helferinnen und Helfer des Katastrophenschutzes gerichtet:

„Die freiwilligen Helfer in den öffentlichen und privaten Hilfsorganisationen sind in unserer Gesellschaft unentbehrlich. Ihre Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe, ihr aktives und selbstloses Engagement für die Allgemeinheit bilden die Grundlage jedes wirkungsvollen Katastrophenschutzes.

In zahlreichen Einsätzen bei Katastrophen und Unglücksfällen im In- und Ausland haben Sie, liebe Helferinnen und Helfer, auch im Jahre 1976 wieder in vorbildlicher Weise in Not geratenen Menschen geholfen. Ich denke dabei an die erfolgreiche Hilfsaktion anlässlich der Sturmflut in Norddeutschland, an Ihre tatkräftige Mitarbeit bei der Überwindung der Folgen der Dürreperiode des Sommers und Ihr humanitäres Wirken in den Erdbebengebieten Norditaliens und der Türkei. Nicht weniger aner kennenswert ist Ihre bei den vielen Notfällen des täglichen Lebens geleistete Hilfe, die sich nicht selten im Stillen abspielt und im Alltag allzu häufig unbeachtet bleibt.

Für diesen aufopferungsvollen Dienst am Nächsten verdienen Sie unser aller Respekt. Ich spreche Ihnen im Namen der Bundesregierung und persönlich meinen aufrichtigen Dank aus und verbinde hiermit meine besten Wünsche für ein gutes Jahr 1977.“

### Schutzzeichen für Kulturgüter

Das blauweiße Kulturgüterschild, das im Haager Abkommen von 1954 für alle aufgenommenen Kulturgüter vereinbart wurde, soll in diesem Jahr

vom Schweizer Bundesrat 600 ausgewählten Kulturgütern im eigenen Land zugeteilt werden. Dies kündigte ein Sprecher des Eidgenössischen Departements des Innern in einem Referat vor der Schweizerischen Gesellschaft für Kulturgüterschutz an. Dazu hat das Innenministerium der Schweiz vor, einen Gesetzentwurf für die kantonale Gesetzgebung zum Schutz des Kulturgutes vorzulegen. Ein viersprachiges Handbuch über den Kulturgüterschutz in der Schweiz soll aufgelegt werden. Dazu wird im August die Schweizerische Post eine Sondermarke zum Thema des Kulturgüterschutzes herausgeben.

### Über 600 000 Erdbebenopfer in China

Bei dem schweren Erdbeben in Nordchina im Juli des letzten Jahres sind nach den Angaben in einem Parteibericht für die Funktionäre der betroffenen Provinzen genau 655 237 Menschen ums Leben gekommen. Die Zahl der Verletzten soll nach diesem Geheimbericht 779 000 Personen betragen haben. Offiziell haben die chinesischen Behörden noch keine Zahlen zur Großkatastrophe veröffentlicht. Der KP-Vorsitzende Hua Kou-feng hatte bei seiner Rede vor Landwirtschaftsfunktionären festgestellt, daß das Beben „einen in der Geschichte seltenen Verlust an Menschenleben und Eigentum verursacht“ habe. Die Auslandskorrespondenten in Peking hatten – wie berichtet – die Organisation des chinesischen Zivil- und Katastrophenschutzes bei der Katastrophe als sehr wirksam dargestellt.

### Über humanitäres Völkerrecht informieren

Fragen des humanitären Völkerrechts und seine Verbreitungsmethoden behandelte das erste vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes in Genf veranstaltete Seminar für Nationale Gesellschaften. Zehn Rotkreuz- oder Rothalbmondgesellschaften entsandten ihre Vertreter. Das Seminar, das zwei Wochen dauerte, behandelte neben den grundsätzlichen Fragen auch die Verbreitung dieser humanitären Regeln und nutzte dabei die Verwandtschaft zu ähnlichen Gesetzen der Koran-Religionen oder zu Formen des afrikanischen Gewohnheitsrechtes. Informa-

tionsmaterialien über das humanitäre Völkerrecht sollen nach dem Ergebnis der Veranstaltung in Schulen, Universitäten und in den Streitkräften eingesetzt werden. Das Seminar soll nun in außereuropäischen Ländern fortgesetzt werden.

In seiner Rede vor den Teilnehmern der IKRK-Veranstaltung in Genf forderte IKRK-Präsident Alexandre Hay die einzelnen Nationalen Gesellschaften auf, mehr für die Verbreitung des humanitären Völkerrechts zu tun. Es sei leider festzustellen, daß die meisten Staaten nichts für die Verbreitung des Völkerrechts seit 1949 getan hätten. In einem Seminarpapier, das als „Schlußfolgerungen“ bezeichnet wurde, forderten die teilnehmenden Nationalen Gesellschaften Richtlinien für die Unterrichtsmethoden zum Thema Genfer Abkommen für die Streitkräfte und für den Haushalt jeder Nationalen Gesellschaft den Budgetansatz für ein Verbreitungsprogramm.

### ADAC-Straßenwacht zog Bilanz

Insgesamt über 650 000 Pannen haben im letzten Jahr die 814 Pannemänner der ADAC-Straßenwacht beseitigt. Diese Zahl nannte ADAC-Präsident Franz Stadler bei einer Jahresabschlussfeier der „gelben Engel“ in München. In mehr als 250 000 Fällen hätten sie dazu mit Ratschlägen und Auskünften zur Verfügung gestanden, hätten Erste Hilfe geleistet und die Verkehrsregelung nach Unfällen übernommen. Insgesamt wurden vom ADAC nach den Angaben Stadlers 6352 Autobahn- und 5583 Bundesstraßenkilometer betreut. Alle 17 Sekunden wird nach diesen Zahlen eine Hilfeleistung dieser Art vom ADAC durchgeführt. Allein in München hätten im letzten Jahr 79 Helfer 34 521 Pannen behoben.

### „Christoph 12“ macht Versuchslandung auf Ostseefährrschiff

Rund ein Drittel des Einzugsbereiches des Eutiner Rettungshubschraubers „Christoph 12“ ist offene See. Die beiden größten Fährhäfen der Bundesrepublik, Lübeck-Travemünde und Kiel, liegen mit über 20 Fährrouen innerhalb des 50-km-Radius. Es war die Idee des ADAC Schleswig-Holstein, „Christoph 12“



probeweise auf der „Stena Scandinavica“, einem Fährschiff der Stena Linie, landen zu lassen.

Die Landung auf dem mit rund 18 Knoten (ca. 33 km/h) fahrenden Schiff verlief komplikationslos und ist von der Presse entsprechend gewürdigt worden.

Die BO 105 ist leicht genug, um auf dem Landedeck eines Fährschiffes aufsetzen zu können. Dadurch kann der Notarzt schon nach wenigen Minuten an Bord sein, um bei schweren Verletzungen oder akuten Erkrankungen von Passagieren oder Besatzung zu helfen.

Auch andere Fährreedereien haben inzwischen mitgeteilt, daß die Landung des leichten und wendigen Rettungshubschraubers auf ihren Fährschiffen problemlos sein wird. Über den vom ADAC initiierten Versuch haben sich die Vertreter des schleswig-holsteinischen Innen- und Sozialministeriums positiv geäußert.

### **Betriebskostenzuschüsse in Nordrhein-Westfalen durch Verordnung geregelt**

Für die Gewährung von Landeszuschüssen zu den Betriebskosten des Rettungsdienstes gilt in Nordrhein-Westfalen seit dem 13. 7. 1976 eine Verordnung des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Danach werden als zuwendungsfähige Betriebskosten der persönliche und sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand, der bei der Durchführung des Rettungsdienstes entsteht, gewertet, soweit er nicht durch spezielle Entgelte oder zweckgebundene Zuwendungen Dritter gedeckt wird. Die Kreise und kreisfreien Städte, die sich zu Trägergemeinschaften für Rettungshubschrauber-Stationen zusammengeschlossen haben, erhalten als Zuweisung zu den zuwendungsfähigen Betriebskosten einen Festbetrag von je DM 5 000,- jährlich. Wo bei Indienststellung von Rettungshubschraubern solche Trägervereinbarungen noch nicht getroffen sind, leistet das Land einen einmaligen Zuschuß in Höhe von DM 50 000,- für ein volles Betriebsjahr. Die Hauptlast der Defizitabsicherung tragen für die in Nordrhein-Westfalen eingesetzten Rettungshubschrauber die aus den im Nahbereich der RTH aus Kreisen und Städten gebildeten Trägergemeinschaften, die Umlagen bei ihren Mitgliedern bis zur Höhe von DM 20 000,- pro Jahr erheben.

### **Neue Form des Grundlehrgangs**

Die Gefahren des Alltags soll die neue Form des Selbstschutz-Grundlehrgangs stärker einbeziehen, der nun in seinem umgestalteten Ablauf mit neu eingebauten Teilbereichen in der Bundeshauptstelle des BVS in Köln Vertretern des Bundesinnenministeriums und des Bundesverbandes für den Selbstschutz vorgeführt wurde. Wie BVS-Ausbildungsreferent Häusler den fachkundigen Zuhörern, unter ihnen Ministerialdirektor Thomsen und der Direktor des BVS, Franke, sowie den 20 Lehrgangsteilnehmern aus der Bundeshauptstelle mitteilte, seien in den inhaltlich und didaktisch umgeformten Lehrgangsablauf die Erfahrungen der bisherigen achtjährigen Arbeit mit dem Grundlehrgang des Selbstschutzes eingeflossen.

Nach Häuslers Angaben seien vor allem die Betriebe sehr daran interessiert, den „Betriebsalltag im Grundlehrgang behandelt“ zu sehen. Au-

ßerdem habe der neue Lehrgangstyp die Aufgabe, das Gefahrenbewußtsein des Bürgers zu wecken. Vier Stunden theoretischen Unterrichts, mit sieben Filmspots aufgelockert, befassen sich mit der Bedeutung des Zivilschutzes in der Bundesrepublik, mit dem IV. Genfer Abkommen zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegzeiten und greifen die Gefahren auf, die der Bevölkerung im Alltag und in einem möglichen Verteidigungsfall drohen. Der achtstündige praktische Teil umfaßt eine Ausbildung in der Bergung, im Brandschutz und in den Lebensrettenden Sofortmaßnahmen.

BVS-Ausbildungsreferent Häusler betonte, daß das Verhalten der Bevölkerung im Verteidigungsfall „ein wichtiger Schwerpunkt“ geblieben sei. Über drei Millionen Teilnehmer nahmen seit 1968 am Grundlehrgang des Bundesverbandes für den Selbstschutz teil.

Vertreter des Bundesinnenministeriums und des BVS beobachteten die Lehrgangsvorfürungen in der Bundeshauptstelle: (von links) BVS-Abteilungsleiter Umlauf, Direktor des BVS, Franke, Ministerialdirektor Thomsen und Dr. von Kempis, BMI.



20 Angehörige der Bundeshauptstelle absolvierten als erste Teilnehmer den umgestalteten Grundlehrgang des Selbstschutzes. Unser Bild zeigt einen Ausbildungsabschnitt zum Problembereich des Verletztentransportes.





Helmut Freutel

## Perspektiven der Entwicklung

Demonstration neuer Geräte des Atemschutzes, des Gasspürens und des Sanitätswesens an der Katastrophenschutzschule des Bundes

Im Rahmen der Fortbildung von Lehrkräften der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler veranstaltete das Drägerwerk, Lübeck, eine Vortragsreihe, zu der auch Gäste aus verschiedenen Bereichen des Zivil- und Katastrophenschutzes geladen waren. Sie alle sind auf die eine oder andere Weise mit der Thematik des Atemschutzes, des Gasspürens oder des Sanitätswesens befaßt. Da auf den Gebieten der Forschung und der Experimentalphysik stets neue Gesetze und Erscheinungen der Natur erdacht, gefunden und der Welt zum Geschenk gemacht werden, verbessert sich auch kontinuierlich die Art von Technik, die dazu dient, dem Menschen bei seinem Kampf gegen die

Gefahren und den Unbill seiner Umwelt die Gesundheit und das Leben zu erhalten.

### Preßluftatmer

Oft sind es nur geringfügige Änderungen an technischen Geräten wie eine neue einheitliche Farbgebung oder eine Verringerung des Gerätegewichts, doch die Auswirkungen in der Praxis können beachtlich sein.

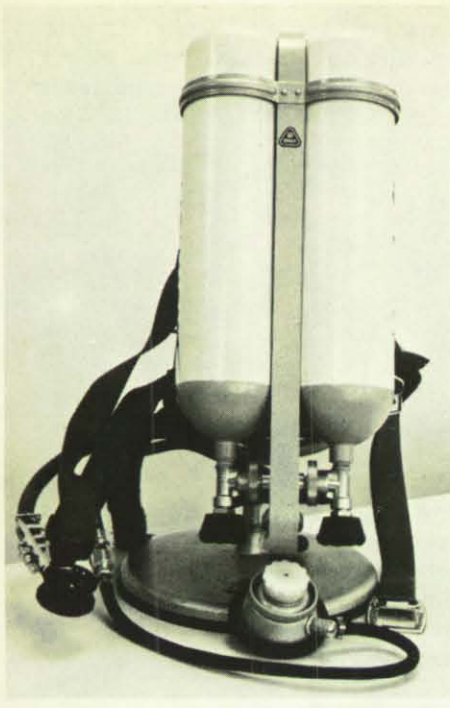
Ein gutes Beispiel hierfür ist der Preßluftatmer. Er hat sich seit Jahren überall dort bewährt, wo orts- und umluftunabhängiger Atemschutz notwendig ist. Der Atemschutzvorrat, bisher in zwei Stahlflaschen untergebracht, besteht aus Luft natürlicher Zusam-

mensetzung. Die Stahlflaschen mit dem hochkomprimierten Luftvorrat werden auf einem Rückentraggestell mit zum Einsatz genommen. In einem Druckminderer wird der Flaschen- druck auf einen gleichbleibenden Arbeitsdruck reduziert. Ein Lungenautomat steuert die Luftabgabe im Rhythmus der Atmung. Kontrolleinrichtungen wie Sicherheitsventil, Rückzugsignal und Manometer überwachen die Funktion während des Gebrauchs. Die Einsatzdauer ist abhängig vom Luftvorrat, aber auch von der Schwere der körperlichen Tätigkeit. Auch das Eigengewicht des Preßluftatmers spielt dabei eine Rolle. Die Frage war nun, wie man mit einer Senkung des Eigengewichts des Preßluftatmers weni-



Teilnehmer an einer Vortragsreihe an der KatS-Schule des Bundes erfuhren den neuesten Stand und hörten über Zukunftsaussichten auf den Gebieten des Atemschutzes, des Gasspürens und des Sanitätswesens.





Der Preßluftatmer, ein seit Jahren bewährtes Atemschutzgerät. Die Einatemluft wird bei diesem Typ zwei auf dem Rücken getragenen Preßluftflaschen durch ein lungenautomatisches Ventil entnommen, das selbständig die gewünschte Luftmenge liefert.



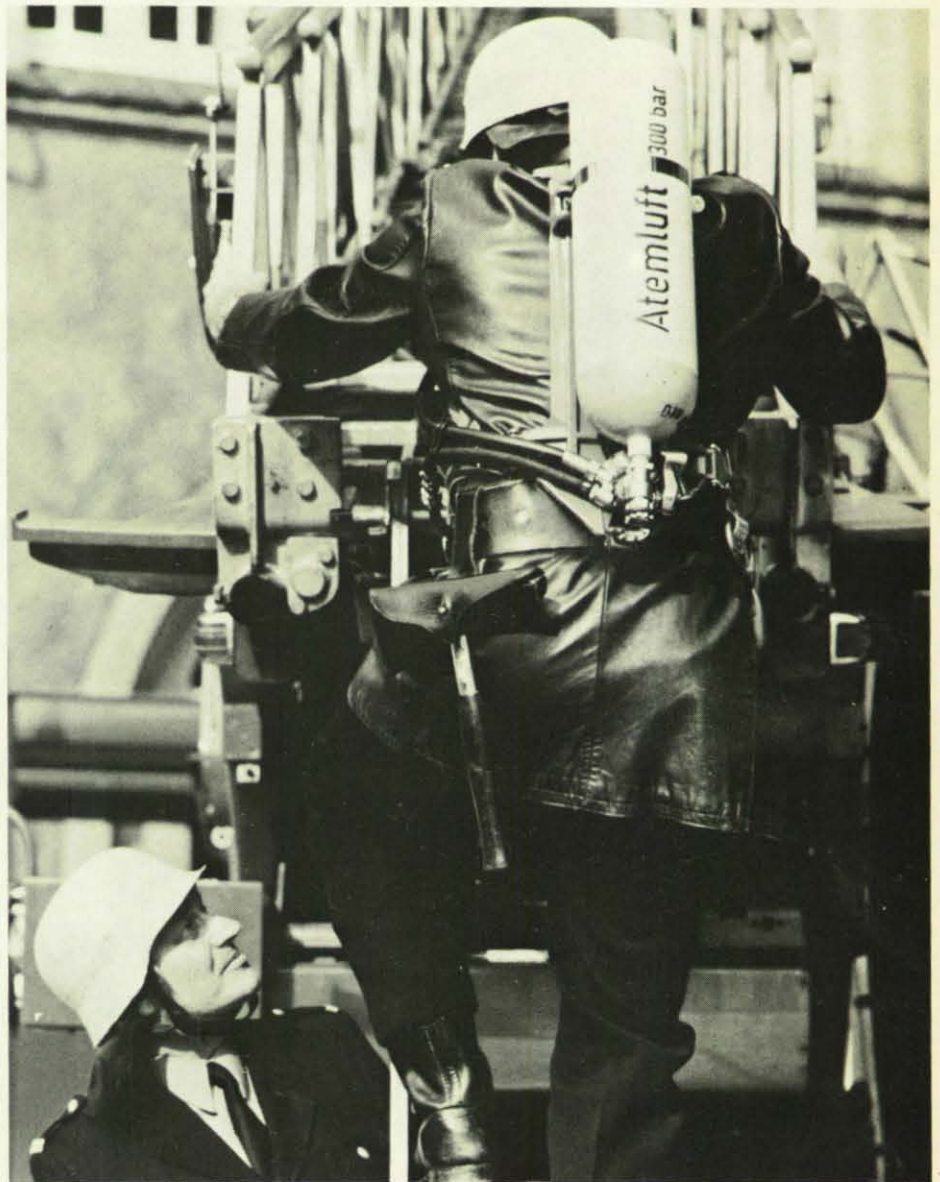
Ein Preßluftatmer, dessen Gewicht dadurch verringert werden konnte, daß er statt der zwei Stahlflaschen mit je 200 bar Fülldruck nur eine Vorratsflasche mit 300 bar Fülldruck und weniger Anschlußgeräte hat. Senkung des Gewichts bedeutet auch längere Einsatzdauer.

ger körperliche Anstrengung und so geringeren Atemluftverbrauch erzielen kann. Das ist damit gelungen, indem das neue Gerät nur noch eine Stahlflasche hat, weniger Anschlußgeräte benötigt und der Flaschendruck auf 300 bar erhöht wurde. Das bedeutet, daß die Gerätegebrauchszeit dem tatsächlichen Bedarfsfall besser angepaßt werden kann – ein Vorzug, der durch den Fortfall von Mehrgewicht erreicht werden konnte. Betrug früher das Gewicht 16,5 kg, beträgt es heute nur noch 13,7 kg.

### Hochdruck – Atemluft – Kompressor

Natürlich bringen solche Umstellungen auch weitere Probleme mit sich. So

mußte beispielsweise vermieden werden, daß eine 300-bar-Flasche zum Füllen an einen Kompressor angeschlossen werden kann, der nur für 200-bar-Flaschen vorgesehen ist und umgekehrt. Heute sind Atemluftkompressoren mit unverwechselbaren Füllanschlüssen sowohl für 200 bar als auch für 300 bar ausgerüstet. So ist z. B. der Hochdruck-Atemluft-Kompressor DK 24-300 eine komplette Anlage zum Füllen von Druckluftflaschen mit Fülldrücken von 200 bzw. 300 bar. Der Kompressor ist zum Komprimieren und zum Füllen atembarer Druckluft mit Ansaugfilter, Zwischenkühlung, Axialgebläse, Abscheidern, Feinfilter und Trocknern ausgerüstet. Das Gerät hat eine hohe Betriebssicherheit und einen servicefreundlichen Aufbau.



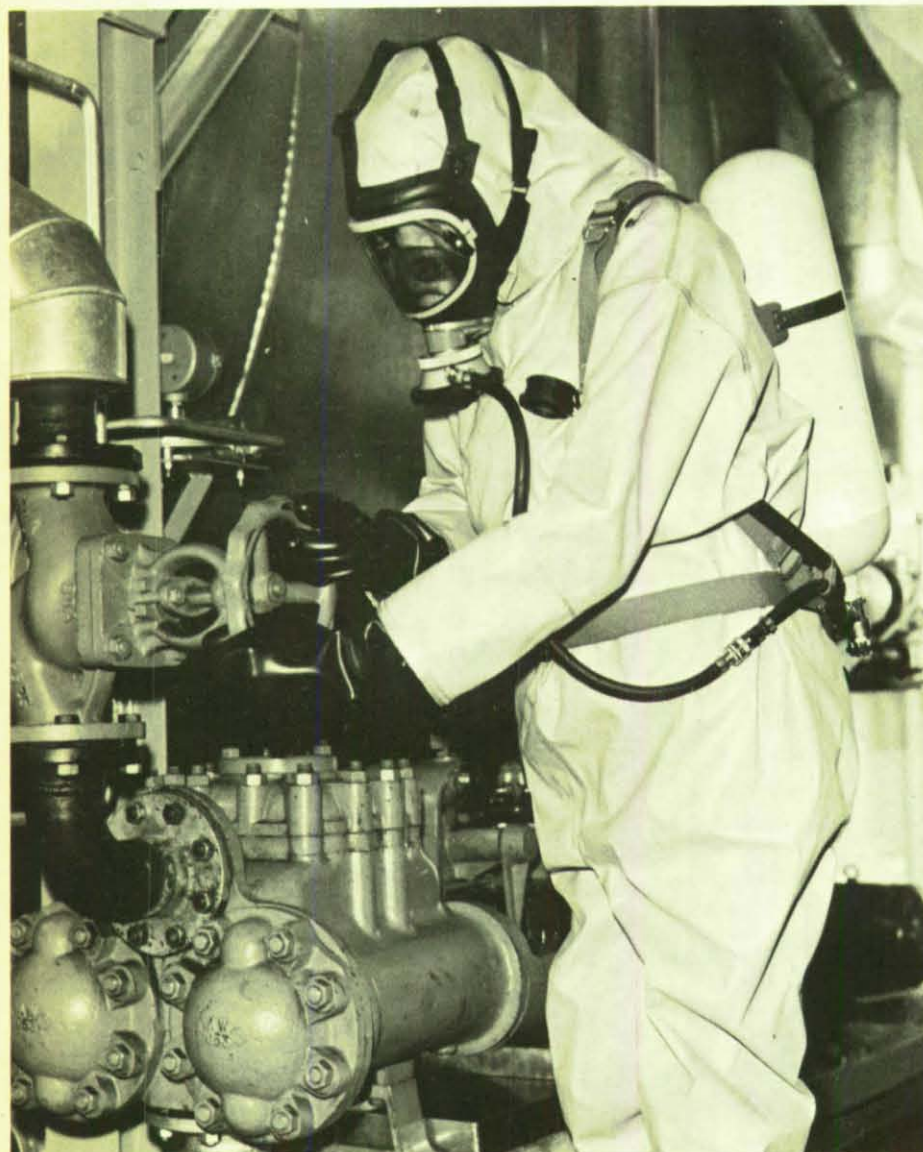
Die Gebrauchszeit des Preßluftatmers richtet sich nach dem Luftvorrat und dem Luftverbrauch. Der Verbrauch ist von der körperlichen Beanspruchung des Geräteträgers abhängig. Er liegt im allgemeinen zwischen 25 und 50 l/min.





Links: Hochdruck-Atemluft-Kompressor für zwei Fülldruck-Bereiche mit entsprechenden unverwechselbaren Füllanschlüssen für 200 und 300 bar.

Rechts: Das Sauerstoff-Schutzgerät ist ein vollautomatisch arbeitendes und besonders leichtes Gerät, das seinen Benutzer für ca. 2 Stunden von der Umgebungsluft vollkommen unabhängig macht.



Im Gasschutzanzug ist der Träger völlig von der Außenluft abgeschlossen. Doppelseitig beschichtete Spezialgewebe schützen vor Gasen, Dämpfen, Schwefelstoffen und Flüssigkeiten.

### Kreislaufgerät

Das Kreislaufgerät ist seit Jahrzehnten das Standardgerät des Grubenrettungswesens für die Ausrüstung von Grubenwehren für die Rettung und Hilfeleistung im Bergbau. Auch bei den Feuerwehren ist es stark verbreitet. In diesem Gerät, das auch Sauerstoffschutzgerät genannt wird, beschreibt die Atemluft – durch Atemventile gesteuert – einen geschlossenen Kreislauf, der mit der Umgebungsluft nicht in Verbindung steht. Die Ausatemluft wird in einer Regenerationspatrone von Kohlendioxid befreit und in einen Atembeutel geleitet. Hier wird der verbrauchte Sauerstoff aus dem mitgeführten Sauerstoffvorrat ergänzt, bevor die Luft wieder eingeatmet wird. Das geschieht fortlaufend durch eine konstante Dosierung von 1,5 l/min. und durch einen Lungenautomaten, der bei größerem Verbrauch für zusätzlichen Sauerstoff sorgt. Mit diesen Sauerstoffschutzgeräten werden nur ventillose Atemschutzmasken bzw. Mundstückgarnituren eingesetzt, da der Atemluft-Kreislauf durch Ventile im Gerät gesteuert wird.

### Gasschutzanzug

In Ahrweiler wurde auch ein neuzeitlicher Gasschutzanzug vorgeführt. Weil heute mehr als je zuvor in Betrieben oder bei Unfällen Gase, Dämpfe, aggressive Schwebstoffe und Flüssigkeiten den Menschen gefährden, weil sie durch die Atemwege, die Haut, Schleimhäute und Augen aufgenommen werden, wurden Vollschutz-Anzüge gegen Schadstoff-Konzentrationen aller Art entwickelt.



Der vorgeführte Gasschutzanzug war ein Einteiler aus beidseitig beschichtetem Synthetikgewebe mit gasdichten Kappnähten. Ein diagonal verlaufender Reißverschluß ermöglicht ein An- und Ausziehen ohne Hilfe. Er schließt selbstverständlich auch gasdicht und ist zusätzlich abgedeckt. In der Kopfhäube des Anzugs ist die Panorama-Nova-Maske fest eingearbeitet. Der Träger des Anzugs hat so ein großes Blickfeld.

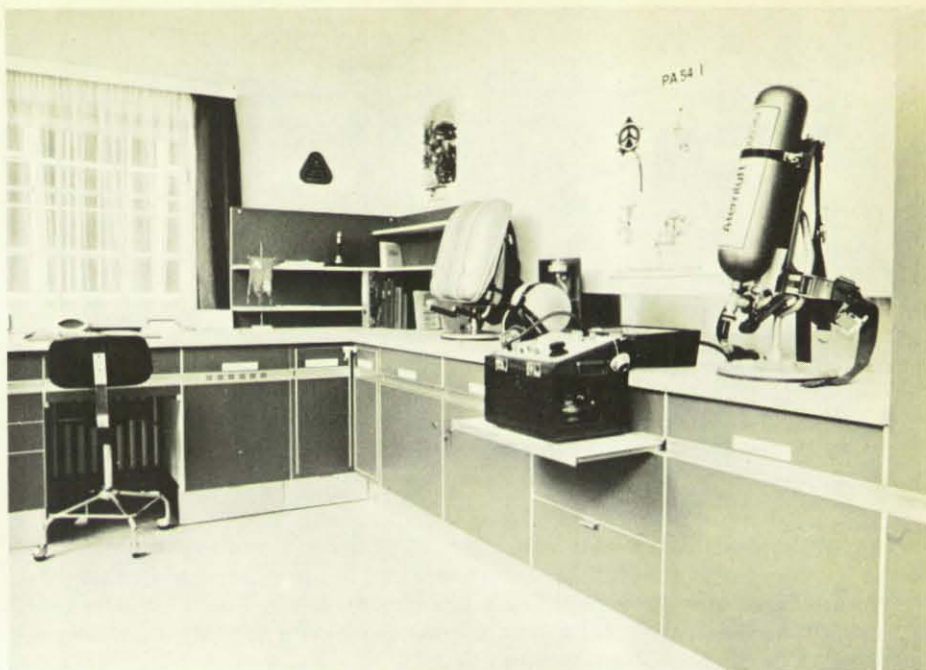
Die Ärmel haben Schutzringe, über die die Gummihandschuhe gasdicht mit dem Anzug verbunden werden. Die Gummistiefel sind fest und gasdicht angebracht. Das jeweils verwendete Atemschutzgerät wird über dem Anzug getragen. Dadurch ist ein schneller Gerätewechsel möglich, ohne den Anzug zu öffnen.

### Atemschutzgeräte-Werkstätten

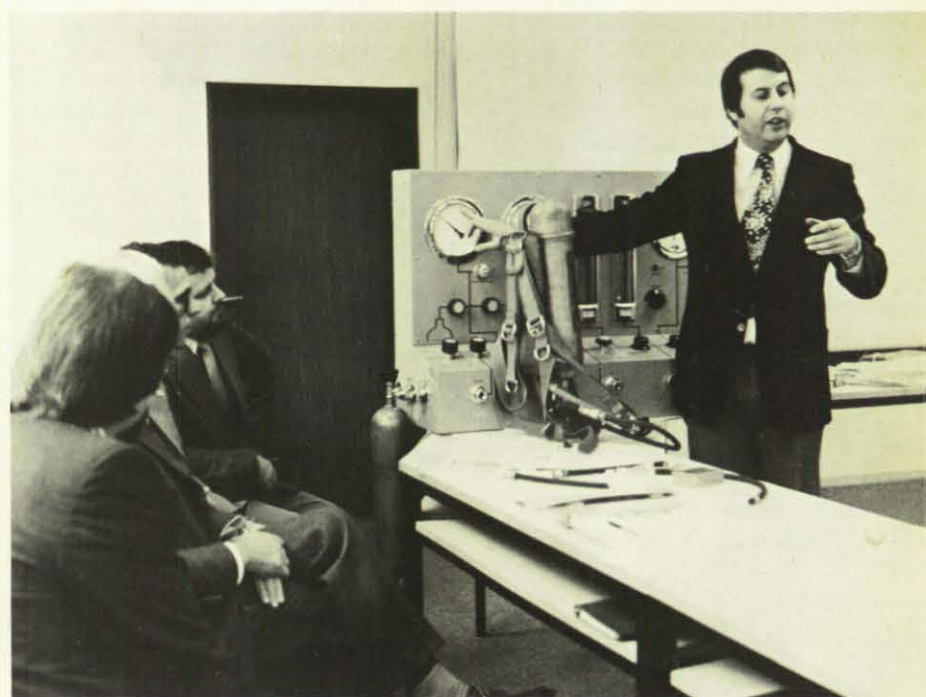
Sicherer Atemschutz schließt eine zuverlässige Gerätewartung ein. Reinigen und Desinfizieren, Füllen von Preßluft- und Sauerstoff-Flaschen, Instandsetzung und Ersatzteiltausch, Funktionsprüfungen und Kontrollen, das alles sind Wartungsvorgänge, die wirklich rationell nur in einer nach neuzeitlichen Erkenntnissen ausgerüsteten und eingerichteten Atemschutz-Gerätewerkstatt verrichtet werden können. Wie so eine Werkstatt aussehen muß, erfuhren die Teilnehmer an der Dräger-Vortragsreihe. Danach kommt es u. a. auf die logische Reihengestaltung aller Arbeitsstationen an. Dazu bieten sich Einrichtungen an, die aus Baukasten-Elementen aufgebaut sind. Je nach den vorhandenen Atemschutz-, Prüf- und Hilfsgeräten kann eine solche Werkstatt maßgeschneidert werden. In diesem Zusammenhang wurde auch ein Prüfstand für Preßluftatmer vorgeführt, der zum Prüfen aller in Gebrauch befindlichen Preßluft-Atemgeräte bei Inspektionen bzw. nach Reparaturen dient.

### Gasspürgeräte

Auch bei den Gasspürpumpen sind weitere Fortschritte zu verzeichnen. Zwar hat sich im Prinzip an der Ausführung der bekannten Handpumpe nichts geändert, doch haben kleine technische Änderungen, wie weniger Schrauben, eingegossene Röhrchenhalter und anderes Material das Gerät leichter werden lassen. Die Vorteile liegen hauptsächlich bei der Wartung. Das neue Gerät verschmutzt auch



Vom sicheren Funktionieren aller Einzelteile von Atemschutzgeräten hängen Leben und Gesundheit der Träger ab. Zu einer guten Atemschutz-Gerätewerkstatt gehören auch eine Reihe von Prüf- und Meßgeräten.

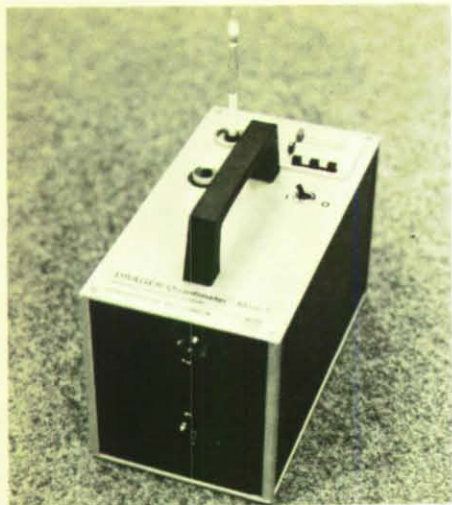


Dieser Prüfstand für Preßluftatmer dient zum Prüfen aller im Gebrauch befindlichen Preßluft-Atemgeräte bei Inspektionen bzw. nach Reparaturen in Atemschutzwerkstätten.

nicht so leicht, was insbesondere im Bergbau zählt. Speziell für den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz gibt es neue Langzeit-Meßsysteme. Ein handliches Gerät von nur einem Kilogramm Gewicht enthält als Luftfördergerät eine Schlauchpumpe, die kontinuierlich Luft durch das dem Schadstoff entsprechend gewählte Prüfröhrchen saugt. Ein Zählwerk registriert die

Anzahl der Umdrehungen des Pumpenmotors, so daß sich die gesamte angesaugte Luftmenge exakt errechnen läßt. Die Schlauchpumpe wird von einem Getriebemotor angetrieben, der aus einem wiederaufladbaren Akku gespeist wird. Etwas vielseitiger in der Anwendung ist eine elektrische Pumpe zur Schadstoffmessung mit dem Prüfröhrchen, mit der die Gasanalyse in Laboratorien





Links: Netzunabhängige elektrische Pumpe zur Schadstoffmessung mit Prüfröhrchen. Das Gerät schaltet nach der Messung automatisch ab. Rechts: Transportables Sauerstoffgerät für die Erste Hilfe. Alle mit dem Patienten in Berührung kommenden Teile sind aus hochwertigem Spezialkunststoff und lassen sich heiß oder kalt sterilisieren.

und Betrieben rationalisiert werden kann. So ist z. B. die gewünschte Hubzahl vorwählbar; das Gerät schaltet nach der Messung automatisch ab. Geprüft und zugelassen in explosionsgefährdeten Betriebsstätten ist ein anderes Meßgerät, das optisch und akustisch frühzeitig Alarm gibt, sobald brennbare Gase auftreten und die Alarmschwelle überschritten wird.

### Erste-Hilfe-Übungsgeräte

Immer verfeinerter werden die Geräte zum Erlernen der Ersten Hilfe. Kopf- und Brust-Schnittmodelle, naturgetreue Übungspuppen in Lebensgröße ermöglichen das Erlernen aller Griffe und Maßnahmen in lebens echter und hygienischer Weise. Mit der „Resusci-Anne“ lassen sich z. B. der Kiefer-

winkelgriff und die Methoden der Wiederbelebung (mit und ohne Beatmungsgerät) sowie die äußere Herzmassage einwandfrei üben. Bei falscher Kopfhaltung ist der Widerstand unüberwindlich, so daß man keine Luft einblasen kann. Erst bei richtigem Vorhalten des Unterkiefers sind die Atemwege frei. Inzwischen gibt es auch Kontrollgeräte, bei denen an Manometern „Lungendruck“ und „Herzdruck“ beobachtet werden kann. Da auch die Reaktion der Pupillen ein wichtiges Anzeichen für Erfolg oder Mißerfolg von Wiederbelebungsmaßnahmen ist, lassen sich normale Reflexe oder Erweiterung ebenfalls ablesen. Auf dem Gebiet der Ausbildung in Wiederbelebung wird es bald ein Selbstlehrsystem für kleine Gruppen geben.

Hervorstechendes Merkmal aller Wie-

### Festsauerstoffgerät mit gebundenem Sauerstoffvorrat.



derbelebungsgeräte ist ihre hygienische Verwendung. Aus hochwertigem Spezialkunststoff gefertigt, sind sie auch unter extremen Bedingungen widerstandsfähig. Ihre Pflege ist einfach und optimal. Alle mit dem Patienten in Berührung kommenden Teile lassen sich heiß oder kalt sterilisieren.

### Festsauerstoffgeräte

Während bei den herkömmlichen Sauerstoffgeräten der Sauerstoffvorrat unter hohem Druck (max. 300 bar) in Stahlflaschen gespeichert ist, zur Sauerstoffentnahme Flaschenventile, Druckminderer und Dosiereinrichtungen benötigt werden, sind neuartige Festsauerstoffgeräte völlig anders aufgebaut. Sie enthalten eine oder drei Patronen, in denen Sauerstoff in chemisch gebundener, fester Form gespeichert ist. Nach Betätigung eines Starters wird reiner und angefeuchteter Sauerstoff erzeugt. Schwere Hochdruckbehälter und Armaturen erübrigen sich also. Jede, über längere Zeiträume lagerfähige Patrone erzeugt etwa 60 Liter Sauerstoff und gibt 15 Minuten lang ca. 4 l/min. O<sub>2</sub> ab. Vor allem für das Rettungswesen und den Krankentransportdienst bedeutet das neuartige Verfahren großen Gewinn. Verbrauchte Patronen werden einfach ausgewechselt. Da Festsauerstoffgeräte nicht – wie Stahlflaschen – der Druckgasverordnung unterliegen, nicht in Füllstationen gefüllt werden müssen und keine Wartung brauchen, ist auch der Sauerstoffnachschub denkbar unkompliziert.

### Zukuntorientierte Entwicklung

Die Industrie für Schutzprodukte aller Art hat es schon immer als ihre Aufgabe angesehen, die Entwicklung der Technik voranzutreiben und alle sich bietenden Möglichkeiten auszuschöpfen. Voraussetzung für die langfristige Produktionsplanung und Entwicklung ist das rechtzeitige Erkennen zukünftiger Gefahren und Risiken. Um diese permanente Aufgabe meistern zu können, müssen Industrie und Wirtschaft mit vorausschauenden Partnern aus dem Brandschutz- und Rettungswesen, aber auch aus Zivil- und Katastrophenschutz eng zusammenarbeiten. Die Opfer aus Unglücken und Katastrophen, aber auch die Helfer und Retter haben einen Anspruch auf eine ausgereifte Technik aller Hilfsmittel, die dazu dienen, Schmerzen zu mindern, Gefahren zu überbrücken und Leben zu erhalten.



Zu Beginn der Landestagung, die in der Unterkunft des Ortsverbandes Passau an der Regensburger Straße stattfand, begrüßte der Landesbeauftragte des THW für Bayern, Dipl.-Ing. Johann Simon Schwarz, den Innenminister Dr. Merk, Regierungspräsidenten Dr. Gottfried Schmid, Oberbürgermeister Dr. Emil Brichta, Landrat Baptist Kitzlinger, den Direktor des THW im Bundesamt für Zivilschutz in Bonn-Bad Godesberg, Vizepräsident Dipl.-Ing. Hans Zielinski, der schriftliche Grüße von Bundesinnenminister Dr. Werner Maihofer überbrachte, sowie weitere prominente Vertreter des öffentlichen Lebens.

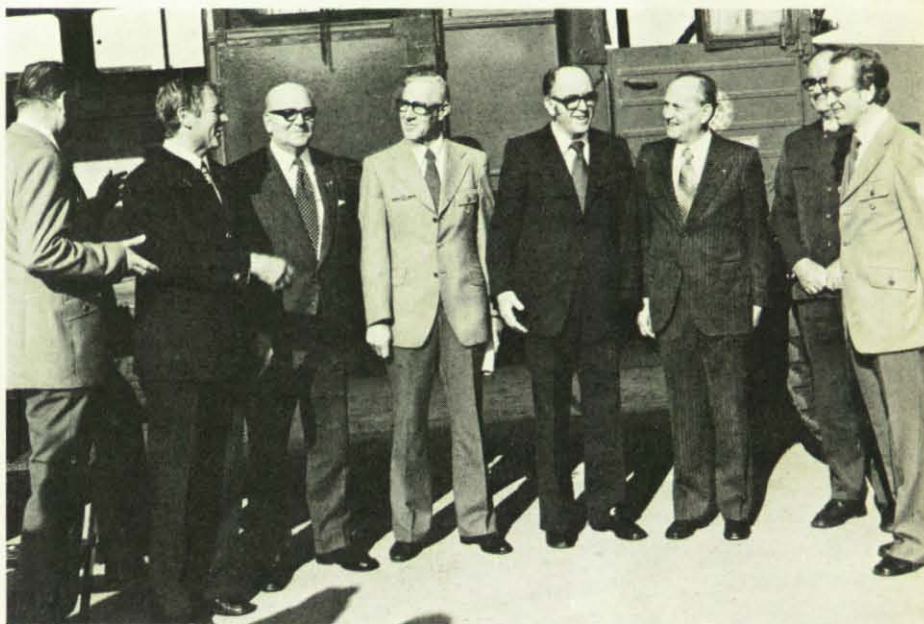
Der bayerische Innenminister überbrachte den rund 200 Tagungsteilnehmern Grüße der bayerischen Staatsregierung und führte in seiner anschließenden Rede aus: „Es ist das erste Mal, daß ich Gelegenheit habe, vor einem so großen Forum von THW-Führungskräften zu sprechen und ich nehme die Gelegenheit gerne wahr, Ihnen einige Gedanken zu dem Thema ‚Das Technische Hilfswerk im Katastrophenschutz‘ vorzutragen und mir auch anschließend einen Überblick über Ihre Ausrüstung und Ausbildung zu verschaffen. Selbstverständlich sind mir Ihre Sorgen und Probleme, aber auch Ihre Leistungen und Einsatzerfolge aus eigener Anschauung, aber ebenso aus Gesprächen mit Ihren leitenden Herren bekannt, doch die Entwicklung der Dinge im Katastrophenschutz ist gerade in den letzten Monaten wieder so in Fluß gekommen, daß ein neuerlicher Dialog für beide Seiten nur von Nutzen sein kann.“

Wie Ihnen sicher bekannt ist, hat die Innenministerkonferenz aufgrund der Erfahrungen aus der Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen nach gründlicher Untersuchung aller Fragen Leitlinien zum Thema Katastrophenschutz verabschiedet, die nunmehr bei allen zuständigen Stellen, auch meines Hauses, ausgewertet werden. Ich darf ohne Überheblichkeit sagen, daß ein großer Teil der in diesen Leitlinien aufgestellten Forderungen in Bayern längst verwirklicht ist, wie z. B. die Forderung nach Verabschiedung von Länderkatastrophengesetzen und entsprechenden konkreten Weisungen für die Zusammenarbeit aller Beteiligten im Katastrophenschutz, z. B. auch bei der Waldbrandbekämpfung. Ebenso ist die geforderte Ausrüstung bestimmter Einheiten mit Allradfahrzeugen, Fernmeldemitteln, Atemschutzgeräten usw. bei uns, soweit hierfür die Zuständigkeit des Freistaates Bayern und seiner Kommunen

Peter Hutsch / Fotos: J. Schweglinger

## Technisches Hilfswerk im Katastrophenschutz

Innenminister Dr. Bruno Merk auf der Landestagung des THW in Bayern



Gedanken zum Thema „Das technische Hilfswerk im Katastrophenschutz“ trug Innenminister Dr. Merk vor, auf unserem Bild im Kreise der Veranstalter und Gäste. V. l. n. r.: LB Schwarz (verdeckt), Landrat Kitzlinger, Oberbürgermeister Dr. Brichta, Vizepräs. Zielinski, Innenminister Dr. Merk, Reg.-Präs. Schmid, MR Dr. Oehler, OB Goebel.

gegeben ist, weit fortgeschritten, wenn auch noch nicht ganz vollendet. Was aber auch in Bayern – ebenso wie in allen anderen Bundesländern – noch verbessert werden muß, ist die Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen untereinander und unter einheitlicher Leitung durch die Katastrophenschutzbehörden. Deshalb begrüße ich es ganz besonders, daß nunmehr auch auf Bundesebene Kontakte zwischen dem Technischen Hilfswerk und den Feuerwehren aufgenommen worden sind, um gerade hier die Zusammenarbeit zu verbessern. Weil das Technische Hilfswerk nun einmal eine Bundeseinrichtung ist, für die also der Bund verantwortlich ist, ist es nicht allein in unserer Macht auf Landesebene gelegen, die Dinge hier zu verbessern. Mir ist auch klar, daß das Technische Hilfswerk neben seinen Aufgaben für den Verteidigungsfall nach dem Gesetz über die Erweite-

rung des Katastrophenschutzes schon allein deshalb Aufgaben im friedensmäßigen Katastrophenschutz braucht, damit das von seinen Helfern in der Ausbildung Erlernete in der Praxis auch angewendet werden kann. Die Helfer sollen ja auch eine Selbstbestätigung für ihr freiwilliges Engagement finden, weil eine Ausbildung ohne ernstfallmäßigen Einsatz auf die Dauer frustrierend ist.

Nicht zuletzt aus diesem Grunde haben wir schon vor einigen Jahren dem THW in Bayern friedensmäßige Aufgaben zugewiesen, wie den Einsatz auf Bundeautobahnen, Bundeswasserstraßen, bei Ölfällen auf Gewässern u. a. m. Dies hat sich inzwischen auch alles gut eingespielt, obgleich die Abgrenzung der Aufgaben, z. B. gegenüber den Feuerwehren, wie Sie alle wissen, nicht ganz leicht war. Aber auch hier gilt der Satz, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg, und es





Rundgang der Orts- und Kreisbeauftragten durch die Fahrzeug- und Geräteschau.

ist bezeichnend, daß es gerade dort, wo eine verständnisvolle und kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Führern des THW und der Feuerwehren schon früher vorhanden war, auch keine Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit bei diesen Einsätzen gegeben hat.

Ich weiß es zu schätzen und bin Ihnen dankbar dafür, daß wohl bei allen für das THW in Bayern Verantwortlichen von Anfang an der Wille vorhanden war, sich weitgehend in den friedensmäßigen Katastrophenschutz zu integrieren, ohne andere Organisationen aus ihrem angestammten Tätigkeitsbereich verdrängen zu wollen. Ich erkenne auch dankbar an, daß der Bund über seine Verpflichtungen hinaus, vor allem die vom THW getragenen Bergungs- und Instandsetzungszüge auszurüsten, Geräte und Ausstattung für die friedensmäßigen Aufgaben des THW in Bayern bereitgestellt hat, wie z. B. eine erhebliche Anzahl von Arbeitsbooten und Funkalarmempfängern. Auch wir haben ja hier aus Landesmitteln einiges beigesteuert. Auch der gemeinsame Bau von Unterkünften für das THW, die Feuerwehren und das Rote Kreuz, also von sogenannten K-Einsatzzentren, wird von uns – wo es nur immer geht – gefördert, weil dies nicht nur die Zusammenarbeit bei Einsätzen verbessert, sondern auch die Pflege der Kameradschaft zwischen den Hilfsorganisationen erleichtert. So konnte erst vor einigen Wochen das gemeinsame Einsatzzentrum der Stadt Straubing nach mehrjähriger Bauzeit

seiner Bestimmung übergeben werden. Daß dieses Ziel in zahlreichen Fällen leider nicht erreicht wird, daß also Rettungsdienst, Feuerwehr und Technisches Hilfswerk oft an verschiedenen Stellen einer Stadt untergebracht sind, liegt oftmals nicht nur an den örtlichen Gegebenheiten, sondern auch daran, daß dem Bund eben oft die Mittel für seinen Anteil fehlen, während der Staat und die Kommunen entsprechende Zuschüsse für ihren Anteil, also insbesondere für die Feuerwehren und das Rote Kreuz, bereitstellen können und der Bau der betreffenden Rettungswache oder des betreffenden Feuergerätehauses dringend durchgeführt werden muß.

An dieser Stelle gäbe es ohnehin einige kritische Anmerkungen zum unbefriedigenden Stand der Zivilverteidigung in der Bundesrepublik insgesamt zu machen, aber dies sind Dinge, die Ihnen ja sowieso bekannt sind und auf die wir Innenminister immer wieder hingewiesen haben, so daß ich mir heute hierüber weitere Ausführungen wohl sparen kann.

In einer Zeit, in der nicht nur die äußeren Gefahren für unser Land immer mehr zunehmen, sondern in der auch die Gewährleistung der inneren Sicherheit für unsere Bürger auf allen Sektoren immer wieder neue Anstrengungen erfordert, muß auch der Schutz vor Katastrophen und Notständen aller Art bitter ernst genommen werden. Eine gut funktionierende Feuerwehr, ein gut arbeitender Rettungsdienst, ein praxisnah arbeitendes

Technisches Hilfswerk bei Katastrophen und katastrophenähnlichen Ereignissen sind angesichts der heutigen Gefahren einfach unerlässlich geworden. Hier trägt das THW mit seinen rund 11 000 Helfern in Bayern zu seinem Teil ganz erheblich dazu bei, daß dies alles für unsere Bürger und zum Schutz unserer Heimat in optimaler Form geschieht. Mehr noch als die Zahl von rund einer Million Stunden, die Sie 1975 für die Ausbildung und für Einsätze geleistet haben, also pro Helfer im Jahr 14 Tage Dienst an der Allgemeinheit, hat mich heuer während der Zeit der außergewöhnlichen Hitzeperiode beeindruckt, wie ausgezeichnet ihre Zusammenarbeit bei den vielen gefährlichen Waldbränden mit unserer Feuerwehr und den anderen Hilfsorganisationen, der Forstverwaltung, der Landespolizei, der Bundeswehr, dem Bundesgrenzschutz, der Luftrettungsstaffel Bayern und allen anderen eingesetzten Stellen geklappt hat. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle bei allen Führern und Helfern des THW-Landesverbandes Bayern ganz besonders bedanken. Ich weiß zu schätzen, welches erhebliches Potential das THW ohne Belastung des staatlichen und kommunalen Haushalts in den Katastrophenschutz in Bayern eingebracht hat und welches zusätzliche Reservoir an freiwilligen Helfern durch das THW für den Katastrophenschutz erschlossen worden ist. Auch möchte ich an dieser Stelle einmal die ganz ausgezeichnete Zusammenarbeit meines Hauses mit Ihrer Landesleitung hervorheben und an ihrer Spitze dem Landesbeauftragten Dipl.-Ing. Schwarz mit seinen Mitarbeitern danken und hoffen, daß dies auch in Zukunft so bleiben möge.

Dem Technischen Hilfswerk und allen seinen Helfern auch in Zukunft meine besten Wünsche und alles Gute für ein weiteres segensreiches Wirken!" Einen repräsentativen Querschnitt durch das Leistungsangebot an technischen Mitteln zeigte die große Geräte- und Fahrzeugschau auf dem Gelände des THW-Ortsverbandes Passau, die Staatsminister Dr. Bruno Merk mit regem Interesse besichtigte: eine Sauerstoffpflanze, Abbauhämmer, einen schweren Lkw-Kran (13-Tonner), einen Instandsetzungsdienstwagen mit Gerät für Versorgungsleitungen (Notinstallationen), eine Trinkwasseraufbereitungsanlage und vieles andere mehr. Gerätehallen und Diensträume des Ortsverbandes Passau „inspizierte“ der Innenminister ebenfalls. Musikalisch begleitete ihn dabei die Kapelle der THW-Jugendgruppe Passau.



Willi Rittgen

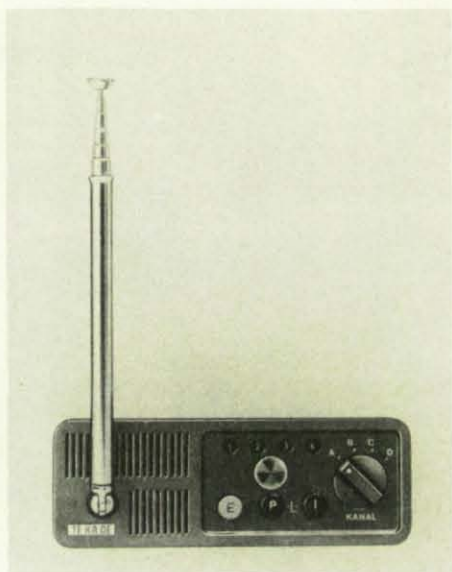
## Moderne Funkinformationssysteme

Vor allem bei Sicherheitsbehörden sind bestimmte Aufgaben nur mit drahtloser Alarmierung zu lösen

Die ständig sich mehrende Antragstellung auf Zulassung von Sprechfunkgeräten der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) des nöbL (nicht öffentlich beweglichen Landfunkdienstes) – mit jährlichen Zuwachsraten von 18 bis 25 % – ist z. T. dadurch bedingt, daß einerseits die Einsatzfahrzeuge des Brand- und Katastrophenschutzes, des Rettungswesens und des Krankentransportdienstes zunehmend mit Sprechfunkgeräten ausgestattet werden, andererseits neue Organisationsformen, Schwerpunktbildungen in Ballungsräumen, Umstrukturierung bestehender Einrichtungen, Schaffung neuer Funkverkehrskreise (-bereiche), Funkrelaisstellen, Funkzentralen (Rettungsleitstellen) u. a. m. zu immer größer werdenden Frequenzbelastungen führen.

Dem progressiven Wachstum der technischen Geräte, der Bedarfsmehrung und den Erweiterungsmöglichkeiten der Funkverkehrskreise, steht – wie jeder erkennen kann – keine im gleichem Maße zunehmende Vermehrung von Frequenzen aus dem gegebenen Frequenzspektrum des Meterwellen-Bandes (1–10 m) der BOS gegenüber.

Weitgehende Rationalisierung der Funksysteme und Kapazitätsausschöpfung der verfügbaren Kanäle ist von daher dringend geboten. Die Koordinierungsmaßnahmen durch die Konferenz der europäischen Post- und Fernmeldeverwaltungen (CEPT), die Erstellung von Netzeinsatzplänen (Rautenplänen), die Bemühungen um vertragliche Festlegungen und Grenzabkommen, dazu Bandbreitenschmälerung und Kanalarasterempfehlungen auf 12,5 kHz, u. a. m., erbringen gegenwärtig – wegen der länderverschiedene Interessenlagen – keine zukunftsweisende Abhilfe. Unbestritten ist, daß jede wirkungsvolle schnellstmögliche Hilfeleistung, insbesondere im Bereiche des Rettungswesens, nur dann zu guten Ergebnissen führen wird, wenn vom Meldungseingang, über die Alarmie-



**Links:** Für viele Bedarfsfälle werden heute tragbare batteriebetriebene UKW-Meldeempfänger benötigt. Mit dem hier gezeigten Gerät werden bei der „stillen Alarmierung“ Einzelpersonen oder Personengruppen gezielt angesprochen. Bei „offener Alarmierung“ wird eine Sirenenanlage eingeschaltet. **Rechts:** Meldeempfänger für die drahtlose Alarmierung, geeignet für Rettungsdienste und Personenrufsysteme.

rung, die Auftragserteilung, der Hilfeleistung am Ereignisort bis zur Auftrags erledigung, der notwendige Nachrichten anfall und -transport auf den verschiedenartigsten Übertragungswegen schnell, sicher und fehlerlos, bei hoher Übertragungsgüte, den oder die Empfänger erreicht. Hilfsmaßnahmen sind daher von der Funktionsfähigkeit der Fernmeldemittel, -anlagen und -einrichtungen, der Zuverlässigkeit des Übertragungsweges und dem Können derer, die sich dieser Führungs- und Einsatzmittel zu bedienen haben, abhängig.

Es bleibt zu untersuchen, welche Systemeigenschaften zur Vergrößerung der Frequenzökonomie, der Betriebsvereinfachung, der Personalentlastung, der Übermittlungsschnelligkeit und Übertragungssicherheit (mit geringstmöglicher Fehlerquote) durch den Einsatz von halb- oder vollautomatischen Geräten – im Rahmen der vertretbaren Kosten – vorgenommen werden können.

### Verkehrsabwicklung (Sprache)

In der für alle BOS verbindlichen Dienstvorschrift, der DV 810 „Sprechfunkdienst“, lautet der Einführungssatz für die Verkehrsabwicklung: „Der Sprechfunkverkehr ist so kurz wie möglich, aber so umfassend wie nötig abzuwickeln!“

Allein bei der Verkehrseröffnung, durch den Anruf und die darauffolgende Anrufantwort des Angerufenen, geht wertvolle Zeit verloren. Vielerorts durchgeführte Überprüfungen des Sprechfunkverkehrs herkömmlicher Art ergaben, daß es schon bei normalen Verkehrsaufkommen – ohne oder mit ganz geringem Nachrichtenaustausch – oder mehreren kleineren gleichzeitigen Ereignissen (Unfällen usw.) zu starken Frequenzbelastungen kommen kann. Bei Großschadensereignissen und in Katastrophenfällen, die zwangsläufig noch stärkere Betriebsbe-



stungen durch häufig gleichlautende Anordnungen, Meldungen, Anfragen, Hilfeersuchen und Nachrichten umfangreicheren Informationsinhaltes mit sich gebracht haben, kam es oftmals zum völligen Zusammenbruch des Sprechfunkbetriebes. Man darf davon ausgehen, daß einem Drittel Nutzinhalt fast 70 % Verständigungsverkehr gegenüberstehen.

**Beispiel:**

**Anruf Y:** Florian X von Florian Y – kommen –

**Antwort X:** Hier Florian X – kommen –

**Inhalt Y:** Frage Standort – kommen –

**Antwort X:** Standort Schillerplatz – kommen –

**Verkehrsschluß Y:** Hier Florian Y – verstanden – Ende –

Neben dem hohen Zeitbedarf des offenen Rufverfahrens ist es nachteilig, daß auch diejenigen, für die diese Nachricht nicht bestimmt ist, mithören, so daß es zur ständigen Frequenz-, Personal- und Gehörbelastung kommt (niemand kann dauernd aufmerksam sein), daß Zeitverluste durch Rückfragen entstehen und sich die Fehlaufnahmen häufen.

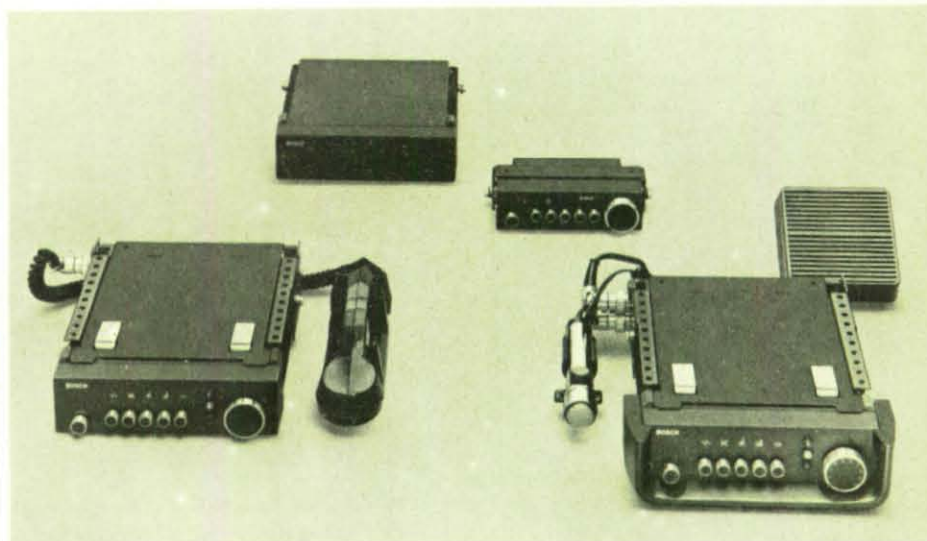
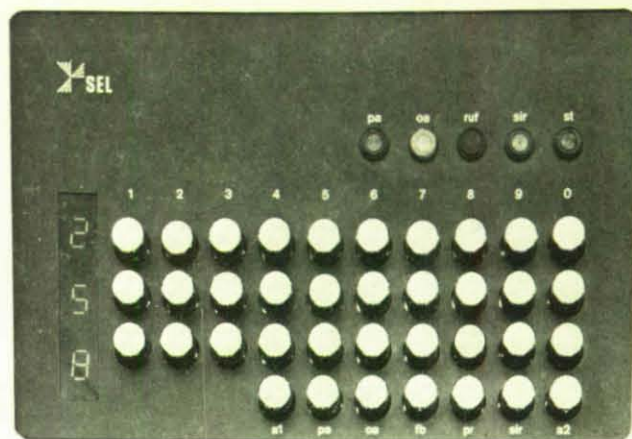
**Selektivrufverfahren (Codesignalverfahren)**

Eingangs sei erläutert, daß man unter „Code“ eine ausreichende Zahl unterscheidbarer Tonfrequenzen versteht, die bei hoher Sicherheit kurze Übertragungszeiten gestatten.

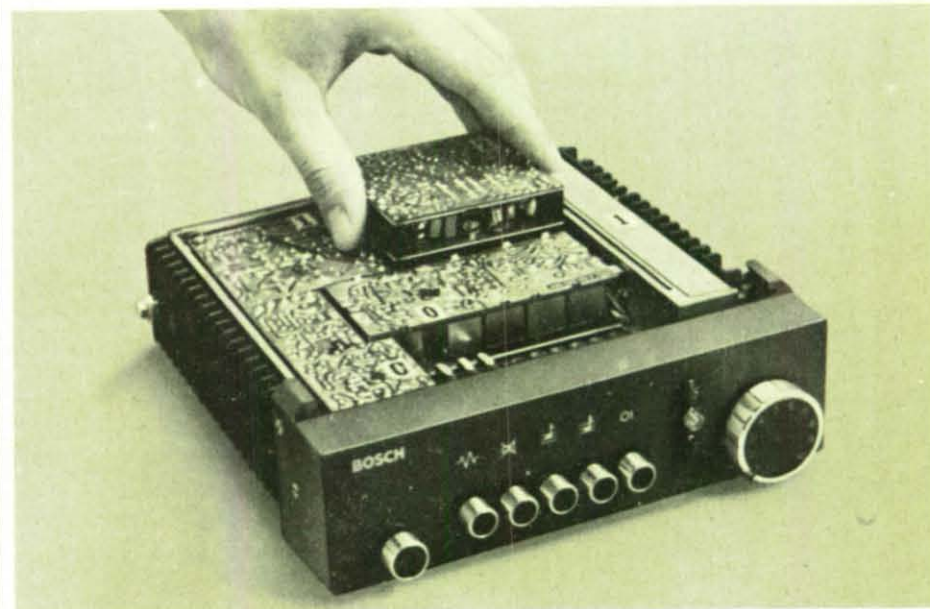
Im öffentlichen beweglichen Landfunkdienst (öbL), in Energie- und Versorgungsunternehmen (EVU), Industrie-, Taxi- und Mietwagenunternehmen, Zugfunk, in der Arbeitsgemeinschaft für Industrie- und Nahverkehrsbetriebe (ABIN), im Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe (VÖV), in Privatunternehmen, im nöbL der Polizeien und Berufsfeuerwehren u. a. m., wird zum gezielten Einzel- oder Gruppenanruf das Selektivrufverfahren angewendet.

Hierbei hört bzw. hören nur die Teilnehmer für die die Nachricht bestimmt ist. Je nach Wahl des Verfahrens bleiben die Empfänger aller anderen Funkteilnehmern gesperrt, oder – dies ergibt sich aus Kostengründen und wenn kein dringendes Bedürfnis zur separaten Gesprächsführung oder Mithörmöglichkeit aller anderen Verkehrskreisteilnehmer notwendig erscheint – man ruft den oder die Teilnehmer selektiv, die Empfänger aller anderen bleiben geöffnet.

**Drei- bis Fünf-Tonfolgegeber für den Einbau in Funkkommandotische.**



**Fahrzeug-Sprechfunkgeräte in drei Ausführungen: als Einkanal-Kompaktgerät (links vorn), als Zehnkanal-Kompaktgerät (rechts vorn mit Prallschützer) und als Zehnkanalgerät mit abgesetztem Bedienteil (hinten).**



**Modul-Technik im Funkgerätebau. Alle Baugruppen sind steckbar beiderseits einer durchkontaktierten Leiterplatte angeordnet. In dem nur 195 x 195 x 55 mm großen Gehäuse ist noch genügend Platz für – ebenfalls steckbares – Zubehör. Im Foto wird gerade ein 5-Tonfolge-Geber-Auswerter eingesetzt.**



## Verfahren

Jedem Selektivrufempfänger wird aus einer Tonfrequenzreihe im Tonfrequenzbereich von 300–3000 Hz eine oder auch mehrere Tonfrequenzen zugewiesen, die zum Anruf des Empfängers dem HF-Träger der Betriebszentrale aufmoduliert, von diesem ausgestrahlt wird. Auf diese Tonfrequenz eingestellte Empfänger des Teilnehmers oder des Teilnehmerkreises sprechen über den Tonrufauswerter bzw. Decoder an. Der so Gerufene hört die im Anschluß von der Zentrale gegebenen Nachrichten. Die Vorteile sind darin zu erkennen, daß:

- das ständige Abhören des Sprechfunkverkehrs von einem technischen Gerät übernommen wird,
- die Informationen nur der hört, für den sie bestimmt sind,
- durch den schnellen Ablauf eine geringere Frequenzbelastung erfolgt,
- der Anruf technisch ausgewertet und nicht überhört wird,
- eine Erweiterung der Rufsicherheit erfolgt,
- die Geräuschbelastung des Personals gemindert wird,
- eine bewußte Informationsminderung (Entlastung) erfolgt.

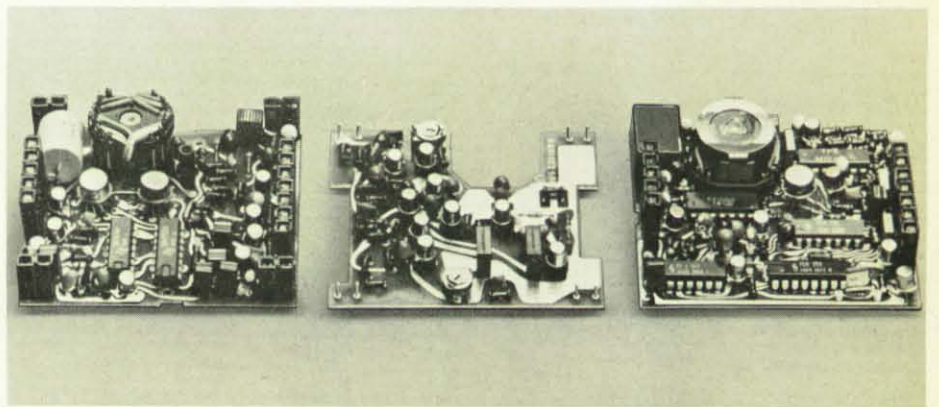
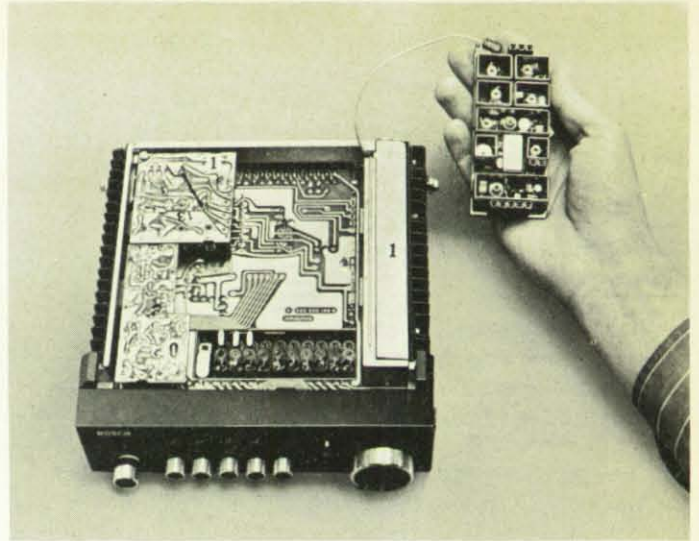
Nach der Auswahl und der Beschaffenheit des Rufcode wird das Verfahren mit und ohne zeitliche Staffelung unterschieden.

## Eintonrufsystem (Dauerruf)

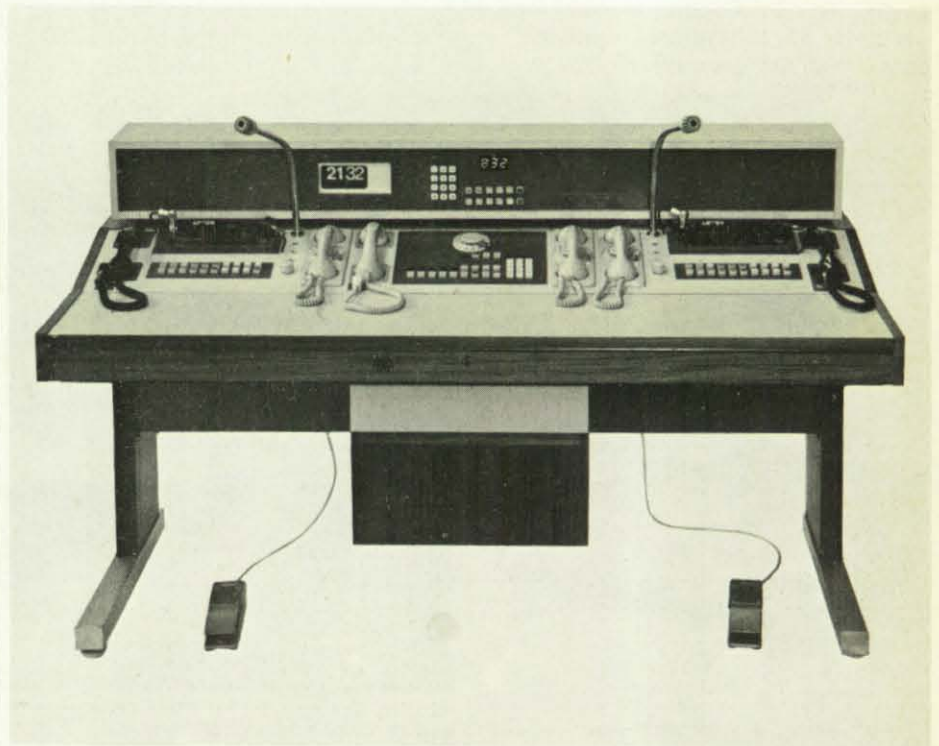
Das Eintonrufsystem verwendet aus dem vorerwähnten Sprachband 6 Tonfrequenzen als die einfachste Anrufart. Wie schon ausgeführt, wird über den Tonrufgeber der Sendeanlage eine dem Empfänger zugeordnete Tonfrequenz (2–3 Sekunden) ausgesendet und nach Auswertung bei der Empfangsstation akustisch/optisch angezeigt. Da für die Dauer der Rufzeit das gleiche unveränderliche Signal zur Ausstrahlung kommt, bezeichnet man diese Art als Dauerrufverfahren. Einzeltonrufe werden heute vorwiegend in der Fernwirktechnik zum Fernschalten (Durchschaltung von Funkrelaisstellen usw.), Fernüberwachen, Fernmessen und Fernsteuern in Funkverkehrskreisen mit kleineren Teilnehmerzahlen angewendet. Die leichte Imitierungsmöglichkeit führt zu Fehlrufen, Störungen und mindert die Anrufsicherheit.

Eine Verbesserung kann durch mehrmaliges Aussenden der Einzelfrequenz erreicht werden. Sie bietet jedoch keine Gewähr über einen störungs-

Sende-Empfangsgerät geöffnet. Alle Baugruppen sind steckbar angeordnet. Auf der durchkontaktierten Leiterplatte ist Raum für ebenfalls steckbares NF-Zubehör.



Der 5-Tonfolge-Geber (links) und der dazugehörige Auswerter (Mitte) werden aufeinandergesteckt und bilden dann eine geschlossene, steckbare Baugruppe. Rechts im Bild ein Doppelton-Geber-Auswerter.



Funkkommandotisch mit zwei unabhängigen Bedienungsplätzen für Funkzentralen. Ausführliche Beschreibung im ZS-MAGAZIN Nr. 11/74, Seite 69.



freien Anruf, der durch wechselnde Empfangsverhältnisse (mobile Funkstellen), schwankende Feldstärken (Schwund), hohen Rauschanteil und Störsender (Überreichweiten) verhindert werden kann.

### **Doppeltonrufsystem (Dauerruf)**

Im Doppeltonrufverfahren, das nach dem gleichen Prinzip arbeitet, werden die Nachteile des Einzeltonrufsystems herabgesetzt. An Stelle des Einzeltonsignals werden 2 Tonfrequenzen – ggf. sich mehrmals wiederholend – als Anrufsignal ausgesendet. Aus 10 Tonfrequenzen wird zur Vergrößerung der Anruf-, Fehlruf- und Sprachsicherheit – nach einer Empfehlung des VDEW (Verband Deutscher Elektrizitäts-Werke) – die Doppeltonruffrequenz gebildet. Durch das Senden von immer 2 Frequenzen entfallen zur Nutzung die einstelligen Ziffern 0–9, ebenso die gleichwertigen Zahlengruppen 00, 11, 22, 33, . . . 77 usw., so daß insgesamt nur 45 Rufkombinationen verbleiben.

### **Doppeltonrufsystem (Folgeruf)**

Bei diesem Rufsystem, das maximal 10 Kombinationen ermöglicht, werden die Anrufsequenzen aus Impulsreihen zu Signalelementen zusammengefaßt. Je zwei Impulsen, deren Ausstrahlung auf 150 ms beschränkt ist, fügt sich eine zeitliche Trennung von 250 ms

an. Der Gerätebestand ist aufwendig, jedoch läßt sich eine Steigerung der Rufkombinationen auf 1980 (Teilnehmer) erreichen.

### **Mehrtonfolgesystem (Dauerruf)**

Im öffentlich beweglichen Landfunkdienst (öbL) – Autotelefon – und nicht öffentlich beweglichen Landfunkdienst (nöbL) benutzt man ein Frequenzcodeverfahren, welches ohne zeitliche Staffelung für jeden Anruf 4 Tonfrequenzen (Rufcode) benutzt. Aus 30 verfügbaren Tonfrequenzen, wobei die Rufdauer auf 20 s beschränkt wird, ist eine Teilnehmerkreisvergrößerung von ca. 24 000 Anzurufenden möglich.

### **Mehrtonfolgesystem (Ton-Folgeruf)**

Hier wird aus mehreren Rufimpulsen der Rufcode, der durch Pausen oder eine bestimmte Trennfrequenz getrennt wird, ausgesendet. Die Kurzruffolge und die Wiederholzeit (2–3mal) des ausgesendeten Signals erbringt eine kurze Frequenzbelastung und erweitert damit die Rufkapazität, d. h. der Teilnehmerkreis läßt sich damit wesentlich erhöhen.

### **3–5-Tonfolgesystem**

Die BOS arbeiten heute vorwiegend nach dem Mehrtonfolgesystem (Stiller und Lauter Alarm), das durch den

ZVEI (Zentralverband der Elektroindustrie) 10 festgelegte Tonfrequenzen aus dem Sprachband oberhalb 1000 Hz vorsieht. Eine 11. Tonfrequenz (2400 Hz) wird als Wiederholfrequenz und ggf. eine 12. (2800 Hz) als Notruffrequenz verwendet.

Die Rufdauer und Länge der aus Einzelimpulsen konstruierten Ruffrequenzen beträgt 70 ms. Die Zwischenpausen zwischen den Einzelimpulsen darf 15 ms nicht überschreiten. Der aus 3 bis 5 Tonimpulsen codierte Ruf wird zur Erweiterung und Verbesserung – kein System kann nur Vorteile haben – der Anruf-, Fehlruf- und Sprachsicherheit zweimal wiederholt, d. h. dreimal gesendet. Erst nach einwandfreier, lückenloser Aufnahme und Auswertung des übertragenen Rufcode wird der Lautsprecher des auf diese Rufkombination programmierten Empfängers zur Sprachwiedergabe geöffnet. Durch die gleichzeitige Aussendung zweier an die Anrufrkombination angefügten Doppeltonfrequenzen von 5–20 s, können z. B. „Lauter Alarm“ (675 u. 1240 Hz) zur Sirenauslösung über Funk oder ein Weckton „Stiller Alarm“ (2200 und 2400 Hz) – landintern verschieden – ausgelöst werden. Das nach dem dekadischen System aufgebaute Tonfolgeverfahren erlaubt bei dem 3-Ton-system eine Rufkombination für 1000 Teilnehmer. Durch die Impulsvermehrung und die Kombinationserweiterung (Europäischer Funkrufdienst 1 Mio. Codierungen) lassen sich die Codekapazitäten millionenfach vergrößern. Da in Zukunft nur noch das 5-



Links: Dieser Alarmempfänger ist ein vollautomatisierter, tragbarer VHF-Empfänger, der wahlweise im 2-m- oder 4-m-Band arbeitet. Er hat eine laute akustische und gut sichtbare optische Alarmanzeige. Rechts: Knopfdrucktechnik auch in Rettungsleitstellen. Die Diensthabenden können über diese Anlage das nächstliegende Rettungsmittel, z. B. Notarzt-, Rettungs- oder Krankentransportwagen, einsetzen.



Tonfolgesystem bei den BOS praktiziert wird, (die 1. festeingestellte Tonfrequenz ist immer die Landeskenntung, die 2. Tonfrequenz wird länderintern fest als Bereichserkennung zugewiesen) darf das nach Aufbau, Struktur, Organisation, Umfang und Aufgaben der BOS gebräuchliche und im Pflichtenheft bestimmte Verfahren als ausreichend angesehen werden.

Die bisher zur Information aufgeführten Funkrufdienstverfahren zeigen eindeutig, daß durch die kurzen Sendezeiten der codierten Anrufweisen – im einseitig gerichteten Funkverkehr – eine bessere Frequenzauslastung erfolgt und neben den schon anderweitig geschilderten Vorteilen eine größere Anzahl von Teilnehmern auf einem Kanal unterzubringen sind, als dies bei dem „wechselseitig gerichteten Sprechfunkverkehr“ in offener Sprache möglich sein kann.

### Kennungsgeber

Wie jeder Funkdienst nach seiner Betriebsstruktur besondere Prägungen hat, so ist insbesondere im Rettungswesen (Unfallhilfe und Krankentransport), das wegen der zahlreichen Einsätze naturgemäß zu den „Vielsprechern“ gehört, das in vielen Funkdiensten bewährte „Funk-Kennungs-system“ (Codefrequenzverfahren) im Sinne der Rationalisierung durch technische Möglichkeiten und wegen der Aufwand- und Kostenanteiligkeit am einfachsten zu verwirklichen.

### Aufbau

Alle beweglichen Funkstellen werden mit einem Kennungsgeber (kleines technische Zusatzgerät) zu ihrer Funkanlage ausgestattet. Ohne Namensnennung werden bei Betätigung der Sprechaste über den Kennungsgeber, die für diese Funkanlage bestimmten Tonfrequenzen (Kennung) innerhalb von 0,5 Sekunden ausgestrahlt. Das von der Funkzentrale über einen „Kennungsauswerter“ empfangene Signal wird ausgewertet und auf einem Leuchtfeld (Leucht- oder Lampentafel) optisch angezeigt. Die Anzeigenlöschung erfolgt nur durch das Betriebspersonal der Zentrale, z. B. durch Sprechastendruck. Der Nachrichtenaustausch kann nun in der bisherigen Weise abgewickelt werden. Für besondere Notfälle kann durch Druck einer im Fahrzeug installierten Notruf-Taste – in Intervallen –



**Fahrbare Leitstelle der Polizei. Sie kann überall Verwendung finden, wo schnellstmögliche Hilfe gebraucht wird.**

Fahrzeugkennung und Notruffrequenz ausgesandt werden. Ein besonderes optisches Signal (Flackerlampe), akustisch verdeutlicht (Wecker/Summer), zeigt in der Zentrale den Notstand an. Eine Identifizierung des Notruf auslösenden Fahrzeuges ist auch während einer Gesprächsführung – Fahrzeug/Zentrale – sichergestellt. In anderer Weise kann durch die Funkzentrale (Rettungsleitstelle) allein durch die Fragestellung, z. B.: „Welches Fahrzeug ist Nähe Schillerplatz einsatzbereit?“, der Funkverkehr abgekürzt und wesentlich beschleunigt werden. Nur durch Tastendruck des sich meldenden Fahrzeuges erfolgt die Anzeige im Betriebsraum der Zentrale. Die Auftragserteilung kann unmittelbar erfolgen. Bei einwandfreien Empfangsverhältnissen und vollständiger Aufnahme des Fahrt-, bzw. Einsatzauftrages tastet das Fahrzeug

als Empfangsbestätigung nur einmal die Sprechaste seines Gerätes. Das erneute Aufleuchten seiner Kennung in der Sendezentrale wird als „Verstanden-Meldung“ gewertet.

Die Systemvorteile sind aus der Betriebserleichterung, der Schnelligkeit der Abwicklung, der optischen Anzeige, der Rufsicherheit, aber nicht zuletzt auch aus der Identifizierung störender Funkgeräte (Fehler im Gerät, Bedienungsfehler, Sprechaste klemmt usw.) und, nicht zu vergessen, der in der Anonymität sich verbergender, bewußter Störer, zu erkennen.

### Funkinformationssystem (Telepol)

Aus den bislang gemachten Ausführungen ist mühelos zu ersehen, daß





**Sprechfunkverkehr aus der Luft. Bei den Hubschrauberpiloten bilden Helm und Sprechfunkgerät eine Einheit.**

die steigende Belastung der verfügbaren Kanäle, die größer werdenden Einsatzzahlen, die vielerlei sich ähnelnden Anfragen, Meldungen und Fragenbeantwortungen, zu erheblichem Hemmnis des Informationsflusses, wenn nicht sogar zur Blockade, führen können. Der Einsatz moderner, vollautomatischer Funkinformationssysteme ist daher ein Bedürfnis der Gegenwart.

### Aufgabe

Hauptaufgabe eines Info-Gebers ist die Aufbereitung und Aussendung eines Datentelegramms zu Beginn der Sendertastung. So werden z. B. Routinedurchsagen und andere wiederkehrende Meldungen als eine Folge von Zeichen in elektrische Werte (diskrete Werte) umgewandelt und nach genormten Aussagezuständen im Datentelegramm (Dauer 50 ms) mit höchstmöglicher Sicherheit übertragen.

### Informationsauswerter

Unter Beibehaltung aller bisherigen Funktionen der Funkzentralen werden zu den vorhandenen Funkanlagen

Informationsauswerter für Digitalinformationen angeschaltet. Ihre Aufgabe ist es, die Datentelegramme auszuwerten, nach den codierten Signalen zu prüfen, die Informationswerte zu speichern, anzuzeigen und abrufbereit wiederzugeben.

Der Informationsauswerter enthält die Telegrammauswertung, einen Speicher, eine Rechenschnittstelle V 24 sowie die notwendige Stromversorgung.

Für jeden Arbeitsplatz ist eine Anzeigeeinheit in der Zentrale vorgesehen. Die digitalübertragenen Daten können durch die Informationsbewahrung und Auswertung nach vorgegebenen Merkmalen, durch die Anschaltung eines „Kleinprozessors“ an der Rechenschnittstelle V 24 sortiert und erweitert werden. Hierdurch ist es möglich, auf angeschalteten Datensichtgeräten Tabellen anzuzeigen, die alle Funkverkehrskreisteilnehmer erfassen und nach festprogrammiertem Prinzip ordnen.

Zur Dokumentation und zu Auswertungszwecken lassen sich durch Erweiterung der Anlage, z. B. Datum- und Zeitangaben, Ergänzungen schaffen, die jeder Aufgabenstellung gerecht werden.

Ist ein Datensignal eines mobilen

Funkteilnehmers vom Info-Auswerter der Funkzentrale (Leistelle) empfangen worden, so wird die Empfangsbestätigung durch das automatische Aussenden eines Tonimpulses von ca. 150 ms bestätigt. Neuerlich wird die Quittierung der Fahrzeugmeldung vielfach selektiv vorgenommen. Die großen Vorteile dieses Funkinformations- und -meldesystems sind:

- Anrufsicherheit ca. 98 %
- hohe Übermittlungsschnelligkeit
- geringe Frequenzbelastung
- automatische, elektronische, optische Erkennung, Aufzeichnung, Speicherung und abrufbereite Wiedergabe
- personelle Entlastung
- Reduzierung von Fehlerquellen
- Behinderung der Abhörmöglichkeit durch Unbefugte
- erhöhte Sicherheit in schwachen Feldstärkenbereichen (auch bei geringem Störabstand)
- Identifizierung der Sendestelle, selbst bei Sprechasten-Kurzbetätigung
- Übersicht über alle eingesetzten Fahrzeuge u. v. a. m.

### Abschluß

Die Verwirklichung der vorgestellten Funkinformations-Möglichkeiten bietet aus der technischen Sicht kaum Schwierigkeiten. Der zeitgemäße Ausbau wird sich nach den zu bewältigenden Aufgaben, dem Verkehrsaufkommen, den Betriebserfordernissen, dem ökonomischen Plan sowie der Infrastruktur richten. Alle Systeme haben ihre Vor- und Nachteile, welches das bessere Verfahren sein wird – weil abzuwägen – wird nicht zuletzt von den Kosten und der Dringlichkeit her bestimmt. Die durchweg positiven Erfahrungen im Zuge einer zielstrebigem, koordinierten Hilfeleistung – wie sie sich in den letzten Katastrophenfällen, bei Großeinsätzen der Polizei, bei den Berufsfeuerwehren in größeren Städten und bei Rettungsleitstellen in Funkverkehrsbereichen ergaben – erfordern ein Durchforsten bestehender Einrichtungen zur stufenweisen Verbesserung und Erfolgssicherung des Rettungsdienstes durch die Verwendung moderner Funkinformationssysteme.



Fritz Isterling, Brand-Ing.

# Alles über Feuerlöscher

Von beherzten Männern und Frauen eingesetzt, haben sie tausendfach verhindert, daß aus Kleinbränden Brandkatastrophen wurden

Wertvollstes Mittel für eine schnelle Brandbekämpfung, die den Brandschaden in Grenzen hält, ist das mobile Löschgerät, also der Feuerlöscher, der den Erstangriff in der Entstehungsphase des Brandes ermöglicht. Im nachfolgenden Beitrag gibt Brand-Ing. Fritz Isterling, Sachverständiger für Industriebrandschutz und Leiter des Minimax-Schulungszentrums, einen detaillierten und illustrierten Bericht zu diesem stets aktuellen Thema.

Die Redaktion

Wir gliedern den vorbeugenden Brandschutz, die Brandsicherheit also, in drei Gruppen:

Gruppe eins: Die gesetzlich verbriefte Sicherheit

Gruppe zwei: Die gesetzlich verordnete Sicherheit

Gruppe drei: Die gekaufte Sicherheit. Eins, zwei und drei zusammen ergeben eine optimale Sicherheit. Eine vollkommene Sicherheit zu erreichen, ist ein Bestreben. Eine Garantie dafür gibt es nicht.

|   |   |   |  |   |
|---|---|---|--|---|
| <br><b>A</b><br>Brände fester Stoffe, hauptsächlich organischer Natur, die normalerweise unter Glutbildung verbrennen, z. B. Holz, Papier, Stroh, Kohle, Textilien, Autoreifen | <br><b>B</b><br>Brände von flüssigen oder flüssig werdenden Stoffen: z. B. Benzin, Öl, Fett, Lacke, Harze, Wachs, Teer, Alther, Kunststoffe | <br><b>C</b><br>Brände von Gasen: z. B. Methan, Propan, Wasserstoff, Acetylen, Stadtgas | <br><b>D</b><br>Brände von Metallen: z. B. Aluminium, Magnesium, Lithium, Natrium, Kalium, und deren Legierungen | <br><b>E</b><br>In der europäischen Norm EN 2 wird für Brände in Gegenwart elektrischer Spannung keine eigenständige Brandklasse ausgewiesen. Geräte, die für die Brandbekämpfung in Gegenwart elektrischer Energie nicht zugelassen sind, müssen entsprechend gekennzeichnet werden. Siehe DIN 14 406, Blatt 1, bzw. VDE-Vorschrift 0132/5/65. |
|---|---|---|--|---|

## Einteilung der Brandklassen



Links: Pulverlöscher DIN PG 6 und DIN PG 12 sind sogenannte „Universal-Feuerlöscher“. Sie können, abgesehen von Hochspannungsanlagen, überall installiert und eingesetzt werden. Mitte: Wasserlöscher DIN W 10 dürfen nur dort installiert werden, wo mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit keine anderen Stoffe als solche der Brandklasse A in Brand geraten können. Rechts: Halon- und CO<sub>2</sub>-Löscher sind besonders durch ihr rückstandsloses Löschmittel zum Einsatz in elektrischen und elektronischen Anlagen geeignet. Halon-Löscher sollte man jedoch nicht in engen, schlecht belüfteten Räumen verwenden.

## Die gesetzlich verbriefte Sicherheit

Aus dem Recht auf öffentliche Hilfeleistung nach den Feuer- oder Brandschutzgesetzen, nach entsprechenden Verordnungen, Bestimmungen und Richtlinien ergibt sich die „verbriefte Sicherheit“. Der Staat garantiert im Notfall die Hilfeleistung durch öffentliche Einrichtungen, hier die Feuerwehr, untergliedert in Berufs- oder Freiwillige Feuerwehr.

Eine Werk- oder Betriebsfeuerwehr zählt hierzu nicht!

Zwischen Brandausbruch und Einsatz der Feuerwehr am Brandort vergeht eine Zeitspanne, die in Großstädten mit Berufsfeuerwehren, in größeren Städten und in Gemeinden mit Freiwilligen Feuerwehren unterschiedlich groß ist.

In dieser Zeitspanne würde, ließe man sie ungenutzt verstreichen, das Feuer weiter ungehindert Schaden anrichten können, Werte vernichten und möglicherweise auch Menschenleben gefährden.

Ein Kleinbrand benötigt nicht einmal zehn Minuten, um beim Vorliegen ungünstigster (und brandgünstigster!) Bedingungen zum unlöschbaren Großbrand zu werden.

Deshalb haben Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaft zum Schutze des arbeitenden Menschen eine gesetzlich verordnete Sicherheit geschaffen, an deren Entwicklung auch die Feuerversicherer maßgeblich beteiligt waren, denen es hier um den Schutz von Sachwerten und die Verhinderung von deren Vernichtung geht.

## Gesetzlich verordnete Sicherheit

Die gesetzlich verordnete Sicherheit (berufsgenossenschaftliche Vorschriften sind zum Beispiel für den Unternehmer bindend und haben deshalb Gesetzeskraft) besteht aus der Bereitstellung von Feuerlöschern und der Gewährleistung von deren Funktionssicherheit, also ihrer Einsatzbereitschaft.

In der Frage der Anzahl der bereitzuhaltenden Feuerlöscher haben in der Bundesrepublik Deutschland der Verband der Sachversicherer und der Bundesverband der Deutschen Industrie gemeinsam ein Merkblatt herausgegeben, das einen Überblick über amtlich zugelassene Feuerlöscher, die Brandklassen und die Anzahl der bereitzustellenden Löscher gibt. Die gesetzlich verordnete Sicherheit



stellt im übrigen nur den Mindestschutz dar, die Anzahl der geforderten Feuerlöscher sind die Mindestausrüstung eines Betriebes. Eine optimale Sicherheit kann erst durch den Zukauf weiterer Sicherheiten erreicht werden, so, wie sich z. B. jedermann durch eine zusätzliche private Krankenversicherung über die Leistungen der gesetzlichen Krankenkasse hinaus eine zusätzliche und für seine Ansprüche optimale Sicherheit verschafft.

## Die gekaufte Sicherheit

Sicherheit kann man auch kaufen. Dazu gehört z. B. die Einrichtung einer Werkfeuerwehr, deren Ausrüstung, Ausbildung usw., wenn ein Betrieb stark feuergefährdet oder feuergefährlich ist, auch, wenn der Betrieb weitab von der Sicherheitszone oder außerhalb des Stadtgebietes liegt. Es kann sich weiter um die Einrichtung eines Brandwarn- und -meldesystems oder/und um die Installierung einer Sprinkleranlage, einer CO<sub>2</sub>-Löschanlage oder um die Einrichtung eines anderen stationären automatischen Feuerlöschsystems handeln. Die gekaufte, also zusätzliche Sicherheit wird in der Regel vom Feuerversicherer honoriert werden, d. h. dieser gewährt Nachlässe oder Rabatte auf die Feuerversicherungsprämien. Wichtig ist, daß stationäre automatische Feuerlöschanlagen die gesetzlich verordnete Sicherheit durch Bereitstellung von Feuerlöschern nicht berühren, daß also eine noch so umfangreiche Sprinkleranlage den Betrieb nicht davon entbindet, die vorgeschriebene Anzahl von Feuerlöschern bereitzuhalten.

Eine logische Erklärung hierzu ist erforderlich, da immer wieder Zweifel entstehen. Der Ersteinsatz bei einem Brand wird immer durch Feuerlöscher in der Hand von beherzten Betriebsangehörigen erfolgen, die oft mit wenigen Pulverstößen den Entstehungsbrand im Keime ersticken. Tagsüber auf den Einsatz einer Sprinkleranlage zu warten, die eine bestimmte Auslösetemperatur benötigt, wäre gefrevelt, denn der Brand müßte sich, um diese Temperatur zu bringen, erst einmal ausbreiten, würde also zunächst einen viel größeren Schaden verursachen. Bei Nacht aber, oder in den Betriebsferien, auch an Sonn- und Feiertagen sowie an arbeitsfreien Samstagen, also immer dann, wenn das Werk nicht besetzt ist, beweist sich der Wert einer automatischen Löschanlage, die ein Feuer meist schon gelöscht hat, bis

die ebenfalls automatisch alarmierte Feuerwehr am Brandort eintrifft. Ein Feuer, das sich sonst unkontrolliert ausbreiten könnte, wird automatisch gelöscht und somit ein Großbrand mit Totalschaden vermieden. Die Wichtigkeit der gesetzlich verordneten Sicherheit nötigt uns, das Thema „Feuerlöscher“ in aller Ausführlichkeit zu behandeln. Dazu stellen wir uns vorab die Fragen: Was sind Feuerlöscher? Welchem Zwecke dienen sie? Wie viele davon brauchen wir? Wo sind sie zweckmäßigerweise anzubringen? Welche Typen und Bauarten sind für welche Brände geeignet?

## Die schadenverhütende Kraft

Unumstritten sind Vorteile und Einsatzkraft von Feuerlöschern, früher „Handfeuerlöscher“ genannt, die gerade in den letzten zwei Jahrzehnten, besonders im industriellen Brandschutz ihre große Bedeutung erlangten und behielten:

Feuerlöscher, bei Entstehungsbränden von beherzten Männern (und Frauen!) eingesetzt, haben tausend-, ja zehntausendfach verhindert, daß aus Kleinbränden Brandkatastrophen, aus Bagatellschäden Millionenverluste wurden. Die Zahl der so gelöschten Brände ist nicht registriert, lohnten doch oft der nur geringe Brandschaden und die rasch verschmerzten Füllkosten eines einzelnen Feuerlöschers nicht die Mühe des Ausfüllens eines Schadenformulars und die Inanspruchnahme der Feuerversicherung. Undenkbar, wie hoch die Brandschäden in den letzten Jahren gestiegen wären, wie hoch sich die Folgeschäden und unbezahlbaren Verluste in der Wirtschaft belaufen würden, gäbe es nicht technisch vollkommene Feuerlöschgeräte und Hochleistungslöschmittel, die im vorbeugenden Brandschutz bereitgehalten werden, um hier ihre optimale Löschkraft zu beweisen, die geeignet ist, Kleinbetriebe wie auch große Werke vor dem Totalverlust durch eine Brandkatastrophe zu bewahren.

Trotz dieser seit Jahrzehnten bewiesenen schadenverhütenden Kraft von Feuerlöschern und größeren Feuerlöschgeräten kommt es immer wieder zu Brandschäden, die nur dadurch oft viele Millionen kosten, weil Feuerlöschgeräte für den Ersteinsatz, also gerade Feuerlöscher, entweder **nicht in genügender Anzahl vorhanden** oder **nicht in brauchbarem, also einsatzbereitem Zustand sind**,

**weil das Personal mangels Ausbildung nicht in der Lage ist**, die Feuerlöscher zu bedienen oder gezielt, und damit löschwirksam, einzusetzen.

## Was sind Feuerlöscher?

Nach der DIN (Deutsche Industrie Norm) 14 406 für tragbare Feuerlöscher sind dies Löschergeräte mit einem Gewicht bis zu 20 Kilogramm, deren Löschmittel durch gespeicherten oder bei der Inbetriebsetzung erzeugten Druck ausgestoßen wird. Die Feuerlöscher müssen bei sachgemäßer Handhabung die wirksame Bekämpfung von Bränden gewährleisten, die den Umfang der bei der Typprüfung abgelöschten Brände nicht überschreiten (Entstehungsbrände). Feuerlöscher werden einer oder mehreren Brandklassen zugeordnet (siehe Brandklassenschema). Die gebräuchlichsten Feuerlöscher für den vorgenannten Bereich (Industrie usw.) sind:

- 1. Pulverlöscher**  
(Trockenlöscher)  
DIN PG für **Glutbrände**, nach Brandklasse A, auch für Flammenbrände nach Brandklassen B + C, Füllung 6 bzw. 12 kg Glutbrandlöschpulver
- 2. Pulverlöscher**  
(Trockenlöscher)  
DIN P für **Flammenbrände**, nach Brandklassen B + C, nicht für Glutbrände nach Brandklasse A, Füllung 6 bzw. 12 kg Flammbrandlöschpulver
- 3. Pulverlöscher**  
(Trockenlöscher)  
DIN PG 1 und PG 2, Feuerlöscher zum Löschen von **Autobränden**, Brandklassen A + B + C, gefüllt mit 1 bzw. 2 kg Glutbrandlöschpulver
- 4. Wasserlöscher**  
(Naßlöscher)  
DIN W für **Glutbrände**, nach Brandklasse A. Füllung 10 Liter Wasser ohne oder mit Frostschutzmittelzusatz
- 5. Kohlendioxidlöscher**  
(Kohlensäure-(CO<sub>2</sub>-)Löscher)  
DIN K 6 für rückstandloses Löschen von Bränden der Brandklasse B, Füllung 6 kg CO<sub>2</sub> = 3000 l löscherfähiges Gas
- 6. Kohlendioxidlöscher**  
(Kohlensäure-(CO<sub>2</sub>-)Löscher)  
DIN K 1,5 mit **Schneebräuse** zum Löschen von Bränden nach Brandklasse B  
DIN K 1,5 mit **Gasdüse** zum Löschen von Bränden nach Brandklasse C  
Füllung je 1,5 kg CO<sub>2</sub> = 750 l löscherfähiges Gas



## 7. Halonlöscher

(Halon = halogenisierter Kohlenwasserstoff)

DIN Ha (0,8 bzw. 2) für rückstandsloses Löschen von Bränden der Brandklassen B + C

Füllung 0,8 bzw. 2 l Halon 1211.

Für elektrische Anlagen galt früher die Brandklasse E. Den entsprechenden Vermerk findet man nicht nur noch auf Feuerlöschern älterer, sondern auch auf solchen neuester Bauart. Etwas seit vielen Jahrzehnten Eingepprägtes kann man nicht mit einem Federstrich hinwegwischen. Der Eingewöhnung muß hier Rechnung getragen werden. Wir zeigen darum die Skizze mit der Einteilung der Brandklassen nach DIN EN 2.

Das „Merkblatt für die Ausrüstung der Betriebe mit Feuerlöschern“ kann im Original beim eigenen Feuerversicherer bestellt werden.

Nach diesem „Merkblatt“ unterliegen die Feuerlöscher einer Größenordnung, die aufgrund der Brandobjekte bei der Typprüfung erstellt wurde:

Die Löscher-Größe ist tauschbar, also im Tausch  $2 \times \text{III} = 1 \times \text{IV}$ , allerdings

| Löscher-Größe | Bauart- u. DIN-Bezeichnung                   | Brandklasse(n) |
|---------------|--|----------------|
| I             | Autofeuerlöscher PG 1                        | A + B + C      |
| I             | Kohlendioxidlöscher (CO <sub>2</sub> ) K 1,5 | B oder C*)     |
| II            | Autofeuerlöscher PG 2                        | A + B + C      |
| II            | Kohlendioxidlöscher (CO <sub>2</sub> ) K 6   | B              |
| II            | Halonlöscher Ha 2                            | B + C          |
| III           | Wasserlöscher W 10                           | A              |
| III           | Pulverlöscher P 6                            | B + C          |
| III           | Pulverlöscher PG 6                           | A + B + C**)   |
| IV            | Pulverlöscher P 12                           | B + C          |
| IV            | Pulverlöscher PG 12                          | A + B + C**)+) |
| IV            | Metallbrandlöscher (Pulver) PM 12            | D              |

\*) Je nachdem, ob Schneebräuse (B) oder Gasdüse (C)

\*\*\*) In elektrischen Anlagen bis 1000 Volt

+) Mit Pulverbräuse zur Dämpfung des Pulverstrahles

auch für Brände der Brandklasse D, ausgenommen Natrium und Kalium

nur innerhalb der Brandklasse(n), z. B. anstelle von einem PG 12 (IV) = zwei PG 6 (III) oder umgekehrt, nicht aber  $2 \text{ K } 6 = 1 \text{ PG } 6$ , da der K 6 keine Glutbrände löscht. Anstelle von einem P 6 sollten in elektrischen Anlagen zweckmäßigerweise

zwei K 6 ( $1 \times \text{III} = 2 \times \text{II}$ ) installiert werden, um Pulverrückstände nach dem Löschen zu vermeiden, analog auch 2 Halonlöscher anstelle eines Pulverlöschers P 6 (beide = Brandklassen B + C)!

Bei der Installation von Wasserlö-



Links: Kohlendioxidlöscher (CO<sub>2</sub>) DIN K 6 mit Schneebräuse zum Löschen von Bränden nach Brandklasse B.

Rechts: Kohlendioxidlöscher mit Gasdüse. Er darf nicht zum Löschen von brennbaren Flüssigkeiten verwendet werden, da durch die Vehemenz des austretenden Lösch-(Gas-) Strahles die brennende Flüssigkeit verspritzt und der Brand dadurch größer werden könnte. Das Gerät wird bei Bränden eingesetzt, bei denen brennendes Gas unter Druck aus einer Leitung austritt.



Links: Der Feuerlöscher K 1,5 mit Schneebräuse, ebenfalls ein Kohlen-säurelöscher, eignet sich besonders zum Einsatz in Laboratorien. Rechts: Zur Bekämpfung von Metallbränden der Brandklasse D sowie von Bränden der Alkalimetalle gibt es Spezial-Metall-brandlöscher.



schern (W 10) sollte auch darauf geachtet werden, daß mit Wasser (neben dem gefährlichen Einsatz in elektrischen Anlagen) kein brennendes PVC (Folgeschäden!) abgelöscht wird.

### **Einsatzdauer nicht überschätzen!**

Feuerlöscher sind aufgrund ihrer Bauart, ihrer Löschmittel-Füllmenge und ihrer relativ kurzen Spritzdauer dazu bestimmt, Entstehungsbrände zu bekämpfen und zu löschen.

Mehrere Feuerlöscher – oder gar viele davon – sind aber durchaus geeignet, im konzentrierten Einsatz auch größere Brände zu löschen oder zumindest so lange niederzuhalten, bis die Feuerwehr mit größeren Löscheräten eingetroffen ist und die weitere Brandbekämpfung übernimmt.

Manchmal wird die Einsatzkraft und Einsatzdauer der Feuerlöscher überschätzt. Deshalb kommt es oft (zu oft!) vor, daß viel weniger Feuerlöscher bereitgehalten werden, als dies nach Lage der Dinge (Betriebsgefahren und Brandrisiken) und nach Ausführung des „Merkblattes“ notwendig ist.

Hierdurch werden Kleinbrände zu Großbränden und hierdurch kommt es u. a. dazu, daß Versicherungen nach einem Brand die Zahlung verweigern, weil hiernach der abgeschlossene Feuerversicherungsvertrag durch den Versicherten nicht erfüllt wurde.

Das „Merkblatt“, das hier mehrfach zitiert wurde, ist schon oft falsch ausgelegt worden, obwohl es an Genauigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Wer sich dazu verleiten läßt, das „Merkblatt“ so auszulegen, daß er vielleicht einige Feuerlöscher „einspart“, hat selbst die Folgen zu tragen, wenn nach einem Brand im Zuge der Ermittlungen festgestellt wird, daß die Auflagen der Versicherung umgangen wurden.

Der Verband der Sachversicherer hat die Brandgefahren und damit die erforderliche Anzahl von Feuerlöschern in drei Gruppen eingeteilt:

- a) **Geringe Brandgefahr**  
Mechanische Werkstatt u. ä.
- b) **Mittlere Brandgefahr**  
Materialienlager u. ä.
- c) **Größere Brandgefahr**  
Feuergefährliche Flüssigkeiten und Gase, Holzverarbeitung, Kunststoffverarbeitung u. a.

Wie man die nach diesen Kennbuchstaben erforderliche Anzahl von Feuerlöschern sofort ermitteln kann, zeigt eine Tabelle, die beim Autor dieses Beitrages angefordert werden kann.

### **Wohin mit den Feuerlöschern?**

Über die Anbringung der Feuerlöscher im Betrieb, Verwaltungsgebäude usw. gibt es Erfahrungswerte, die berücksichtigt werden sollten.

Feuerlöscher sollten:

- in der Nähe von Gefahrenpunkten installiert werden, damit sie im Brandfall sofort greifbar sind;
- in unmittelbarer Nähe von Ausgangstüren montiert werden, weil die erste Reaktion nach Ausbruch eines Brandes die Flucht ist. Auf dem Fluchtweg sieht der Betriebsangehörige den bzw. die Feuerlöscher und erkennt seine Aufgabe;
- im äußersten Winkel eines Betriebsteiles oder eines Verwaltungsgebäudes, eines Lagers usw. angebracht sein. Wenn Betriebsangehörige bei einem Brand von den Flammen eingeschlossen sind, sollen sie nicht warten müssen, bis man sie befreit. Sie sollten vielmehr den Versuch der Selbstbefreiung unternehmen. Unter dem Schutze der Löschpulverwolke eines Feuerlöschers können sie sich einen Weg durch die Flammen bahnen;
- in etwa 1,50 m Höhe (Unterkante des Löschers) aufgehängt werden, wenn im Bereich Elektrokarren- oder anderer Wagenverkehr herrscht, durch den in Bodennähe installierte Feuerlöscher beschädigt werden könnten;
- in allen übrigen Bereichen, besonders dort, wo weibliches Personal beschäftigt ist, so niedrig hängen, daß sie ohne besondere Anstrengung aufgenommen werden können, etwa 10 cm über dem Boden, damit unter noch gereinigt werden kann;
- möglichst in Batterien (mehrere Feuerlöscher) montiert werden, damit mehrere Betriebsangehörige zugleich einen Brand bekämpfen können;
- so installiert werden, daß bei einem Brand sofort der „richtige Feuerlöscher“ (von der Brandklasse her gesehen) ergriffen und eingesetzt werden kann.

Nach dem Merkblatt des Verbandes der Sachversicherer müssen Feuerlöscher alljährlich, mindestens aber im Abstand von zwei Jahren, geprüft werden, um die verlangte Funktionssicherheit zu gewährleisten. Darüber hinaus ist zu empfehlen, die Feuerlöscher in monatlichen Abständen zu kontrollieren und dabei solche, die äußerlich beschädigt oder bei denen die Plomben verletzt sind, dem Werkkundendienst zur Überprüfung zu übergeben.

Die Gruppe der Autofeuerlöscher verdient noch besonderer Erwähnung: Allein in der Bundesrepublik verbren-

nen alljährlich etwa 350 bis 400 Menschen in ihren Kraftfahrzeugen. Ein großer Automobilclub hat ermittelt, daß 90 % von ihnen noch leben könnten, wenn sofort Helfer mit Feuerlöschern zur Stelle gewesen wären. Doch nur etwa 5 % aller bundesdeutschen Autofahrer besitzen einen Autofeuerlöscher.

Alle Dienst- und Werksfahrzeuge müssen gem. § 120 a der Gewerbeordnung (GewO) und einem darüber ergangenen Grundsatzurteil mit Feuerlöschern ausgerüstet sein.

### **Vorschriften, Gesetze, Urteile**

Die gesetzliche Grundlage der Feuerlöscher-Bereitstellung sieht so aus:

#### **Unfallverhütungsvorschriften der gewerblichen Berufsgenossenschaften (VBG 1) § 19 (Ziffer 5):**

Feuerlöschergeräte sind der Art und Größe des Betriebes entsprechend bereitzustellen. Sie sind gebrauchsfähig zu erhalten, auch gegen Einfrieren zu schützen und in bestimmten Zeitabständen zu prüfen; der Prüfungsvermerk ist am Feuerlöscher anzubringen. Mit ihrer Handhabung sind Personenn in angemessener Anzahl vertraut zu machen.

**Der Bundesgerichtshof** (Az. VI ZR 154/53) urteilte am 10. 11. 1954 hierzu: Die Vorschriften der Berufsgenossenschaften sind für den Unternehmer bindende Vorschriften. Unternehmer sowie verantwortliche Betriebsaufseher haben sich von ihnen Kenntnis zu verschaffen und sie auszuführen.

**Die Gewerbeordnung (GewO)** sagt unter „Betriebssicherheit“ in § 120 a (1):

Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet.

Unter (3) geht es weiter:

Ebenso sind diejenigen Vorrichtungen herzustellen, welche zum Schutz der Arbeiter gegen gefährliche Berührungen mit Maschinen oder Maschinenteilen oder gegen andere in der Natur der Betriebsstätte oder des Betriebs liegende Gefahren, namentlich auch gegen Gefahren, welche aus Fabriksbränden erwachsen können, erforderlich sind.

**In den Allgemeinen Sicherheitsvorschriften der Feuerversicherer für**



**Fabriken und gewerbliche Anlagen (ASF) heißt es:**  
Ziffer 16:

In jedem Betrieb müssen den besonderen Brandgefahren entsprechende Feuerlöschmittel vorhanden sein. Sie müssen an geeigneter, leicht zugänglicher Stelle aufbewahrt und regelmäßig instandgehalten werden. Das Betriebspersonal muß in der Bedienung unterwiesen sein. Es empfiehlt sich, eine Brandordnung auszuhängen.

Ziffer 17:  
Handfeuerlöscher müssen in der den besonderen Betriebsgefahren entsprechenden und amtlich zugelassenen Ausführung verwendet werden. Es empfiehlt sich, das vom Verband der Sachversicherer gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie aufgestellte Merkblatt für die Ausrüstung der Betriebe mit Feuerlöschern zu beachten.

**Nach § 7 (Sicherheitsvorschriften) der Allgemeinen Feuerversicherungsbedingungen (AFB)**

ist der Versicherer von der Entschädigungspflicht frei, wenn im Schadenfalle ein Vorsatz oder eine grobe Fahrlässigkeit seitens des Versicherungsnehmers vorliegt. Zudem kann der Versicherer die Versicherung schon mit einmonatiger Frist kündigen, wenn der Versicherungsnehmer gesetzliche, polizeiliche oder vereinbarte (vertragliche) Sicherheitsvorschriften verletzt. Bestraft wird nach den §§ 306, 307, 308, 309 und 310 a des Strafgesetzbuches (StGB) sowohl der vorsätzliche als auch der fahrlässige Brandstifter und auch der, der „nur“ eine Brandgefahr herbeiführt, ohne daß es zum Ausbruch eines Feuers kommt. Die härteste Strafe, die einen Unternehmer treffen kann, ist der Entzug der Erlaubnis, einen Betrieb führen zu dürfen. Möglicherweise kann auch der Betrieb geschlossen werden, wenn Inhaber, Geschäftsführer oder Betriebsleiter als unzuverlässig erkannt werden.

**Hier steht das Urteil des Bundesgerichtshofes (I B – 7/71):**

„Durch eine behördliche Verfügung kann eine Firma geschlossen werden, wenn ein im Betrieb tätiger Dritter mit maßgebendem Einfluß auf die Geschäftsführung sich als unzuverlässig im Sinne des Gewerberechts zeigt.“

Diesem Urteil ist der Wortlaut des § 35 der Gewerbeordnung (GewO) zugrunde gelegt.

Den Planer und den Betriebswirt interessieren schließlich und endlich auch die Kosten für die Betriebsausrüstung mit Feuerlöschern.

Wenn man von einer 10 000 qm großen Produktionshalle ausgeht, so betragen nach dem Listenpreis vom November 1976 die Anschaffungskosten für die vorgeschriebene Anzahl an 12-Kilo-Feuerlöschern (Größe IV) pro Quadratmeter 1,32 DM bei Annahme „mittlerer Brandgefahr“. Bei Annahme „größerer Brandgefahr“ erhöht sich der Anschaffungspreis auf 2,62 DM/qm. Diese Preise gelten als einmalige Anschaffungskosten für die nächsten 15 bis 20 Jahre, denn so lange (und meistens noch viel länger!) ist heute die Lebens- und Gebrauchsdauer eines Marken-Feuerlöschers. Hinzu kommen natürlich noch die (vorgeschriebenen) alljährlichen oder (mindestens) zweijährlichen Prüfkosten, die als selbstverständlich bei der Wartung einer Maschine gelten, weshalb nicht auch bei einem Feuer-

löscher, mit dem im Brandfalle die Maschinen – und nicht nur diese – vor der Vernichtung gerettet werden sollen.

Alein schon diese extrem niedrigen Kosten bieten den gültigen Beweis, daß Feuerlöscher, abgesehen von ihrer gesetzlich verordneten Notwendigkeit, zu den erschwinglichsten Sicherheitsgeräten überhaupt gehören, jeder Versuch also, die Beschaffung und Installation zu umgehen, mangels irgendeiner Begründung gar nicht erst zur Ausführung kommen dürfte. Wer glaubt, ohne Feuerschutz auskommen zu können, verzichtet auf die Sicherheit, die ihn befähigt, überhaupt zu existieren. Er bringt nicht nur sich, sondern auch seine Arbeitnehmer in Gefahr und trägt nicht allein die Verantwortung, sondern auch die Folgen für sein Fehlverhalten.

**Einsatz von Feuerlöschern**

| Falsch   | Richtig   |
|--|---|
|  <p>Windrichtung ►<br/>Flammen und Rauch behindern das Löschen,</p>  |  <p>deshalb stets mit dem Wind löschen.</p>  |
|  <p>Nicht sinnlos in die Flammen spritzen,</p>  |  <p>sondern von unten nach oben löschen.</p>  |
|  <p>Bei Kleinbränden den Löscher nicht völlig entleeren,</p>  |  <p>sondern durch kurze Pulverstöße löschen. Löschmittelreserve zurückbehalten.</p> |
|  <p>Bei größeren Bränden nicht allein löschen und die Feuerlöscher nacheinander einsetzen,</p>              |  <p>sondern gemeinsam mit mehreren Feuerlöschern zugleich angreifen.</p>            |
|  <p>Ein Feuer niemals von der Mitte her angreifen,</p>  |  <p>sondern von vorne nach hinten ablöschen.</p>                                    |
|  <p>Brennt Öl oder Benzin in offenen Behältern, keinesfalls mit vollem Pulverstrahl von oben bekämpfen,</p> |  <p>sondern Pulverwolke sanft über das gesamte brennende Objekt legen.</p>          |



H. E. Spengler, Dipl.-Ing. / Fotos: J. Schwepfinger und H. Enzwieser

# Großsprengung im Münchener Westen

12 000 Einsatzstunden – 2 300 Bohrlöcher – 160 kg Sprengstoff

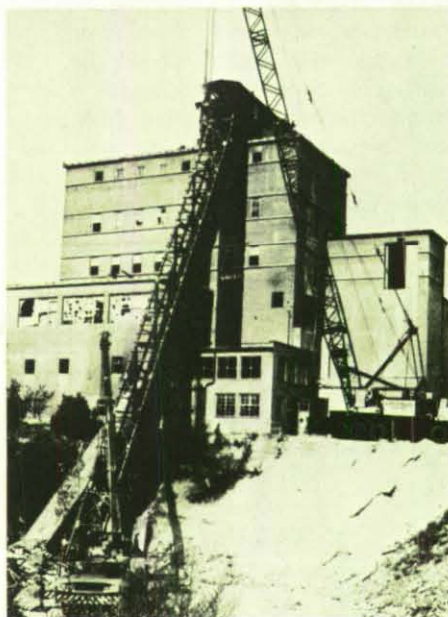
Mitte Mai 1976 richtete die Landeshauptstadt München an den THW-Ortsverband München die Anfrage, ob er in der Lage sei, ein altes Kies- und Quetschwerk zu sprengen. Das Objekt stand dem Ausbau eines Erholungsparks im Wege und mußte deshalb auf Wunsch der Stadtgartendirektion entfernt werden.

## Das Sprengobjekt

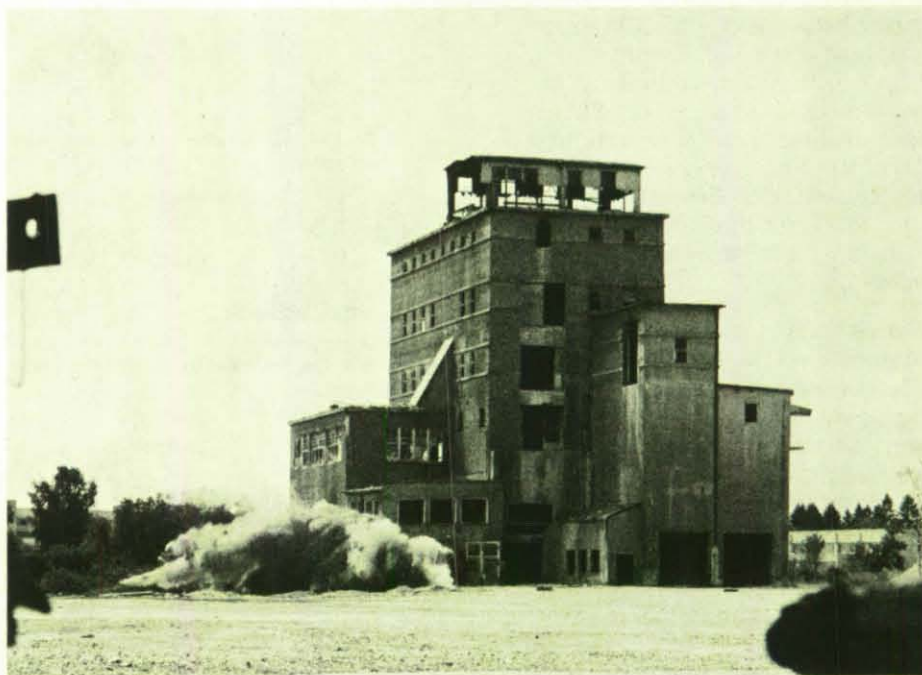
Bei einer ersten Besichtigung stellte sich das Sprengobjekt so dar: Auf einem großen freien Platz stand das alte Kieswerk. Auf zwei Seiten war das Gebäude im Abstand von ca. 100 m von einem Wohngebiet und einer Schule umschlossen. Das Gebäude selbst, erbaut im Jahre 1929, bestand aus einem Betonhauptbau, 24 m breit, 36 m lang und 25 m hoch, der auf verschiedenen Seiten im Laufe der Jahre durch mehrere kleinere Anbauten erweitert worden war. Auf der Ostseite befand sich ein 43 m langer Schrägaufzug, der von der Kiesanlieferungsstelle das Material auf das Dach des Hauptgebäudes transportierte. Das Kernstück des Gebäudes bildete die Abfüllhalle für LKW mit 12 sehr massiven Schütt-Trichtern.

## Auftrag übernommen

Nachdem die Sprengberechtigten des Ortsverbandes die ersten Berechnungen angestellt hatten und zu dem Schluß kamen, aus sprengtechnischer Sicht wäre das THW in der Lage, den Auftrag zu übernehmen, beschloß im Juni der Ortsausschuß: Wir nehmen den Auftrag an. Zugleich wurde ein Arbeitsstab unter der Leitung der beiden stellvertretenden Ortsbeauftragten ins Leben gerufen, der die Organisation und die Durchführung des Auftrags zu übernehmen hatte. Dieser Stab gliederte sich in die Bereiche Sprengtechnik, Bohrarbeiten, Sicherheit, Funkbetrieb und Geräte und Werkzeuge. Nur durch diese strenge

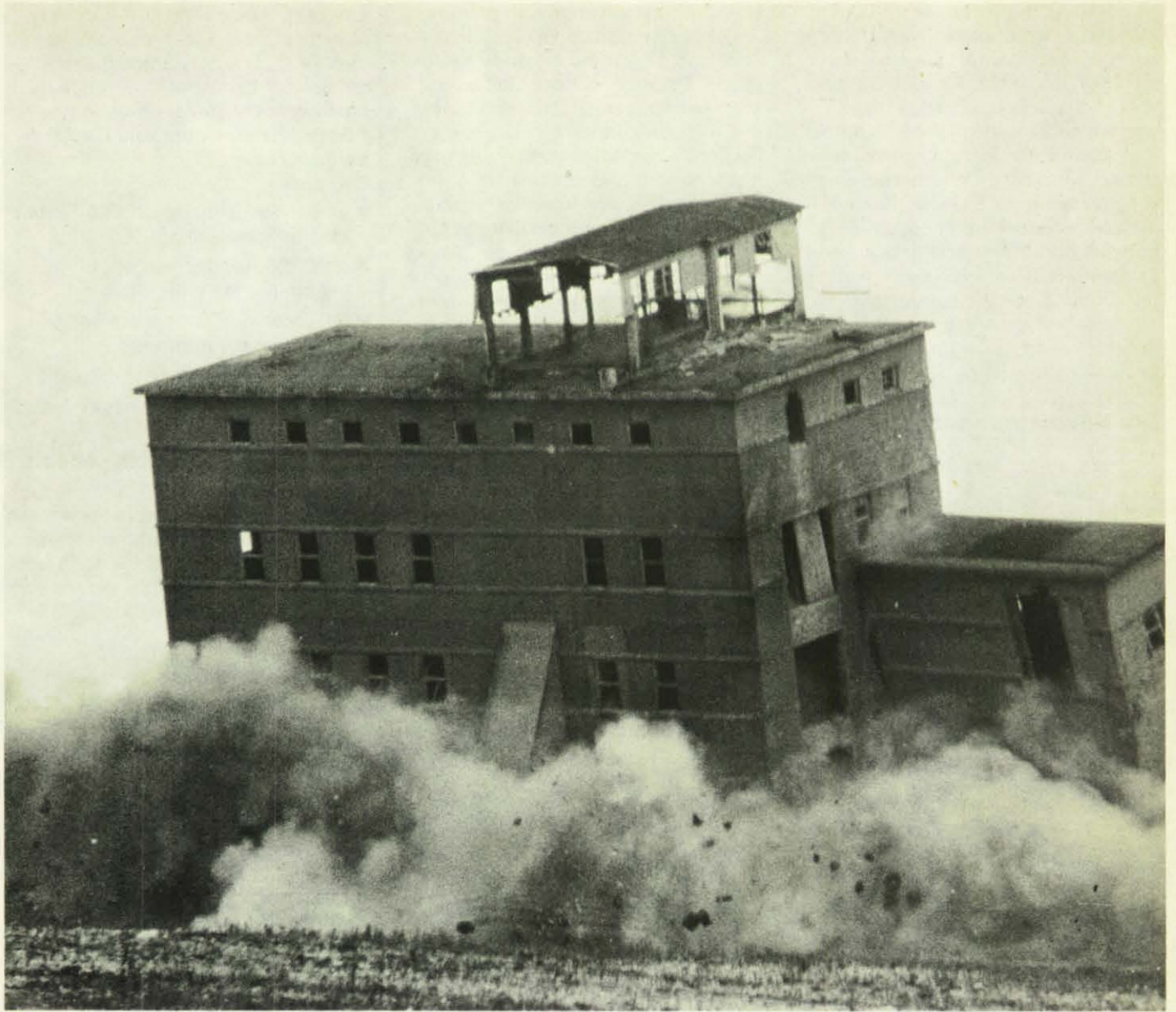


Links: Mit Hilfe zweier Mobilkräne wurde der Schrägaufzug vom Gebäude abgehoben und von Helfern des THW-Instandsetzungsdienstes in seine Bestandteile zerlegt. Rechts: Eine Zündung wird vorbereitet. Bei mehreren Sprengungen wurden insgesamt 160 kg Ammongelit verbraucht.



Ein Anbau des alten Kies- und Quetschwerkes wird gesprengt. Allen Sprengarbeiten gingen umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen voraus.





**Sprengen des Hauptgebäudes. Für mehrere Sprengungen mußten ca. 2 300 Bohrlöcher gebohrt, geladen und verdammt werden.**

Teilung in Arbeits- und Verantwortungsbereiche war der Stab, wie sich auch später immer wieder herausstellte, in der Lage, die mannigfachen Aufgaben und neu auftauchenden Probleme zu meistern. Der Plan, der nach mehrwöchigen Vorbereitungen entstanden war, sah vor, zunächst eine Probesprengung durchzuführen, um die verbauten Materialien des Objekts zu erforschen, dann die Nebengebäude mit zwei Sprengungen zu beseitigen und schließlich mit der 4. Sprengung das Hauptgebäude niederzulegen.

### **Arbeitsbeginn**

Am 17. Juni 1976 wurde mit den ersten praktischen Arbeiten begonnen. Mit Hilfe zweier Mobilkräne wurde der Schrägaufzug vom Gebäude abgehoben

und von Helfern des Instandsetzungsdienstes des Ortsverbandes in seine Bestandteile zerlegt. Zu gleicher Zeit zeichneten die Sprengberechtigten die notwendigen Bohrlöcher an, und die Helfer der Bergungsbereitschaften begannen mit den ersten Trenn- und Bohrarbeiten. Dabei zeigten sich dann auch schon einige unerwartete Schwierigkeiten. Die vorgenannten Arbeiten mußten alle mit von 6 Kompressoren betriebenen Preßluftwerkzeugen vorgenommen werden. Der dabei durch die Bohrarbeiten und durch Erschütterungen aufgewirbelte Staub stellte für die Helfer eine so große Belastung dar, daß nur mit Mundschutz gearbeitet werden konnte. Der Versuch, mit Wasser den Staub zu binden, brachte leider nicht den gewünschten Erfolg. Auch verursachten die Preßluftgeräte und Kompresso-

ren in dem Betonbau Lärmwerte, die über den für die Helfer zumutbaren Werten lagen, so daß die Männer zusätzlich zum Mundschutz nur mit Gehörschutzwatte arbeiten konnten. Daß auch das Gewicht und die Vibrationen der Preßluftgeräte und die teilweise notwendige Zwangslage, in der die Helfer arbeiten mußten, eine zusätzliche Belastung darstellten und eine kurzfristige Ablösung erforderten, sei hier nur am Rande erwähnt.

### **Die Vorsprengungen**

Am 30. Juni 1976 wurde die erste Sprengung ausgelöst, nachdem umfangreiche Sicherungsmaßnahmen getroffen waren. Diese Sprengung zeigte vor allem, an welchen Gebäudeteilen Armierungen angebracht waren,



da Pläne hierfür nicht zur Verfügung standen. Nach erfolgter Weiterführung der mechanischen Arbeiten wurden am 18. 9. und am 2. 10. 1976 die seitlichen Anbauten, das Treppenhaus und einige Zwischenwände niedergelegt. Die für die Sprengungen notwendigen Ladearbeiten erforderten einen Arbeitsbeginn um 5 Uhr im Schein THW-eigener Beleuchtung, da einige hundert Bohrlöcher erst geladen und verdämmt sein wollten. Nach geglückter Zündung stand das Quetschwerk nur noch auf einer Zwischenwand, der Rückwand und auf den Tragsäulen.

### Die Hauptsprengung

Die Hauptsprengung war auf den 16. Oktober 1976, 14 Uhr, festgelegt worden. Wie schon zuvor, begannen die Ladearbeiten um 5 Uhr, leider bei Nieselregen und Finsternis. Nur die Halogenlampen tauchten das Sprengobjekt in ein bläuliches Licht. Die

örtliche Presse hatte die Sprengung angekündigt, und so kamen auch schon ab 11 Uhr die ersten Schaulustigen. Dadurch war der Stab aber auch gezwungen, verstärkte Absperrmaßnahmen zu ergreifen, was aber wiederum nur mit einem großen organisatorischen und personellen Aufwand möglich war. Kurz vor der Zündung fand sich dann die örtliche Presse und das Fernsehen ein. Pünktlich um 14 Uhr löste ein Sprengberechtigter die Ladung aus und der Betonriesen stürzte im Zeitlupentempo planmäßig um. Daß die stärkst-armierten Schütt-Trichter nicht zerstört würden, war vorauszusehen, aber nicht von entscheidender Bedeutung, da an der Stelle des früheren Gebäudes ein Berg aufgeschüttet werden soll.

### Schlußbetrachtung

Abschließend kann der OV München auf folgende Leistung zurückschauen:

Eingesetzt waren 855 Helfer des OV München mit 6 Sprengberechtigten des OV München, 3 Sprengberechtigten des OV Landshut, 1 Sprengberechtigten vom OV München-Land und 1 Sprengberechtigten vom OV Starnberg.

Es wurden

- an 11 Wochenenden 12 000 Einsatzstunden geleistet,
- ca. 2 300 Bohrlöcher gebohrt (12 cm bis 147 cm),
- 3 Decken und Geschosse von je 36 m Länge durchtrennt,
- 50 m Sauerstoffflanze verbraucht,
- 160 kg Ammangelit 3 insgesamt gezündet und
- 30 t Stroh zur Abdeckung verbaut.

Welche Leistung hier von den Helfern und Führungskräften erbracht worden war, läßt sich von außen nur schwer beurteilen. Verantwortliche der Stadt sprachen allen Beteiligten jedoch volle Anerkennung und Dank aus.



Nach der Sprengung durften auch die Schaulustigen an das Objekt heran, das zuvor mit großem organisatorischen und personellen Aufwand abgesperrt worden war.



**Entgegnung zu der Veröffentlichung von ASB, JUH und MHD unter der Überschrift: „Erhebliche Bedenken gegen die Grundsätze für die Ausbildung von Rettungssanitätern“ in Heft 10/76 des ZS-MAGAZINS.**

Als Leiter der Arbeitsgruppe für die Aufstellung von Grundsätzen zur Ausbildung von Rettungssanitätern bedauere ich lebhaft, daß ASB, JUH und MHD die Arbeit der Arbeitsgruppe des Bund-Länder-Ausschusses Rettungswesen so sehr mißverstanden haben.

Der der Stellungnahme der Organisationen vorangestellte erste Entwurf eines Diskussionspapiers für die Aufstellung von Grundsätzen zur Ausbildung von Rettungssanitätern sollte keineswegs eine verabschiedungsreife Vorlage sein. Dazu war die der Arbeitsgruppe zur Verfügung stehende Erarbeitungszeit viel zu kurz. Es lohnt sich daher auch nicht, auf die sicherlich notwendigen Änderungen hier schon einzugehen.

Die Stellungnahme der Organisationen geht allerdings an der bestehenden Rechtslage vorbei; denn ab 15. 12. 1976 gibt es keinen gültigen Entwurf zu einem Rettungssanitätergesetz des Bundes.

Da ein neuer Gesetzentwurf keineswegs in Kürze zu erwarten ist, müssen die Länder eigene Ausbildungsvorschriften für diesen Beruf erlassen. Soweit ich es übersehe, gibt es erfreulicherweise niemanden, der es nicht für wünschenswert hält, daß durch Grundsätze des Bund-Länder-Ausschusses Rettungswesen alle Bundesländer einen Anhalt erhalten, an dem sie ihre Vorschriften ausrichten können.

Die Organisationen heben hervor, daß die Verbesserung der personellen Struktur des Rettungsdienstes eine quantitative (Zweimannbesatzung der Krankenkraftwagen) und eine qualitative sein müsse. Das wird auch von allen Mitgliedern des Bund-Länder-Ausschusses so gesehen.

Nur wenn es das erklärte Ziel der Mitglieder des Bund-Länder-Ausschusses und der sich zu Wort meldenden Organisationen ist, eine gleichartige und gleichwertige Ausbildung in allen Bundesländern zu erreichen, kann gegen die Aufstellung von Grundsätzen nicht gut protestiert werden.

Um es noch einmal zu sagen: Solange der Bund von seiner Gesetzgebungskompetenz keinen Gebrauch macht,

müssen die Bundesländer selbständig handeln und sie wollen – das sei ebenfalls noch einmal betont – das möglichst gleichmäßig tun. Dazu benötigen sie aber allgemein anerkannte Empfehlungen.

Nun ein Wort zu der so stark angegriffenen Stundenzahl: Es muß eigentlich einleuchten, daß eine 180stündige Ausbildung nicht das Ziel sein kann, wenn man in etwas längeren Zeiträumen denkt, auf jeden Fall wesentlich länger, als es bei dem Entwurf des Gesetzes des BMJFG angenommen wurde. Daß in dem ersten Diskussionspapier für die Aufstellung von Grundsätzen von 400 Stunden praktischer Ausbildung an Rettungswachen und Rettungsleitstellen die Rede ist, erklärt sich dadurch, daß es sich dabei um neu eintretende Mitarbeiter handeln würde. Niemand kann bestreiten, daß eine solche praktische Ausbildung in dieser Größenordnung notwendig ist; denn auch in § 9 des alten Rettungssanitätergesetzes war die dort vorgesehene Übergangsausbildung beschränkt auf Personen, die über eine praktische Erfahrung verfügten, die sicherlich rein stundenmäßig wesentlich größer war. Wenn man die 180 Stunden und die 400 Stunden praktische Ausbildung in Rettungswachen und Rettungsleitstellen zusammenzählt, so ergeben sich 580 Stunden, zu denen nach allseitig anerkannter Auffassung eine 14tägige klinische Ausbildung hinzugerechnet werden muß. Das sind rd. 80 Stunden, d. h., auch die Organisationen klagen nicht

über eine Ausbildung, die für neu eintretende Mitarbeiter 660 Stunden umfaßt.

Es wird nun die Aufgabe der Arbeitsgruppe sein, festzustellen, ob dieser Ausbildungsrahmen ausreicht, ob er erweitert werden soll und muß und ob zwischen einer Grundausbildung und erforderlichen Weiterbildungslehrgängen unterschieden werden soll.

Die Arbeitsgruppe wird auch prüfen müssen, ob für hauptamtliche und ehrenamtliche Mitarbeiter bei gleichen Ausbildungszielen unterschiedliche Wege aufgezeigt werden können. Die Arbeitsgruppe wird sich mit den Kosten der Ausbildung und den Folgekosten durch Beschäftigung qualifizierter Kräfte auseinandersetzen müssen, weil der Bund-Länder-Ausschuß mit Recht erwartet, daß Ausbildungsgrundsätze nicht ohne den Blick auf die Kosten erarbeitet werden.

Alle Mitglieder des Bund-Länder-Ausschusses Rettungswesen sind dankbar für jede Kritik, die ihrer Arbeit hilfreich ist. Sie sind aber der Meinung, daß erste Diskussionspapiere nicht geeignet sind, in so breitem Rahmen diskutiert zu werden, wie das durch die Veröffentlichung der Bedenken der Organisationen geschehen ist.

Die Arbeitsgruppe ist so erweitert worden und wird ggf. weitere Sachverständige hinzuziehen, daß keine Organisation befürchten muß, ihre berechtigten Wünsche oder Sorgen fänden keine Berücksichtigung.

## STELLENAUSSCHREIBUNG

Der Bundesverband für den Selbstschutz – BVS –, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts, sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt

### zwei Dienststellenleiter

und zwar für die BVS-Dienststellen MEPPEN u. NIENBURG (BVS-Landesst. Niedersachsen). Bewerben sollten sich dynamische Persönlichkeiten mit möglichst langjähriger Mitarbeit und Erfahrung im BVS oder in anderen Zivilschutzorganisationen.

Kenntnisse auf dem Gebiet der allgemeinen und inneren Verwaltung sind erwünscht.

Bewerber mit abgeschlossener BVS-Fachausbildung werden bevorzugt.

Geboten werden Vergütung bis Vergütungsgruppe IV b BAT, zusätzliche Altersversorgung, Beihilfe in Krankheits- und Unterstützung in Nottfällen, Zuschuß zum Mittagessen; Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen. Soweit möglich, ist der Verband bei der Wohnraumbeschaffung behilflich.

Bewerbungen mit ausgefülltem Personalbogen, handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild aus neuester Zeit sowie beglaubigten Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen sind bis zum 31. Januar 1977 zu richten an den

BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ

– Bundeshauptstelle –

EUPENER STRASSE 74, 5000 KÖLN 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei hauptamtlich beim Bundesverband für den Selbstschutz beschäftigten Bewerbern genügt formlose Bewerbung.



Horst Pieper

## S.A.V.E. =

### Schnelle Ambulante Vorklinische Erstversorgung

Stuttgarter Autofirma konzipierte im Auftrag des Bundesforschungsministeriums „Rettungswagen der achtziger Jahre“

Der moderne Rettungswagen der 80er Jahre ist auf dem Papier schon fertig. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie hatte die Autofirma Porsche in Stuttgart mit dem Entwurf für eine solche Konzeption beauftragt, die nun fertiggestellt wurde. Vor allem hatten die Wissenschaftler die Aufgabe, die zur Zeit schon eingesetzten Rettungsfahrzeuge in ihren technischen und medizinischen Möglichkeiten zu analysieren. Dazu sollten die anderen in der Industrie in Entwicklung befindlichen Fahrzeugtypen in die Überlegungen einbezogen werden.

#### Täglich 5000 Notfalleinsätze

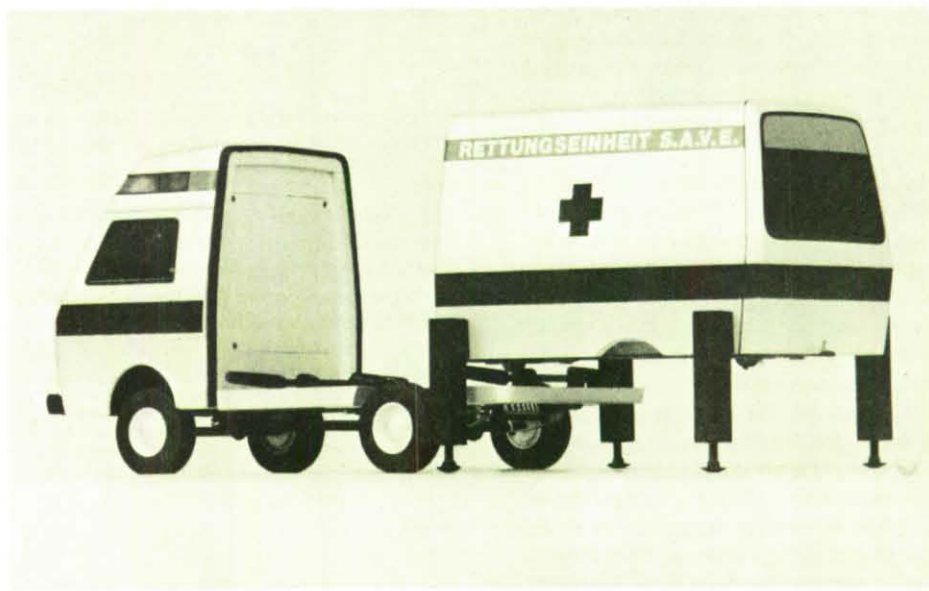
5000 täglich anfallende Notfalleinsätze, von denen allein mehr als ein Viertel durch Verkehrsunfälle verursacht wurden, hatten auch der Kostenbetrachtung wesentliche Bedeutung gegeben. So waren die Gutachter aufgefordert, bei ihren Berechnungen über die Kosten die Ausrüstung einzubeziehen. In den letzten Jahren hatte sich in der Notfallmedizin aufgrund vorliegender wissenschaftlicher Analysen immer mehr die Erkenntnis durchgesetzt, daß „das reine Transportfahrzeug bei Primäreinsätzen keine Berechtigung mehr“ habe. Das Kostenverhältnis von Grundausstattung zur möglichen medizinischen Ausrüstung wurde auf den Wert 40 : 60 festgesetzt. So galt es für die Stuttgarter Gutachter, einen Rettungswagentyp zu entwickeln, der zu vergleichbaren Systemkosten der heutigen Modelle eine gesteigerte Effektivität erbringen würde.

#### Lange Entwicklungszeiten üblich

Lange Entwicklungszeiten sind zu meist üblich, doch das Stuttgarter Modell soll bereits nach den Vorstellungen im Ministerium in Bonn zu Beginn der 80er Jahre zum Einsatz kommen. So galt es, eine recht detail-



„Schnelle ambulante vorklinische Erstversorgung (S.A.V.E.)“ soll der als Entwurf fertige Rettungswagen bringen. Über den Fahrersitzen läuft das neu konzipierte Blaulichtband. Das Modell setzt sich aus einem Trägerfahrzeug und einer Rettungsbox zusammen.



Auf Stützen kann die Rettungseinheit unabhängig vom Trägerfahrzeug stationär verwendet werden. Hydraulische oder mechanische Hilfen sind dafür in den Staukästen an der Außenwand vorhanden.



lierte Analyse vorzulegen, die vor allem darauf abzielte, eine schnelle vor-klinische Hilfe im Notfall anbieten zu können. Dabei sei die Perfektion und Komplexität der späteren Hospitalbehandlung nicht zu ersetzen.

### Vier Grundforderungen

Die Verringerung der Eingriffszeit, die Bereitstellung von technischen Geräten zur Diagnose und Therapie

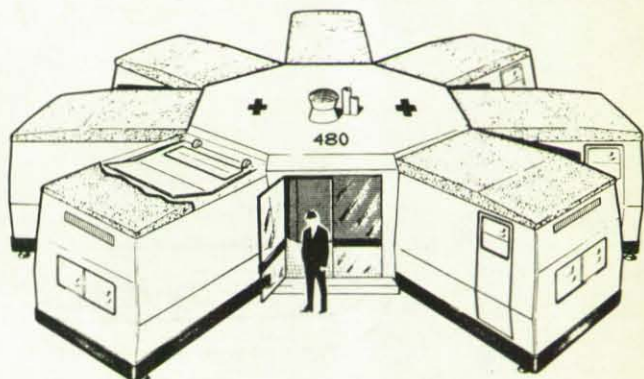
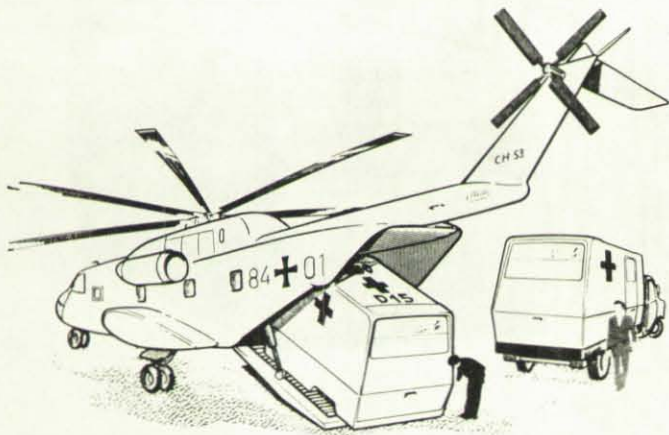
sten und eine zufriedenstellende Wirksamkeit sollten als Ansprüche erfüllt werden, obwohl kein komplett neues Fahrzeug für den Rettungseinsatz entwickelt werden konnte.

Der Patient bestimmt die Gestaltung des Innenraumes in seiner Konzeption, der auf verschiedene Basisfahrzeuge aufsetzbar sein soll. Der Kopf des Verletzten wird in Fahrtrichtung liegen und sich an der Stelle des Fahrzeug-

Hubschrauberlast zum Transport in unzugängliche Gebiete sind sie verwendbar.

### Kunststoff als Material

Die Rettungseinheit soll aus Kunststoff hergestellt werden, der als Grundmaterial sowohl im Preis, im Gewicht, als auch in der Wärme und Schallisolation entsprechende Vorteile aufweist. So besteht die Einheit aus zwei Halb-



Links: Hubschrauber können bei Katastrophen die Rettungsbox ohne Probleme als Last aufnehmen. Rechts: Aus mehreren Einheiten läßt sich durch Verbund eine kurzfristig verlegbare vorklinische Versorgungsstation zusammensetzen.

und eines der Notfallhilfe gemäßen Arbeitsplatzes für Sanitäter und Ärzte sowie die Möglichkeit eines schonenden Transportes für den Patienten sind die vier Grundforderungen, die sich die Gutachter bei der Entwicklung des neuen Rettungssystems stellten. Bei einer Fragebogenaktion in Süddeutschland hatten die Stuttgarter festgestellt, daß die Funktionalität der Aufbauten von Rettungsfahrzeugen zum Teil erhebliche Mängel aufwies. Andererseits war der technische Zustand der Fahrzeuge aufgrund eines hohen Wartungsaufwandes gut, zumal sie nur eine relativ geringe Jahresleistung an Kilometern erreichten. Trotzdem wünschte sich das Bedienungspersonal nach rund fünf Jahren einen vollständigen Austausch.

schwerpunktes befinden. Hier kann auch nach Auffassung der Konstrukteure das Maximum an Komfort erreicht werden.

### Antwort gefunden

„SAVE“ heißt die Antwort, die die Wissenschaftler der Stuttgarter Autofirma als Lösung all dieser Probleme präsentieren. „SAVE“ als Abkürzung für „Schnelle Ambulante Vorklinische Erstversorgung“ wird nach dem Modell der baden-württembergischen Konstrukteure aus einer Rettungseinheit und einem Trägerfahrzeug bestehen. Einem Container ähnelt der Behandlungsraum, der als Box auf verschiedene Trägerfahrzeuge gesetzt werden kann. Kombifahrzeuge, Hubschrauber, Schiffe oder Schneeraupen können als Transportfahrzeug dienen. Die Verwendung dieser Behandlungsboxen reicht weit. Ob bei der Stationierung einer DLRG-Rettungsstelle am Ufer eines Badestrandes oder als Zusammenstellung mehrerer Boxen zu einem Feldhospital bei Katastrophen, ob als Aufstellung bei Rettungswachen an Schnellstraßen oder als geländegängige Fahrzeuge bei Großunglücken – ja selbst als

schalen, die horizontal zusammengesetzt werden. Eine Färbung des Kunststoffes ist möglich. Auch in hygienischer Hinsicht entspricht dieses Material den strengen Anforderungen, da hier keine Fugen als Schmutzfänger im Innenraum auftreten.

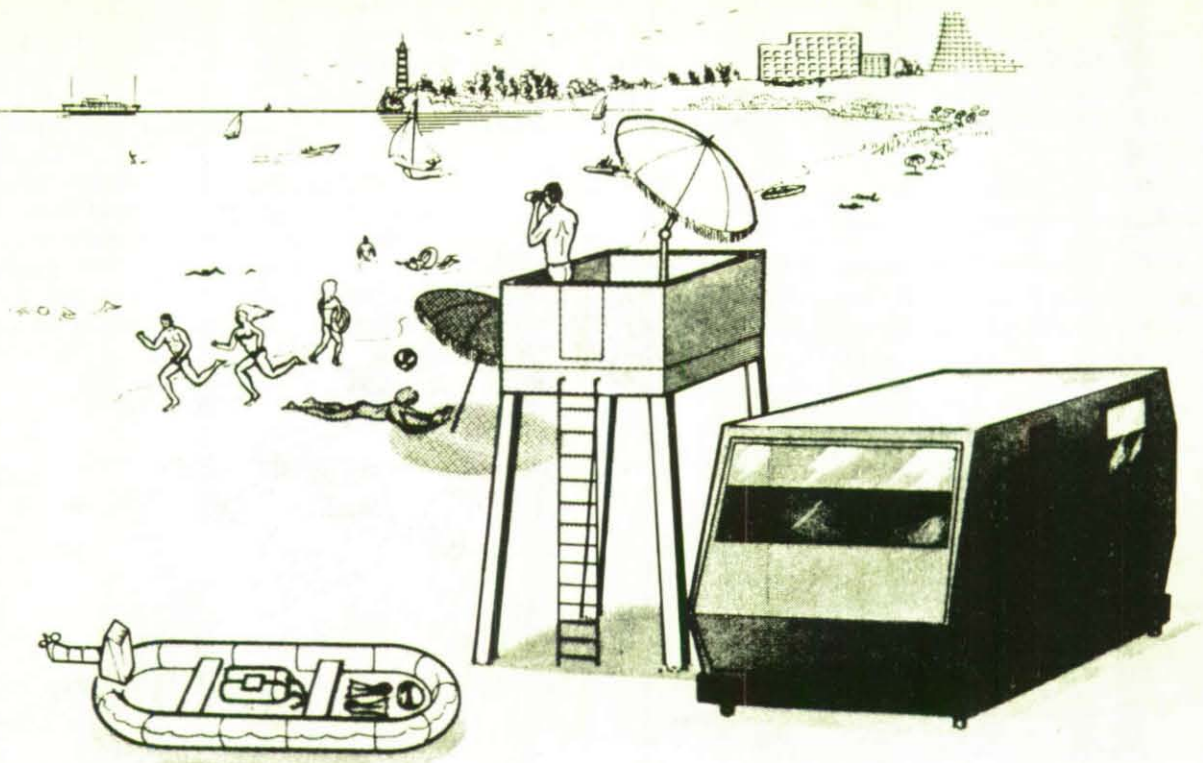
### Neues Federungssystem

Eine Verbundfederung soll das Problem lösen, das immer mit dem Transport einer schwer verletzten Person verbunden ist. Wank-, Roll- oder Nickbewegungen während der Fahrt werden unterdrückt oder in Hubwege umgesetzt. Über ein Gestänge oder durch eine Luftdruckkonstruktion kann diese Wirkung erreicht werden. Auch das Fahrverhalten des Basisfahrzeuges wird nicht ungünstiger, obwohl für schnelle Fahrten zum Einsatzort auch eine Arretierung vorgesehen ist. So können als Vorteile dieses Systems der Fahrkomfort ohne übermäßige Federwege und ohne negative Auswirkungen auf die Fahrsicherheit sowie geringe Zusatzkosten von unter 5000 DM genannt werden. Zugleich machen alle Insassen der Rettungseinheit die gleichen Bewegungen mit und die Federungsbewegungen werden in Grenzen gehalten.

### Einsatzstrategie festgesetzt

Flexibilität ist das Grundkriterium der Einsatzstrategie, die in der Studie genau umrissen wird. Schneller Einsatz mit handlichen, aber dennoch wirksamen Geräten, die die Möglichkeit eines verstärkten Nachschubes oder die Ausweitung der Rettungsmaßnahmen garantieren können. Vielseitigkeit, Funktionalität, geringe Ko-





Als transportabler Behandlungsraum kann die SAVE-Einheit für Wachstationen an Badestränden dienen.

### Rettungsbox ist absetzbar

Absetzbar soll die Rettungsbox sein, die sich dann auf vier hydraulische oder mechanische Stützen setzen läßt. Auch die Frage der Energiezuleitung kann ohne Schwierigkeiten gelöst werden, ohne die Kunststoffhaut in ihrer Festigkeit zu beeinträchtigen. Erfahrungen konnten bereits im Flugzeugbau gesammelt werden. Als Trägerfahrzeuge eignen sich ohne große Unterschiede alle Kleintransporter. Selbst jeder Personenkraftwagen mit Frontmotor und Front- oder Heckantrieb kann diese Aufgabe im Notfall übernehmen.

### Neuartige Behandlungskoffer

Bei der Innenausstattung der Rettungseinheit kommt besondere Bedeutung der medizinischen Ausrüstung zu. Mit einem multifunktionalen Behandlungskoffer, der zugleich Schränke und Kästen im Innenraum ersetzen soll, wird die räumliche Bewegungsfreiheit des Notarztes erweitert. Vier Koffer sind an Bord vorgesehen, aber so gestaltet, daß je zwei von ihnen in einer Hand getragen werden können. Sie erreichen mit ihrem Inhalt pro Exemplar ein Gewicht von acht Kilogramm. Mit dem Inhalt von vier Koffern, dies bewies eine

entsprechende Untersuchung, können alle Hilfsmaßnahmen durchgeführt werden. Ein kompletter Austausch nach Gebrauch ist möglich und ein Siegel soll den noch nicht benutzten Koffereinhalte kenntlich machen. Die farbliche Kennzeichnung nach Funktionen und ein Mitführen einer ausreichenden Anzahl von Ersatzkoffern sind weitere Vorteile.

### Flexible Elektromedizin

Nur zehn Kilogramm soll die elektromedizinische Einheit wiegen, die für die Rettungsbox neu konzipiert wurde. Die Gutachter hatten die Unhandlichkeit der bisher verwendeten Geräte als großen Nachteil für den Rettungswageneinsatz beschrieben. Ihre Aussage fordert von der elektromedizinischen Einheit den Einsatz außerhalb des Fahrzeuges, eine Nutzung für Diagnose und Therapie, eine Integration in den Innenraum des Fahrzeuges und leicht auswechselbare Akkumulatoren. Dazu werden beim Gebrauch der elektromedizinischen Einheit im stationären Betrieb automatisch die Akkus aufgeladen, der Zusatz von Band- oder Schreibgeräten ist möglich. Defibel- und Klebeelektroden ermöglichen das EKG. Dazu ist das Gerät in einem der Behandlungskoffer zu tragen.

### Versorgungsprobleme gelöst

Um den Kopf des Patienten, der in Fahrtrichtung im Mittelpunkt der Einheit liegen wird, gruppiert sich die Versorgungseinheit, die ohne große technischen Probleme mit den Kraftzuleitungen in die Box verbunden werden kann. Diese Einrichtung garantiert mit der elektromedizinischen Ausstattung die Versorgung der Patienten mit Sauerstoff oder gegebenenfalls mit Narkotika. Reparaturen und ein Austausch des Gerätes können leicht durchgeführt werden.

### Tragentisch ermöglicht Schocklage

Der Tragentisch soll die Schocklage des Patienten ermöglichen. In die Trage ist ein Vakuummatrazenteil eingebaut, das dem Patienten mehr Komfort und Sicherheit vermitteln soll. So wird der Verletzte in jeder Situation gehalten. Bei Mehrfachbelegung lassen sich entsprechende Verschiebungen an den Tragentischen vornehmen. Zwei unterschiedliche Sitztypen sind dazu in der Rettungseinheit untergebracht. Für das Behandlungspersonal ist ein Sicherheitssitz gedacht, der um den auf der Trage liegenden Patienten herumgeschoben werden kann und in jeder Stellung arretierbar ist.



Eine Klappsitzbank, mit Schalenstühlen aus Luftpolstern ausgestattet, dient dem Transport von weiterem Begleitpersonal oder von Leichtverletzten. Sie kann ferner als Auflage für weitere Tragen genutzt werden.

### Tür öffnet nach oben

Nach oben öffnet die Hecktür der Rettungsbox, die außerdem seitlich eine weitere Schiebetür besitzt. Eine Klimaanlage läßt sich ebenfalls in die SAVE-Einheit einbauen. Sie ist im Raum über dem Fahrerhaus angebracht. An den Oberkanten der Längsseiten sind die Austrittsöffnungen für die Luftströmungen zu finden. Bei automatischer Regelung kann der Luftstrom so gelenkt werden, daß auch bei geöffneten Türen nur ein geringer Luftaustausch stattfindet. In den Schächten an der Bodenkante sind die Heizkanäle mit elektrischer Zusatzheizung untergebracht.

### Stauräume für Werkzeug

Rund um das Trägerfahrzeug sind Stauräume in die äußere Form eingegliedert, die nur von außen zugänglich sind. Sie enthalten Bergwerkzeug, Löschmittel und die Abstützstützen. Das SAVE-System soll ferner eine neuartige akustische Warneinrichtung, möglicherweise Ultraschall, bekommen. Auf diese Weise werden die Verkehrsteilnehmer vom Rettungsfahrzeug aufgefordert, rechts oder links zu fahren oder anzuhalten, um den Notfallwagen passieren zu lassen. Auch das bisher aufgesetzte Blaulicht wird durch ein rundum laufendes Blaulichtband ersetzt, das optisch die Verkehrsteilnehmer anweist, in der Fahrbahnmitte Platz zu machen.

### Exposé der Vorteile

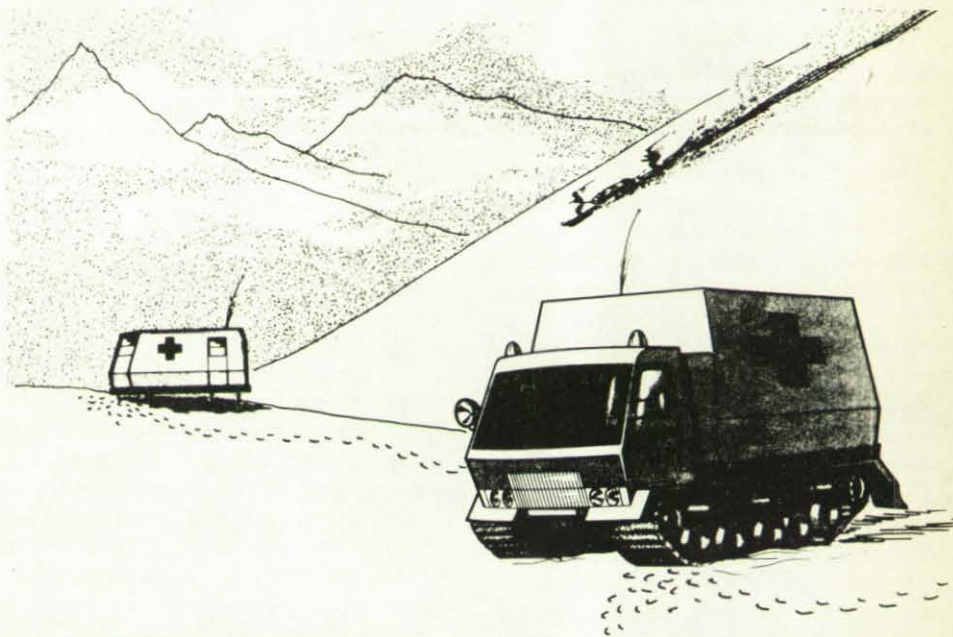
Die Wissenschaftler der Stuttgarter Autofirma können zahlreiche Vorteile für ihre Konzeption ins Feld führen. Sie verweisen auf die große Verwendungsbreite, loben die geringen Herstellkosten, verweisen auf den möglichen Einsatz billiger Großserienträgerfahrzeuge, die ohne wesentliche Veränderungen benutzt werden können. Durch den Kunststoffinnenraum sei eine gute Geräusch- und Wärmeisolation ermöglicht worden, die Wartung sei kostengünstig, Trägerfahrzeuge könnten schnell ausgetauscht werden. Eine geringe Entwicklungszeit für

das konzipierte Projekt, das bereits in knapp fünf Jahren einsatzbereit sein soll, und der geringe Fertigungsaufwand für den Hersteller werden weiterhin angeführt.

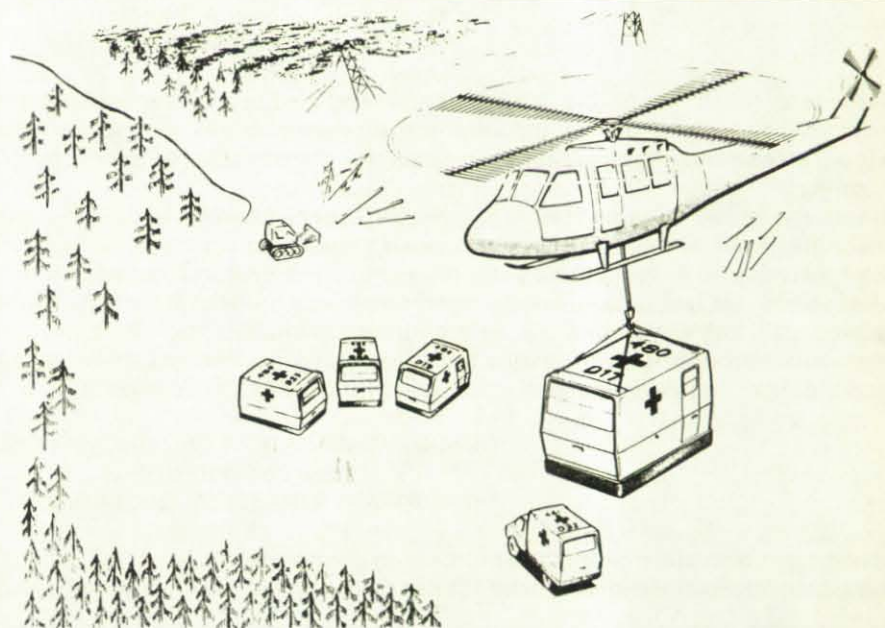
Auch die Innenausstattung und ihre Konzeption soll für die Praxis zahlreiche Vorteile bringen. Eine problemlose Desinfektion, leichter Sauerstoff- und Energiebezug von außen, multiple Funktionsnutzung mehrerer Einrichtungsgegenstände, wie der zweiten Tragenaufgabe und der Sitzeinrichtung, die verbesserte Warnung der Verkehrsteilnehmer und die größtmögliche Mobilität der Innenausstattung werden angeführt.

## „Rettungswagen der achtziger Jahre“

Die ständige Konferenz Rettungswesen und der Bund-Länder-Ausschuß befaßten sich bereits mit dem Entwicklungsstand der neuartigen Konzeption, die als „Rettungswagen der achtziger Jahre“ im Forschungsauftrag des Bundesministers für Forschung und Technologie firmiert. Aufgrund der zahlreichen positiv verlaufenen Vergleiche zwischen Kostenaufwand und Nutzeffekt in volkswirtschaftlicher Hinsicht rechnen die Experten zumindest mit einer Teilrealisierung, um im Rettungswagensystem eine weitere Standardisierung zu erreichen.



Oben: In der Bergrettung kann die Einheit auf Schneeraupen als Basisfahrzeuge umgesetzt werden. Unten: Die SAVE-Einheit kann wegen ihres geringen Gewichts auch von einem kleinen Hubschrauber als Seillast transportiert werden.





## Lehrgangszeitplan 2. Halbjahr 1977 der Katastrophenschutzschule des Bundes (Fortsetzung)

|             |   |                                 |          |  |                                 |
|-------------|---|---------------------------------|----------|--|---------------------------------|
| H 107       | Sonderlehrgang „Fahren auf dem Wasser“                          | 21. 11.–25. 11.<br>(17. 10. 77) | THW-H 13 | Sonderlehrgang „Retten aus Wassergefahren“ für Jung-<br>helfer THW | 8. 8.–12. 8.<br>(4. 7. 77)      |
| H 108       | Sonderlehrgang für Aubo-Fahrer                                  | 21. 11.–25. 11.<br>(17. 10. 77) | THW-H 14 | Sonderlehrgang II für Kraftfah-<br>rer THW (Fahrgastbeförderung)   | 15. 8.–19. 8.<br>(11. 7. 77)    |
| H 109       | Sonderlehrgang „Vermessungs-<br>grundlagen“                     | 21. 11.–25. 11.<br>(17. 10. 77) | THW-H 15 | Sonderlehrgang THW „Aus-<br>stattungssatz der Pumpen-<br>gruppe“   | 29. 8.– 2. 9.<br>(25. 7. 77)    |
| H 110       | Sonderlehrgang I für Kraftfahrer<br>(allradgetriebene Kfz)      | 21. 11.–25. 11.<br>(17. 10. 77) | THW-H 16 | Sonderlehrgang THW „Aus-<br>stattungssatz der Pumpen-<br>gruppe“   | 19. 9.–23. 9.<br>(15. 8. 77)    |
| H 111       | Sonderlehrgang „Fahren auf dem<br>Wasser“                       | 28. 11.– 2. 12.<br>(24. 10. 77) | THW-H 17 | Sonderlehrgang für Fahren-<br>führer THW                           | 3. 10.–14. 10.<br>(29. 8. 77)   |
| H 112       | Sonderlehrgang I „Behelfsbrük-<br>kenbau – Leiter“              | 28. 11.– 2. 12.<br>(24. 10. 77) | THW-H 18 | Sonderlehrgang für ha. Per-<br>sonal THW                           | 7. 11.–11. 11.<br>(3. 10. 77)   |
| H 113       | Sonderlehrgang II für Kraftfahrer<br>(Fahrgastbeförderung)      | 28. 11.– 2. 12.<br>(24. 10. 77) | THW-H 19 | Sonderlehrgang I für Feld-<br>köche THW                            | 28. 11.– 2. 12.<br>(24. 10. 77) |
| H 114       | Sonderlehrgang II (Fortbildung)<br>„Behelfsbrückenbau – Leiter“ | 5. 12.– 9. 12.<br>(31. 10. 77)  | THW-H 20 | Sonderlehrgang II für Kraftfah-<br>rer THW (Fahrgastbeförderung)   | 5. 12.– 9. 12.<br>(31. 10. 77)  |
| Lfd.<br>Nr. | Lehrgangsart  | von bis<br>(Meldeschuß)         | THW-H 21 | Sonderlehrgang II für Feld-<br>köche THW                           | 5. 12.– 9. 12.<br>(31. 10. 77)  |

### b) Organisationsinterne Sonderlehrgänge des THW

|          |   |                              |
|----------|---|------------------------------|
| THW-H 7  | Sonderlehrgang „Retten aus<br>Wassergefahren“ für Jung-<br>helfer THW | 4. 7.–8. 7.<br>(30. 5. 77)   |
| THW-H 8  | Sonderlehrgang THW „Aus-<br>stattungssatz der Pumpen-<br>gruppe“      | 11. 7.–15. 7.<br>(6. 6. 77)  |
| THW-H 9  | Sonderlehrgang für Fahren-<br>führer THW                              | 18. 7.–29. 7.<br>(13. 6. 77) |
| THW-H 10 | Sonderlehrgang I für Feld-<br>köche THW                               | 18. 7.–22. 7.<br>(13. 6. 77) |
| THW-H 11 | Sonderlehrgang II für Feld-<br>köche THW                              | 25. 7.–29. 7.<br>(20. 6. 77) |
| THW-H 12 | Sonderlehrgang „Fahren auf<br>dem Wasser“ für Junghelfer<br>THW       | 1. 8.– 5. 8.<br>(27. 6. 77)  |

### Institut für Strahlenschutz in Neuherberg

| Lfd.<br>Nr. | Lehrgangsart   | von bis<br>(Meldeschuß)        |
|-------------|--|--------------------------------|
| N 2         | Ausbildungslehrgang im Strahlen-<br>schutz für Führungskräfte des Vete-<br>rinärdienstes | 19. 9.–23. 9.<br>(15. 8. 77)   |
| N 3         | Ausbildungslehrgang im Strahlen-<br>schutz für Führungskräfte des Vete-<br>rinärdienstes | 24. 10.–28. 10.<br>(19. 9. 77) |

## STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts, ist bei der BUNDESHAUPTSTELLE IN KÖLN ab 1. April 1977 die Stelle eines

### Referenten

für das Referat „Ausbildung“ und „Vorschriftenwesen“ neu zu besetzen, da der bisherige Stelleninhaber in den Ruhestand tritt. Gesucht wird eine Persönlichkeit mit Verantwortungsbewußtsein, Eigeninitiative und Durchsetzungsvermögen sowie Erfahrung in der Menschenführung mit abgeschlossener wissenschaftlicher Hochschulbildung oder gleichwertigen Fähigkeiten und Erfahrungen.

Umfangreiche und langjährige Erfahrungen im BVS oder anderen Zivilschutzorganisationen sind für eine Bewerbung von Vorteil. Kenntnisse auf dem Gebiet der allgemeinen Verwaltung sind erwünscht.

Geboten werden eine Vergütung bis Vergütungsgruppe I b BAT und die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen sowie Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen.

Soweit möglich, ist der Verband bei der Wohnraumbeschaffung behilflich.

Bewerbungen mit ausgefülltem Personalbogen, handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild aus neuester Zeit sowie beglaubigten Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen sind bis zum 21. Februar 1977 zu richten an den

BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ  
– Bundeshauptstelle –  
EUPENER STRASSE 74, 5000 KÖLN 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei hauptamtlich beim Bundesverband für den Selbstschutz beschäftigten Bewerbern genügt formlose Bewerbung.



## Hier spricht der Betriebsrat

Aufgrund der Beratung im Betriebsrat einer großen Firma in Hamburg-Nord wurde festgestellt, daß für den betrieblichen Katastrophenschutz nur eine Anweisung für den Fall eines Brandes (Brandschutzordnung) vorliegt. Diese Anweisung regelt das Verhalten der Mitarbeiter im Falle eines Brandes und legt ferner im Organisationsplan „Brandbekämpfung“ fest, welche Kräfte im Lösch- und Erste-Hilfe-Trupp der Einsatzleitung unterstehen. Für den darüber hinausgehenden Katastrophenschutz wurden weitere Maßnahmen vorbereitet.

Verschiedene Organisationen der Wirtschaft haben sich bemüht, beratend im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens um den Aufbau eines betrieblichen Katastrophenschutzes mitzuwirken. 1968 wurde mit der Verkündung des Gesetzes über die Erweiterung des „Katastrophenschutzes“ dem Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) die Aufklärung und Ausbildung in Schutzmaßnahmen übertragen. In der Hausmit-

teilung der Firma in Hamburg-Nord wurde in einem längeren Artikel der wesentliche Inhalt der Broschüre „Der betriebliche Katastrophenschutz“ den Betriebsangehörigen zur Kenntnis gebracht.

In der gleichen Zeitschrift konnte man in einem weiteren Bericht u. a. folgendes nachlesen: „Eine Übung für den Ernstfall, der hoffentlich nie eintritt, absolvierten Angehörige unseres Lösch- und Bergungstrupps. Auf dem Übungsgelände des Bundesverbandes für den Selbstschutz – am Rande des Flughafens Fuhlsbüttel – stellten diese Männer ihre Einsatzbereitschaft bei Löschübungen an Öl- und Schmelzbränden unter Beweis.“

Im Rahmen eines BKO-Lehrganges wurde die richtige Anwendung von Handfeuerlöschern mit Pulver und Trockenschäum sowie das richtige Kuppeln von Schläuchen und die Handhabung eines C-Strahlrohres im Rahmen einer wirklichkeitsnahen Übung geübt. Zuvor hatte es im theoretischen Teil eine Einführung, Auffrischung und Vertiefung zum Thema „Brandbekämpfung“ gegeben.

Im Lehrsaal saßen auch Männer vom ersten Zug der Feuerwache 16 (Alsterdorf), die im Ernstfall, wenn man sie über 112 ruft, in spätestens vier Minuten am Verwaltungsgebäude eintreffen können.

## Feuer unter Kontrolle

Für Notfälle sind die Sicherheitsbeauftragten einer großen Hauptverwaltung in Hamburg-Nord jetzt noch besser gerüstet. Bei zwei Übungen lernten Angehörige der Verwaltung die Praxis der Brandbekämpfung kennen. Auf dem Übungsgelände des Bundesverbandes für den Selbstschutz in Hamburg-Fuhlsbüttel wurde in Theorie und Praxis die Handhabung von Feuerlöschgeräten geübt. Darüber hinaus wurde das Ablöschen von Innenbränden und brennenden Personen demonstriert.

Beide BKO-Lehrgänge verliefen zur Zufriedenheit des Sicherheitsingenieurs. Er sagte u. a.: „Alles in allem ein schöner Erfolg und ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Erhöhung der Sicherheit und zum richtigen Verhalten in Katastrophenfällen.“

# BREMEN

## Informationstagung zum Thema Zivilschutz

Auf Einladung der Landesstelle Bremen nahmen 28 Angehörige aus verschiedenen Fachbereichen der Stadtverwaltung Bremerhavens, anderen Behörden und Dienststellen an einer Informationstagung „Zivilschutz“ teil.

Die Tagung, die in Zusammenarbeit mit der Ortspolizeibehörde – Zivilschutzamt – und des Magistrats der Stadt Bremerhaven durchgeführt wurde, diente zur Information der zuständigen Mitarbeiter über die allgemeine Konzeption der zivilen Verteidigung und über Fragen, die im Zusammenhang mit der Durchführung von Zivilschutzmaßnahmen und zur Katastrophenabwehr bestehen. Zu den Maßnahmen des Zivilschutzes gehört der Selbstschutz. Nach § 10

des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) vom 9. Juli 1968 ist der Hauptverwaltungsbeamte der Gemeinde (in Bremerhaven Oberbürgermeister Bodo Selge) für den Aufbau, die Förderung und Leitung des Selbstschutzes verantwortlich.

Nach Begrüßungen durch Heinz Seiferth, Leiter des Zivilschutzamtes, und Heinz-Günter Freese, BVS-Fachgebietsleiter Öffentlichkeitsarbeit, gab Freese eine Einführung in die Aufgaben des Bundesverbandes für den Selbstschutz.

Neben Zivilschutzthemen, Filmvorführung und ausgiebigen Diskussionen fanden die Ausführungen der Gastreferenten Ernst von Schönfeldt, MdBB, und Eckart Naumann, Direktor der Ortspolizeibehörde, das besondere Interesse der Zuhörer.

Ernst von Schönfeldt ging in seinem Referat „Der Zivilschutz aus politischer Sicht“ auf die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktion ein. Vorsorgemaßnahmen für Krisen- und Katastrophenfälle sowie für den Verteidigungsfall hätten nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die Staats- und Verwaltungsorgane ihre Handlungsfähigkeit behielten. Hierzu gehören die Sicherung der inneren Ordnung, des Gesetzgebungsverfahrens und der Rechtsprechung. Eckart Naumann informierte in seinem Referat über die Aufgaben der Gemeinde bei Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes. Er wies insbesondere in seinen Ausführungen auf die verantwortungsvollen Aufgaben ziviler Behörden und Verwaltungen hin, die bei Friedenskatastrophen und im Verteidigungsfall von ihnen gefordert werden.

–fr–



## Behördenselbstschutz ausgebaut

Im Zuge des Auf- und Ausbaues des Behördenselbstschutzes sowie der Zusammenarbeit zwischen BVS und Hauptverwaltungsbeamten fanden weitere Informationstagungen „Selbstschutz“ statt: in **Rendsburg** in Verbindung mit dem Amt für Zivilschutz für Behördenselbstschutzleiter des Kreises Rendsburg-Eckernförde; im Einvernehmen mit dem Landrat des jeweiligen Kreises; in der Akademie **Sankelmark** für Hauptverwaltungsbeamte und Büroleitende Beamte des Kreises Schleswig-Flensburg; in **Heide** für Amtsvorsteher, Bürgermeister, Kirchspielschreiber und Leiter der Ordnungsämter des Kreises Dithmarschen und in **Eutin** für Behördenselbstschutzleiter des Kreises Ostholstein.

Eröffnet wurden die Veranstaltungen in Sankelmark durch Landrat Dr. Korthals, in Heide durch Landrat Buhse, in Eutin durch Landrat Dr. Clausen und in Rendsburg durch BVS-Dienststellenleiter Mick.

Erörtert wurden in Vorträgen und Aussprachen folgende Themen:

1. „Abschreckung und Verteidigung als Aufgaben der Bundeswehr im Rahmen des militär-strategischen Konzepts der NATO“,

2. „Die Gefahren für die Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall“,
3. „Probleme der zivilen Verteidigung in Schleswig-Holstein“,
4. „Zivilverteidigung – Zivilschutz – Katastrophenschutz – Selbstschutz: eine Darlegung der Zusammenhänge“,
5. „Der Behördenselbstschutz – Aufgaben und Möglichkeiten“,
6. „Die Aufgaben der Gemeinde bei der Vorbereitung und Durchführung des Selbstschutzes – und die Unterstützungsmöglichkeiten durch den BVS“.

Als Gastreferenten sprachen Oberstleutnant i. G. Scheffer von der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg und Gerd Stolz vom Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein; als Referenten des BVS Fachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit (Landesstelle) Hoberg, Dienststellenleiter Busch, Kiel, Dienststellenleiter Restorf, Lübeck, Dienststellenleiter Hiebsch, Flensburg, und Fachbearbeiter Walter, Flensburg.

Bei den einzelnen Tagungen war das Veranstaltungsprogramm hinsichtlich Themen und Referenten verschieden. Die Ausführungen des BVS wurden veranschaulicht durch praktische Vorführungen aus dem

Ausbildungsprogramm durch Mitarbeiter der BVS-Dienststellen. Als Diskussionsleiter wirkten in Sankelmark BVS-Bereichsbeauftragter Koch-Vollstedt, in Rendsburg und Eutin BVS-Fachgebietsleiter Hoberg und in Heide BVS-Dienststellenleiter von Gruenewaldt mit.

## Delegierte informiert

**Nordoe.** Bei einer Delegiertenversammlung des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr Schleswig-Holstein/West im Offiziersheim der Freiherrn von Fritsch-Kaserne in Nordoe (Kreis Steinburg) machte Uwe Upleger, Mitarbeiter der zuständigen BVS-Dienststelle Itzehoe, die Teilnehmer mit dem Bundesverband für den Selbstschutz, seinem Wesen und seinen Aufgaben, vertraut. Er weitete dann seine Ausführungen aus, indem er die Bedeutung der Zivilverteidigung unter besonderer Hervorhebung des Selbstschutzes herausstellte. Ergänzt und unterstrichen wurde das Referat durch einen anschaulichen Film. Der Kreisvorsitzende des Reservistenverbandes, Börner, begrüßte, daß es nunmehr gelungen sei, mit der zivilen Seite der Verteidigung in Verbindung zu treten.

# niedersachsen

## Verdienstkreuz für „Selbstschutz-Streiter“

Der verdiente BVS-Mitarbeiter Ernst Bertram wurde vom Bundespräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Landesstellenleiter Sohl nahm die Ehrung vor und überreichte die Auszeichnung. Ernst Bertram wurde am 30. 10. 1940 das LS-Ehrenzeichen 2. Stufe verliehen, und er ist seit dem 30. 9. 1961 Träger der Ehrennadel des Bundesluftschutzverbandes.

Bertram stellte sich im Juni 1951 dem seinerzeitigen BLSV ehrenamtlich zur Verfügung und leitete trotz der damaligen Vorurteile in anerkannter Weise einen Unterkreis der damaligen BLSV-Kreisstelle Hannover II. Nach Übernahme in den hauptamtlichen Dienst des BLSV

bearbeitete der Geehrte zunächst in richtungsweisender Art das Gebiet des „Erweiterten Selbstschutzes“, dem heutigen Selbstschutz in Behörden und Betrieben.

Er hat darüber hinaus in den Anfangsjahren des BLSV, über seine eigentliche Aufgabe hinaus, eigene Ideen zur Gestaltung der Ausbildung der BVS-Mitarbeiter entwickelt, erprobt und sich während dieser Zeit auch mit großem Geschick als Lehrkraft in der BLSV-Schule in Voldagsen bewährt. Im März 1955 erwarb Ernst Bertram den Lehrschein des BLSV. Das von ihm schriftlich erarbeitete Prüfungswahlthema über das Vorführen von Schmalfilmen wurde von der Bundeshauptstelle im April 1960 als Ausbildungsrichtlinie für die Ausbildung von BLSV/BVS-Filmvorführern herausgegeben. Nach

dieser Richtlinie wird heute noch sinngemäß verfahren.

In der Zeit vom 1. 9. 1959 bis zu seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst am 30. 9. 1961 war er Leiter des damaligen Hauptsachgebietes III – Ausbildungswesen – der Landesstelle Niedersachsen. Während dieser Zeit schuf er wertvolle Grundlagen für die heutigen Ausbildungsleistungen der BVS-Landesstelle Niedersachsen.

Sein besonderes Engagement galt der BVS-Schule in Voldagsen, mit deren Anmietung, Ausbau, Ausstattung und späterem Ankauf der Name Bertrams untrennbar verbunden ist. Er gab dieser BVS-Schule ihr allgemein anerkannt gutes Gepräge. Er schuf durch seine kameradschaftliche, humorvolle und jederzeit korrekte, stets allen Anliegen der Helfer



und Beschäftigten aufgeschlossenen Art die Atmosphäre, die gerade in der damaligen Zeit, in der der BLSV gegen viele Ressentiments anzukämpfen hatte, von unschätzbarem ideellen Wert war. Durch über normale Maße hinausgehenden persönlichen Einsatz verstand er es immer wieder mit Erfolg, an ihrer Arbeit zweifelnde Helfer aufzumuntern, sie von der Notwendigkeit des Selbstschutzes als staatsbürgerlicher Aufgabe zu überzeugen und sie zum Ausharren und Weitermachen zu bewegen.

Nach seinem Ausscheiden aus dem hauptamtlichen Dienst erstellte Ernst Bertram unter finanziellen Opfern eine bis ins 12. Jahrhundert zurückreichende Chronik des ehemaligen Lehngutes Voldagsen. Durch diese historische Arbeit, die ihre Anerkennung durch Aufnahme in die Staatsbibliothek Bückeburg fand, hat er den BLSV und BVS einem großen Kreis bekanntgemacht.

Die mikrokopierten zwei Bände dieser Chronik schließen eine wesentliche Lücke in der Geschichte der niedersächsischen und aller deutschen Rittergüter. Sie finden heute als Grundlagenmaterial Verwendung. Trotz seines hohen Alters steht Ernst Bertram der Landesstelle aufgrund seiner Spezialkenntnisse auf dem Gebiete des betrieblichen Katastrophenschutzes und der geschichtlichen Entwicklung des Verbandes noch heute jederzeit bei Bedarf beratend und als Informant zur Verfügung.

Darüber hinaus wirkt Bertram in seinem großen Bekanntenkreis noch heute als engagierter Befürworter des Selbstschutzgedankens. Der nunmehr über 80jährige, noch sehr rüstige Ernst Bertram, hat während eines großen Teils seines beruflichen Lebens im Dienste an der Allgemeinheit gestanden. Er hat diese aufopferungsvolle Tätigkeit bis heute ins hohe Alter als staatsbürgerliche Pflicht und Aufgabe ersten Ranges aufgefaßt und vertreten.

## **Niedersachsen – kurz und bündig**

**Friesland:** Kein Interesse gab es für die Selbstschutz-Grundlehrgänge. Sehr ausführlich befaßte sich der Jeverland-Bote mit den Aufgaben des BVS und den Gründen für das Desinteresse an angebotenen Selbst-

schutz-Grundlehrgängen.

So wurde der BVS vorgestellt, seine Aufgaben erläutert, der Inhalt des Selbstschutz-Grundlehrganges dargestellt. Diese Veröffentlichung als Teil der Öffentlichkeitsarbeit gesehen, muß genutzt werden, um neu anzusetzen, die Bürger in Friesland für die Aufgaben des Zivilschutzes zu interessieren.

**Sehnde:** Großes Echo findet der Selbstschutz-Grundlehrgang. Fast übertrieben klingen die Worte, doch ist dies seit fast zehn Jahren jedesmal neu festzustellen, wenn die Dienststelle Burgdorf für die Abschlußklassen der Hauptschule in Sehnde den Selbstschutz-Grundlehrgang durchführt.

Auch der letzte Lehrgang zeigte wieder, mit welchem Ernst junge Menschen bereit sind, Aufgaben zu übernehmen und sich dafür zu begeistern.

**Lüchow:** Die Elbe-Jeetzel-Zeitung weist die Leser auf einen Selbstschutz-Grundlehrgang hin.

**Celle:** Zahlreiche Frauen wurden für ein Zivilschutz-Informations-Seminar gewonnen. BVS-Dienststellenleiter Schuh ergriff die Initiative für ein Zivilschutz-Informations-Seminar, zu dem Funktionsträgerinnen verschiedener politischer Frauenvereinigungen eingeladen wurden. Neben den Themen „Die Gefahren für die Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall“ und die „Zivilverteidigung – eine Darlegung der Zusammenhänge“ wurden die besonderen Aufgaben der Frau im Selbstschutz erläutert. BVS-Mitarbeiterin Frau Hartmann verwies insbesondere auf das eigene Haus als möglichen Katastrophenort und die besondere Verantwortung der Frau, Vorsorgemaßnahmen zu treffen und Hilfeleistungen zu beherrschen.

In diesen Themenrahmen paßte die anschließende Besichtigung der Landesfeuerwehrschule, in der auch das Seminar stattfand.

**Osnabrück:** In Zusammenarbeit mit der Volkshochschule wurde in Osnabrück ein Zivilschutz-Informationsseminar für Schüler einer Abendreal-schule durchgeführt. In diesem Seminar des BVS wurden die Zusammenhänge der Aufgaben des Zivilschutzes erläutert.

Die Darstellungen über täglich auftretende Katastrophen bis hin zur größten Katastrophe, dem Verteidigungsfall, stimmten die Teilnehmer nachdenklich und weckten in starkem Maße Interesse für die Vorsorgemaß-

nahmen gegen Bedrohungen in unserem Land.

Der Selbstschutz wurde als notwendige Vorsorge des Bürgers anerkannt. Der Seminarverlauf läßt berechtigte Hoffnung zu, daß hier heranwachsende Bürger den Sinn und die Notwendigkeit des Selbstschutzes richtig verstehen und praktizieren werden.

**Aurich:** BVS-Lehrer Dubbert bildete 2500 Personen im Selbstschutz aus. Die BVS-Dienststelle Aurich verabschiedet den ehrenamtlichen Helfer Walter Dubbert. Der ehemalige Berufsoffizier, schon Pensionär, wurde 1970 Helfer des BVS. Er durchlief den Ausbildungsweg zum BVS-Lehrer, den er Ende 1970 abschloß. Von diesem Zeitpunkt an arbeitete er als BVS-Lehrer unermüdlich in der Dienststelle mit. Dienststellenleiter Johannes Ramaker zeigte an Hand einiger Zahlen die Leistungen Dubberts auf.

2500 Personen wurden in 103 Selbstschutz-Grundlehrgängen von ihm ausgebildet. Als ehrenamtlicher Fachbearbeiter für die Öffentlichkeitsarbeit war er maßgebend an der Ausrichtung mehrerer Seminare und Ausstellungen beteiligt. Herzlicher Dank war Walter Dubbert für seine Mitwirkung im Selbstschutz ausgesprochen worden.

Umfangreiche Presseveröffentlichungen zu Ausstellungen des BVS in verschiedenen Städten und Gemeinden wiesen auf den Selbstschutz und die Arbeit des BVS hin:

**In Bad Lauterberg** eröffnete Stadtdirektor Schwendtner im Kurgastzentrum die Ausstellungen „Der Mensch im Mittelpunkt“.

**In Adelebsen** wurde auf den Einsatz der Fahrbaren Zivilschutzausstellung hingewiesen.

**In Grasleben** gab es eine Einladung zu einem Zivilschutz-Informationsvortrag für die Bevölkerung, wobei als Veranstalter zwei CDU-Gemeindeverbände auftraten.

**Im Kreisgebiet Helmstedt** enttäuschender Besuch der BVS-Ausstellung. Ein ausführlicher Bericht soll dort Interesse für die Fahrbare Zivilschutz-Ausstellung wecken.

**In Osterode** fand eine Zivilschutzausstellung auf dem Osteroder Weihnachtsmarkt statt. Der Besuch der Ausstellung wurde den Lesern empfohlen.

**In Osterholz-Scharmbeck** wurde über den Einsatz der FZA in der Gemeinde berichtet. Die Dokumentenmappe wurde als „Zweites Ich“ bezeichnet.



## Sicherheitsfahrt mit der Schwebbahn

**Wuppertal.** Unter der Schirmherrschaft des Wuppertaler Oberstadtdirektors stand die Sicherheitsfahrt 76 der BVS-Dienststelle, die aus Anlaß des 75. Geburtstages der Schwebbahn mit dem „sichersten Verkehrsmittel der Welt“ durchgeführt wurde. Von den achtzehn Stationen wurden sieben für die Aktion ausge-

wählt. Die mit einem Freifahrtschein ausgestatteten Teilnehmer hatten unterwegs ihre Kenntnisse im Ablöschen brennender Kleidung zu beweisen. Es ging ferner um das Versorgen von Brandverletzten, um Bergung und Wiederbelebung. Auch das Verhalten im Straßenverkehr, bei Vergiftungserscheinungen und

bei Bränden sollte getestet werden. Die BVS-Dienststelle wurde bei dieser Sicherheitsfahrt von ASB, DRK, Berufsfeuerwehr, JUH, Polizei und THW unterstützt. Insgesamt beteiligten sich an dem Test 268 Männer und Frauen. Im Ziel kamen allerdings nur 222 an. Das bedeutet, daß 46 unterwegs ausgestiegen sind.



Links: Mit der Wuppertaler Schwebbahn organisierten die Katastrophenschutzorganisationen der Stadt eine „Sicherheitsfahrt“. Über 250 Teilnehmer nutzten diesen Wettbewerb zur Überprüfung eigener Kenntnisse. Rechts: Das Technische Hilfswerk beteiligte sich ebenfalls an der Aktion. Es nahm das Wasser der Wupper unter die Lupe.

## Mit Gästen aus der Partnerstadt

**Lüdenscheid.** In der Ausstellung „Hilfe durch Selbstschutz“ in der Begegnungsstätte der Burg Holtzbrinck in Altena wurden innerhalb von zwei Wochen 1 600 Besucher gezählt. Neben zahlreichen Politikern und Mitarbeitern der Stadtverwaltung interessierten sich vor allem Schülerinnen und Schüler benachbarter Schulen für die Ausstellung, ein Zeichen dafür, daß die Jugend über die Notwendigkeit des Selbst- und Katastrophenschutzes nachdenkt. Für eine Überraschung sorgten Bürgermeister Topmann und Stadtdirektor Dr. Gramke, indem sie die Ausstellung mit einer Delegation aus Blackburn, der britischen Patenstadt von Altena, besuchten.

## Dank aus dem Rathaus von Hagen

**Körtlinghausen.** In einem Brief an den Leiter der BVS-Schule Schloß Körtlinghausen, Awiszus, hat der Oberstadtdirektor von Hagen, Dr. Müller, für die sachkundige und intensive Unterweisung seiner Mitarbeiter in allen Fragen des Selbstschutzes gedankt. „Zivilschutz hat im Rahmen der Daseinsvorsorge einer Verwaltung ein besonderes Gewicht“, schreibt Dr. Müller. Der Hagener Oberstadtdirektor erwähnt in seinem Brief einen persönlichen Besuch auf Schloß Körtlinghausen. Dieser habe ihn davon überzeugt, daß der Aufenthalt in der Schule auch außerhalb der fachkundigen Unterrichtung in jeder Hinsicht angenehm sei. Dr. Müller hat inzwischen der Schule ein Wap-

pen der Stadt Hagen zugeschickt. „Für einen noch freien Platz an den bereits reich geschmückten Wänden des allseits geschätzten Trinkstübchens“, wie es in einem Begleitschreiben heißt.

## Frauen und ihre Freizeit

**Bonn.** Erfolgreich verlief eine vom Bundesfamilienministerium mit der Bonner Presse gestartete Aktion unter dem Motto: „Frauen und ihre Freizeit“. Fast 500 Frauen beantworteten Fragen nach ihrer Freizeit und teilten mit, daß sie sich gerne außerhalb von Beruf und Haushalt engagieren möchten. Die Bonner BVS-Dienststelle gehört zu den Organisationen, die den Frauen für eine Betätigung genannt wurden. Zahlreiche



Anfragen über die Möglichkeit einer Mitwirkung liegen bereits vor.

### **Einbrecher besuchten BVS-Stand**

**Moers.** Die BVS-Dienststelle Moers ist mit dem Ergebnis ihrer Beteiligung an der zweiten Niederrheinschau zufrieden. Von den 400 000 Menschen, die innerhalb von zehn Tagen durch die Wirtschaftsschau strömten, haben mindestens 10 000 den Sonderstand des Bundesverbandes besucht. 4 500 von ihnen beteiligten sich an einem Test. Neben Prominenz, wie Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger, kamen aber auch ungebetene Gäste. Zwei Tage vor Ausstellungsschluß versuchten Einbrecher, die Schauvitrine des BVS-Standes aufzubrechen und die Preise des Ausstellungsquiz „Ich kann helfen“ zu stehlen. Zum Glück schlug dieses Vorhaben fehl. Andernfalls wären viele Mühen um die Beschaffung der Preise vergeblich gewesen.

### **Urkunde für Treue zum BVS**

**Gladbeck.** Drei ehrenamtliche Mitarbeiter des Bundesverbandes für den Selbstschutz wurden für eine zehnjährige ununterbrochene Tätigkeit in dieser Organisation mit einer Urkunde ausgezeichnet: Rolf Klawuhn, seit 1. Oktober 1974 ehrenamtlicher Leiter der Dienststelle Gladbeck, Egon Schollmeier, Fachbearbeiter für Ausbildung, und Helmut Behr, Fachbearbeiter für Öffentlichkeitsarbeit. Die Ehrung nahm der Bottroper Dienststellenleiter Alois Weber vor, der bei dieser Gelegenheit die vorbildliche Arbeit im Bereich Gladbeck lobte.

### **Nicht gedankenlos leben**

**Ascheberg.** Gemeindedirektor Rothers hat an die Bürger von Ascheberg appelliert, die Freizeit sinnvoll zu gestalten. Das könne auch durch den Besuch eines Grundlehrganges des Bundesverbandes für

den Selbstschutz geschehen. Der Bürger sollte nicht gedankenlos in den Tag leben, sondern sich auch einmal mit dem Gedanken befassen, daß es nicht nur friedliche und krisenlose Zeiten gebe. Der Verwaltungschef wies auf lebensrettende Sofortmaßnahmen hin, die für jeden einzelnen von Wert sein müßten.

### **Im Rahmen der Messe „Weekend“**

**Düsseldorf.** Unter dem Motto „Sicherheit auch in der Freizeit“ beteiligte sich die BVS-Dienststelle Düsseldorf mit einem Informationsstand an der Messe „Weekend“. Innerhalb von einer Woche informierten sich fast 3 500 Messebesucher über den Fragenkomplex Selbstschutz. Am Stand, der durch Leuchtkästenwände und Leuchtkästen mit Bewegungseffekten attraktiv gestaltet war, machten über 500 Personen von einer umfassenden Beratung Gebrauch.

# Saarland



### **Selbstschutzveranstaltungen in den Schulen**

Aufklärungs- und Informationsarbeit bestimmten im wesentlichen die Arbeit der Dienststelle Dudweiler des Bundesverbandes für den Selbstschutz im Jahre 1976.

Auf der traditionellen Jahresabschlußveranstaltung, an der Bezirksbeigeordneter Gerd Kiefer als Ehren-gast teilnahm, unterstrich Dienststellenleiter Ludwig Kliebenstein, daß vor allem jüngere Menschen vom BVS Dudweiler angesprochen worden sind, wobei das Schwergewicht im Schulbereich gelegen habe.

Das große Interesse der jungen Menschen in den Abschlußklassen der Hauptschulen und auch in den weiterführenden Schulen ermutigte zu Gesprächen mit dem Leiter der Dudweiler Realschule und brachte das Ergebnis, daß im Jahr 1977 neben den Aktionen in den weiteren Schulen nun auch in der Realschule

Selbstschutz-Veranstaltungen durchgeführt werden.

Besonders erfreulich war wiederum die Unterstützung der Dienststelle Dudweiler durch Bezirksbürgermeister Hermann Schon, wodurch der Selbstschutzgedanke deutlich gefördert wurde.

Eine Erhebung in der Bezirksverwaltung hatte zahlreiche Anmeldungen zur Folge, so daß auch in diesem Bereich Ausbildungs- und Aufklärungsveranstaltungen erneut eingeplant werden können.

In Dudweiler selbst wurden im verflossenen Jahr zwölf Arbeitsgemeinschaften durchgeführt, an denen über 100 Helfer teilnahmen. Über 200 Interessenten besuchten die neun Selbstschutz-Grundlehrgänge, und 253 Teilnehmer beteiligten sich an den zehn Aufklärungsveranstaltungen, davon eine im St.-Josef-Krankenhaus. Selbstkritisch muß aber auch erwähnt werden, daß die Frauenarbeit im Bereich der Dienststelle nicht im gewünschten Maß vorangekommen ist. Dies soll jedoch in die-

sem Jahr durch stärkere Anstrengungen geändert werden.

Als positiv hob Ludwig Kliebenstein die große Bereitschaft der aktiven BVS-Mitglieder zur Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen hervor. An Fachlehrgängen in der BVS-Landes-schule Birkenfeld nahmen Helene und Hans Demuth, Walter Pitz und Dieter Bold teil, um sich in verschiedenen Sparten mit Erfolg zu qualifizieren. Beigeordneter Gerd Kiefer zeigte sein Interesse durch Teilnahme an einem Seminar an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr/Ahrweiler.

Abschließend betonte Ludwig Kliebenstein, daß nach Streichung der Bundeszuschüsse im zivilen Bereich des Schutzraumbaus ein Stillstand eingetreten sei, obwohl noch immer ein erheblicher Bedarf besteht. Eine Änderung dieser Situation wird erst dann zu erwarten sein, wenn es der Bundesregierung wieder gelingt, die bisher für den zivilen Schutzraumbau zur Verfügung gestellten Gelder erneut bereitzustellen.



## Katastrophenschutzausstellung

Der Hauptverwaltungsbeamte von Seligenstadt hat die Absicht, den Bürgern seiner Stadt den örtlichen Katastrophenschutz näher zu bringen, in die Tat umgesetzt. Im großen Saal des Gasthauses „Zum Riesen“ hatten die Feuerwehr, das Technische Hilfswerk, das Deutsche Rote Kreuz, die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft und der BVS unter der Leitung von Bürgermeister Brehm eine Darstellung des Katastrophenschutzes in Seligenstadt geschaffen.

Jede der beteiligten Organisationen hatte ihre Geräte zu einem Stand zusammengefaßt. So konnte dem interessierten Besucher ein umfassender Überblick sowohl von der Aufgabenstellung im Katastrophenschutz als auch von der umfangreichen Geräteausstattung gegeben werden.

Um auch dem berufstätigen Bürger Gelegenheit zum Besuch der Ausstellung zu geben, war diese täglich bis zum Abend geöffnet. Es kommt nicht oft vor, daß man diese Geräte – sie reichten von der Taucherausrüstung bis hin zum Instrumentarium eines Notkrankenhauses – von so fachkundigem Personal erklärt bekommt.

Wenn sich die Organisatoren auch einen noch stärkeren Besuch gewünscht hatten, so konnten sich jedoch viele Bürger überzeugen, daß die Stadtverwaltung auf dem Sektor „Katastrophenschutz“ nicht untätig ist. In jedem Fall aber diene die lokale Ausstellung dem Kontakt und dem Gespräch der Katastrophenschutz-Organisationen und des BVS mit dem Bürger.

## Zusammenarbeit im Maintaler Katastrophenschutz

Die Helfer des BVS in der Stadt Maintal bemühen sich um ein besonders gutes Verhältnis mit den anderen Hilfsorganisationen in allen Stadtteilen. So konnten bereits im Stadtteil Wachenbuchen mit der dortigen Feuerwehr in den vergangenen Jahren Grundlehrgänge und ein Sanitätsfachlehrgang durchgeführt werden. Ansonsten beteiligte sich die BVS-Dienststelle Hanau mit einem Info-Stand bei der Ausstellung „Die Hilfsorganisationen stellen sich vor“. Der Schirmherr dieser Veranstaltung, Bürgermeister Henkel, wies unter anderem darauf hin, daß er besonders erfreut sei, bei dieser Ausstellung auch den BVS als Vertretung des Selbstschutzes begrüßen zu können, und daß damit die Integration aller am Katastrophenschutz beteiligten Organisationen in seiner Stadt weitestgehend gesichert sei.

Im Stadtteil Bischofsheim kam nun ein Grundlehrgang mit der DLRG Maintal zustande. Dieses zwölfstündige Ausbildungsvorhaben wurde im Feuerwehrgerätehaus durchgeführt. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden die Teilnehmer von BVS-Fachlehrer Hagel zunächst über die Wirkung von Angriffswaffen und die richtigen Schutzmöglichkeiten unterrichtet. Weiterhin waren in die-

sem breitgefächerten Lehrgangsprogramm Hilfsmaßnahmen bei Naturkatastrophen, Haus- und Verkehrsunfällen eingeschlossen.

Besonderen Wert legte der Ausbilder auf die Rettung verletzter Menschen in Katastrophenfällen. Nach der Rettung aus dem Gefahrenbereich standen die lebensrettenden Sofortmaßnahmen im Vordergrund. Im Programm dieser Übungen wurde der fachgerechte Umgang mit verschiedenen Kleinlöschgeräten, insbesondere mit Handfeuerlöschern und Kübelspritzen, erläutert und gezeigt. Zur Abrundung des Lehrganges wurde am Ende eine Dia-Reihe und ein Film über den Katastrophenschutz gezeigt, und die DLRG-Helfer stellten ihr Können und Wissen bei den praktischen Übungen unter Beweis. Daß diese Ausbildung bei allen Beteiligten gut ankam, wurde dadurch klar, daß auch zukünftig die DLRG auf dieser Basis fachliche Unterrichtungen mit dem BVS durchzuführen gedenkt.

### 1 000 Besucher sahen BVS-Ausstellung

Im Rahmen der Veranstaltungen anläßlich des 100jährigen Bestehens der Theo-Koch-Schule in Grünberg

wurde im November 1976 ein „Tag der offenen Tür“ veranstaltet. Die Dienststelle Gießen, die schon seit Jahren Aufklärungs- und Ausbildungsveranstaltungen in der Schule durchführt, wurde von der Schulleitung gebeten, sich in geeigneter Form zu beteiligen und ein Programm zu erstellen. Auf Wunsch der Schule wurde mit Schülern, die noch unter Leitung des ehrenamtlichen Fachlehrers Wels an der BVS-Ausbildung teilnahmen, ein vorläufiges Programm aufgestellt.

Von der BVS-Landesstelle Hessen wurde die Tafelausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ zur Verfügung gestellt. Daneben standen Filmvorführungen (Schutzbündnis) und als besondere Attraktion das Ablöschen einer Brandpuppe und die Bekämpfung eines Ölbrandes mit dem Feuerlöscher auf dem Programm. Vorsorglich wurde noch einmal das Ablöschen der Brandpuppe und der Umgang mit dem Feuerlöscher geprobt. Am Morgen des großen Tages hatten sich schon früh mehr als 30 Personen an einer Führung durch die Tafelausstellung beteiligt und den Film „Schutzbündnis“ gesehen.

Bei starkem Schneetreiben fanden dann die praktischen Vorführungen auf dem Schulhof statt. Durch das Feuer angezogen, hatten sich in kurzer Zeit mehr als 70 Menschen an der Absperrung eingefunden, die mit Interesse den Vorführungen zusahen. Die Tafelausstellung und der Filmraum erfreuten sich eines regen Zuspruchs. Auch der Bürgermeister der Stadt Grünberg sowie Bundestagsabgeordnete und Landtagsabgeordnete waren zugegen.

Als am Mittag Bilanz gezogen wurde, hatten etwa 600 Besucher die Ausstellung oder den Filmraum besucht. Bei den praktischen Vorführungen wurden knapp 400 Zuschauer gezählt. Die Schulleitung sprach Dienststellenleiter i. V. Bender für den gelungenen und attraktiven sowie aktuellen Beitrag zum „Tag der offenen Tür“ anläßlich der 100-Jahr-Feier ihren herzlichen Dank aus. Der gute Ausbildungsstand der Schüler wurde gewürdigt und der Wunsch ausgesprochen, auch in Zukunft mit der BVS-Dienststelle Gießen zusammenzuarbeiten, um den Gedanken des Selbstschutzes bei den Schülern zu wecken und zu erhalten.



## Zusätzliche Exponate

Bei ihrem letzten Einsatz im Jahr 1976 war die Fahrbare Zivilschutzausstellung Rheinland-Pfalz bei der Kreissparkasse Enkenbach-Alsenborn zu Gast. Hier war man erstmals darauf bedacht, neben der Tafelausstellung „Zivilschutz – heute“ zusätzliches Gerät aus dem Selbstschutzbereich auszustellen.

So stellte die BVS-Dienststelle Kaiserslautern ein Schutzraummodell, Trümmermodelle, Feuerlöscher, Dosisleistungsmesser, den Inhalt einer Hausapotheke, einen Orospirator und Selbstschutzgeräte der FZA leihweise zur Verfügung. Damit konnten in ansprechender Form eine Vitrine und ein Ausstellungsraum mit Schaukasten gestaltet werden. Die außerdem verwendete Achteck-Ausstellung rundete mit ihren graphischen Darstellungen das Dargebotene ab. Es war das erste Mal, daß in Rheinland-Pfalz zur Tafelausstellung in dieser Größenordnung zusätzliche Exponate verwendet wurden. Das gesteigerte Interesse der Bevölkerung an dem Gezeigten bewies, daß man einen Weg beschritten hat, der seine Fortsetzung finden soll.

In Vorträgen konnten die Schüler von Haupt- und Berufsschulen der näheren Umgebung über die Maßnahmen des Zivilschutzes informiert werden. Bei der Ausstellung wurden 119 Einzelberatungen durchgeführt. Abschließend bleibt festzuhalten, daß diese „erweiterte Tafelausstellung“ von der Bevölkerung positiv bewertet wurde. Ein Ansporn, diese Möglichkeit öfter zu nutzen.

## Stolze Bilanz der Fahrbaren Zivilschutzausstellung

Um für den Gedanken des Zivilschutzes noch erfolgreicher werben zu können, wurden von der Fahrbaren Zivilschutzausstellung (FZA) Rheinland-Pfalz neue Wege beschritten. Einerseits sollte der Bürger durch Ausstellungen einen ersten Kontakt mit der Problematik des Zivilschutzes bekommen. Dazu wurden die Tafelausstellungen „Der Mensch im Mittelpunkt“ und „Zivilschutz – heute“ in Sparkassen und Schulen eingesetzt.

Andererseits sollte dem Bürger, und

hier hauptsächlich dem Jugendlichen, die Wichtigkeit des Zivilschutzes in Vorträgen verdeutlicht werden. Um eine noch gezieltere Öffentlichkeitsarbeit durchführen zu können, wurde die FZA immer für einen Zeitraum von zwei bis vier Wochen in einem Gebiet tätig. Dadurch war es möglich, an den Einsatzorten viele Kontakte mit Vereinen, Jugendorganisationen und Schulen zu knüpfen. Auf diese Weise konnten zahlreiche zusätzliche Informationsveranstaltungen durchgeführt werden.

Eingesetzt war die FZA 1976 in folgenden Kreisgebieten: Pirmasens-Zweibrücken, Landau-Bad Bergzabern, Ludwigshafen-Speyer, Neustadt-Bad Dürkheim, Rhein-Hunsrück-Kreis, Germersheim, Cochem-Zell, Kaiserslautern und Bingen-Mainz. Ganz erhebliche Schwerpunkte bildeten sich in den Kreisen Ludwigshafen-Speyer und Pirmasens, wo die FZA über den Zeitraum von jeweils sieben Wochen tätig war. Besonders gut gestaltete sich 1976 die Zusammenarbeit mit den Haupt- und Berufsbildenden Schulen. Ein besonderes Lob gilt den Schulleitern für ihre Unterstützung. Hervorzuheben sind hier hauptsächlich die Berufsbildenden Schulen in Kirm, Germersheim und Speyer, bei denen jeweils knapp 1000 Schüler in Vorträgen über den Zivilschutz und Selbstschutz informiert wurden. Aber auch sehr viele Gymnasien, Real- und Hauptschulen nutzten die Möglichkeit, durch die FZA ihren Schülern eine Zivilschutzinformation zu vermitteln.

Viele Vortragsabende wurden bei Vereinen und verschiedenen Organisationen durchgeführt. Bei den Ausstellungen suchten und fanden die BVS-Mitarbeiter das persönliche Gespräch mit dem Bürger. In vielen Fällen konnten durch eingehende Beratung dem Einzelnen Tipps zum richtigen Selbstschutzverhalten gegeben werden.

Im Zusammenwirken mit den örtlichen Dienststellen war das Personal der FZA auch bei Regionalausstellungen tätig. So bei der IDU in Zweibrücken, der Eifelschau in Mayen und der HAFA in Ludwigshafen. Am BVS-Stand der HAFA in Ludwigshafen wurde außerdem eine Publikumsbefragung durchgeführt. Hierbei konnten die Ausstellungsbesucher ihr Wissen über den Zivilschutz,

Selbstschutz, Katastrophenschutz, die Sofortmaßnahmen am Unfallort und den Bundesverband für den Selbstschutz testen. Die Befragten, aber auch die zahlreichen interessierten Zuschauer äußerten sich anerkennend über diese Initiative. All diese zahlreichen Aktivitäten führten für das Einsatzjahr 1976 zu folgenden guten Ergebnissen:

### ● Ausstellungen:

Die zwei Ausstellungen „Der Mensch im Mittelpunkt“ und „Zivilschutz – heute“ waren 40 mal in Sparkassen und Schulen eingesetzt, wo sie von rund 28000 Personen gesehen wurden. Sehr positiv wirkte sich in diesem Zusammenhang eine Übereinkunft mit dem Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz aus, nach der eine der Ausstellungen ständig in Schalterhallen von Sparkassen gezeigt werden konnten.

### ● Aufklärungsveranstaltungen:

372 Veranstaltungen mit 10 958 Zuhörern, davon 4611 weiblich, wurden durchgeführt.

### ● Fachliche Unterrichtungen:

Bei 33 fachlichen Unterrichtungen wurden 794 Besuchern Maßnahmen im Selbstschutz, Brandschutz, Strahlenschutz und ABC-Schutz erläutert.

### ● Einzelberatungen:

In 486 Fällen konnten einzelnen Bürgern Ratschläge gegeben werden. 18 040 km war das Personal der FZA 1976 unterwegs, um dieses stolze Ergebnis zu erzielen – eine Leistung, die hoffentlich dazu beitragen wird, daß die Bevölkerung die Bemühungen des Selbstschutzes mehr unterstützt.



Das direkte Gespräch mit den Besuchern der Ausstellung suchte FZA-Leiter Claus Schwinger bei jeder Gelegenheit. In 486 Fällen konnten einzelnen Ratsuchenden Tipps in Sachen Selbstschutz gegeben werden.



## Bedeutender Schritt vollzogen

Ein bedeutender Schritt beim Aufbau und der Förderung des Selbstschutzes in den Gemeinden wurde im Regierungsbezirk Karlsruhe vollzogen.

Mit Unterstützung des Regierungspräsidiums und nach umfangreichen Vorbereitungen des Bereichsbeauftragten sowie nach einer erfolgreichen „Mannheimer Generalprobe“ begann eine Serie von „Fachlichen Informationen“ für ZS-Sachbearbeiter der Gemeinden.

Nach einem Themenplan der Landesstelle wurden die Sachbearbeiter der Gemeinden eingehend über die Aufgaben des Selbstschutzes unterrichtet und an die sich hieraus ergebenden Maßnahmen herangeführt.

Nahezu alle Gemeinden hatten ihren ZS-Sachbearbeiter entsandt. Auch Bürgermeister und erste Landesbeamte waren erschienen und zeigten reges Interesse für die mit dem Selbstschutz verbundenen Probleme.

Die BVS-Dienststellen trugen dazu bei, daß die Veranstaltungsreihe von Erfolg begleitet wurde.

## Ausscheidende Helfer geehrt

Über 20 Jahre waren Gerhard Mozer und Richard Geiger ehrenamtlich bei der Dienststelle Heilbronn tätig. Zu einer Feierstunde hatten sich 40 Helfer eingefunden, um die Verabschiedung in feierlicher Form zu begehen.

Handbuch, Infos und weitere BVS-Unterlagen wurden gegen ein Wanderbuch und Wanderstab mit dem Hinweis, „sich jetzt damit fit zu halten“, ausgetauscht.

Der Leiter der Dienststelle, Eckelt, würdigte das jederzeit kamerad-

schaftliche Verhalten der beiden sowie den langjährigen persönlichen Einsatz, die Idee des Selbstschutzes in die Bevölkerung zu tragen.

Mit einem Buchgeschenk und Schreiben bedankte sich auch die Stadt Heilbronn für die uneigennützigste Tätigkeit im Dienste an der Allgemeinheit.

Die Dankurkunde der Landesstelle hatte Fachgebietsleiter Zürcher im Auftrag des Landesstellenleiters mit den besten Grüßen überreicht.

**Nach 20 Jahren ehrenamtlicher Tätigkeit für den BVS in Heilbronn schieden Gerhard Mozer und Richard Geiger aus dem aktiven Helferdienst aus. Zu den Gratulanten zählten Dienststellenleiter Eckelt und Fachgebietsleiter Zürcher.**



# Bayern

## Die Rolle als „Schützerin des Lebens“

**Forchheim.** „Wir wollen, daß Sie leben“, war das Motto der zweitägigen Informationsveranstaltung des BVS. An dieser Veranstaltung nahmen 28 Ortsbäuerinnen des Landkreises Forchheim an der BVS-Schule in Geretsried teil. Der Besuch kam auf Initiative des Leiters für Zivil- und Katastrophenschutz, Josef Wäldele, in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle des Bayerischen Bauernverbandes zustande. Die Teilnehmerinnen verfolgten das Programm mit großer Aufmerksamkeit, zumal die Ausführungen weitaus interessanter waren, als die Themstellung vermuten ließ. Auf dem Lehrplan standen die zivile Verteidigung, die Aufgaben des Bundesverbandes für Selbstschutz sowie Selbstschutz und Nächstenhilfe. Es

wurde ein Überblick über den Brandschutz, die Bergung von Menschen, atomare Waffen und Schutzmöglichkeiten sowie über lebensrettende Sofortmaßnahmen gegeben. Aber auch die Vorsorgemaßnahmen im häuslichen Bereich kamen nicht zu kurz.

Es wäre zu bequem, auf die Zuständigkeit des Staates und der Hilfsorganisationen zu verweisen. Im Augenblick einer Katastrophe – sei es nur ein Verkehrsunfall – ist der Betroffene immer allein. Staatliche Hilfe kann nicht sofort und überall einsetzen. Zum Abschluß bedankte sich Kreisbäuerin Hildegund Wölfel herzlich bei allen, die zum Gelingen des Kurses beigetragen hatten. Sie stellte heraus, daß der Frau von Natur aus die Rolle der „Schützerin des Lebens“ aufgetragen sei. Der Lehrgang habe dazu beigetragen, den Wert dieser Ausgabe zu verdeutlichen.

## Katastrophenschutz stellte sich vor

**Landshut.** Der Eröffnungstag der Katastrophenschutzausstellung – ein langer Einkaufssamstag – war von gutem Omen begleitet. Nach Verklingen des Vortrags der Landshuter Stadtkapelle, den Festansprachen und Grußworten eröffnete Oberbürgermeister Josef Deimer die Ausstellung. Nach Rundgängen durch die Zelte und Filmvorführungen schmeckte die Erbsensuppe. Während die Besucher sich neugierig der Schau widmeten, erklangen Martinshörner, versetzten Blaulichter der anfahrenen Fahrzeuge des Technischen Hilfswerkes und der Freiwilligen Feuerwehr die Besucher zunächst in Ratlosigkeit, die sich aber schnell in Neugierde verwandelte. Der Ernstfall wurde geübt. Angenommene Schadenslage – Explo-



sion von Heizöltanks im Kaufhaus. Während die Männer der FFW und des THW ihre Lösch- und Bergungsarbeiten durchführten, trafen auch die Rettungs- und Notarzwagen des BRK ein. Reibungslos lief die Zusammenarbeit. Gleichzeitig fanden den ganzen Tag über willige Bürger Gelegenheit, dem BRK mit ihrer Blutspende dienlich zu sein. Der Standort des Ausstellungsplatzes zwischen Kaufhaus, Wohnhäusern, angrenzender Kirche, Isarpromenade und belebter Verkehrsstraße tat ein übriges, um als Anlaufpunkt interessant zu erscheinen.

Am Sonntagvormittag lud der Musikzug der FFW bei einem großen Standkonzert Kirchenbesucher und Spaziergänger zur Ausstellung. Der Fernmeldezug des Katastrophenschutzes der Stadt Landshut war aufgefahren, das BRK hatte die Einsatzzentrale des Rettungsdienstes zum Ausstellungsplatz verlegt und Rettungswagen zur Besichtigung aufgestellt.

Am Montagmorgen ging das lebhafte Treiben weiter. Dank dem Entgegenkommen der Direktoren, Rektoren und Lehrkräfte der Landshuter Schulen fanden sich während der Woche über 60 Klassen zum Besuch der Ausstellung ein. Die FFW hatte als Prunkstücke zwei alte Feuerwehrfahrzeuge (Baujahr 1898 und 1928) sowie Einsatzgeräte älteren und neueren Datums ausgestellt, im BRK-Zelt waren neben der Wasserwacht auch der Sozialdienst vertreten.

Am Dienstag waren zwei Höhepunkte zu verzeichnen. Die FFW Landshut zeigte ihren Fahrzeug- und Gerätepark, aus dem sich die Drehleitern, Schaumlöschgeräte und Ölschadenanhänger besonderer Anziehung erfreuten.

Der Mittwoch war Mitarbeitern des BVS vorbehalten, die sich in ihrer Freizeit mit Funkproblemen befaßten. Sie demonstrieren den sogenannten CB-(Citizen-Band)Funk. Sie machten die Zuhörer auf die Möglichkeiten aufmerksam, welche Vorteile ein kleines Mikrofon im Auto bietet – Hilfflosigkeit im Verkehrsgewühl, Standortbestimmungen, Lotsendienst, schnelle Benachrichtigung der Rettungskräfte.

Der Donnerstag war dem Technischen Hilfswerk vorbehalten. Neben den täglichen Darbietungen führte der Weg den Besucher zu den aufgestellten Fahrzeugen und Geräten des THW. Unterbrochen von kleinen



Bei der Eröffnung der Katastrophenschutzausstellung in der Landshuter Innenstadt gehörte die Prominenz zu den Gästen der Eröffnungsfeier (von links): Oberregierungsdirektor Kargl, stellvertretender Landrat Mayer, MdB Friedrich Zimmermann, Oberbürgermeister Josef Deimer, MdB Hans Painter und Ministerialdirigent Dr. Prandl vom Bayerischen Staatsministerium des Innern.



Besonders das Zelt des Bundesverbandes für den Selbstschutz lockte den Großteil der über 10 000 Besucher der Ausstellung zu einer Einführung in die Problematik des Zivil- und Katastrophenschutzes.

Vorführungen mit lehrreichen und aufschlußgebenden Kommentaren wurden immer wieder Neuigkeiten entdeckt.

Als eine wichtige Maßnahme aus dem Programm des Selbstschutz-Grundlehrganges zeigten die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle den ganzen Tag über den Interessenten das Ablöschen in Brand geratener Menschen. Gerade diese Vorführungen zeigten deutlich, daß praktische Handgriffe theoretische Informationen sehr eindrucksvoll ergänzen. Viele Zuschauer machten vom Angebot Gebrauch und übten an den bereitstehenden Puppen unter fachmännischer Anleitung. Gerade Lehrkräfte gingen hier ihren Schulklassen mit gutem Beispiel voran.

Der strahlende Himmel am Samstag und die Berichte in den Ausgaben der „Landshuter Zeitung“ lockten viele Einkaufswillige zur Ausstellung. Von der Feuerwehr, die als erste in Aktion trat, bekam die große Zuschauermenge die neue Rettungsschere vorgeführt. Der eilig herbeige-



Zu den zahlreichen Demonstrationen bei der Landshuter Katastrophenschutzausstellung gehörten auch Vorführungen der Feuerwehr, die ihre Rettungsschere vorführte.

rufene Notarzwagen des BRK übernahm die Geretteten. Dann begann das THW mit seinen Vorbereitungen. Auch die Sauerstofflanze löste viel Interesse bei den Besuchern aus. Deshalb erwies sich der Kommentar für die einzelnen Phasen über Lautsprecherwagen als vorteilhaft. Gegen Mittag waren die Helfer der Wasserwacht schon bei der Arbeit. Ein vollbesetzter Pkw war über die Böschung in die Isar gefahren. In gebotener Eile, aber mit sachlicher Ruhe arbeiteten die Taucher am Fahrzeug, befreiten die Insassen und bewahrten diese vor dem sicheren Tod des Ertrinkens. Mit einem Kranwagen konnte dann das Fahrzeug aus der Isar geborgen werden. Weit über 1000 Besucher verfolgten diese Rettungsübungen. Leitender Medizinaldirektor Dr. Walbrunn, Arzt der Wasserwacht, gab den Besuchern die Erläuterungen zur Übung und verwies darüber hinaus auf die Gefahren der Gewässer für die Menschen. Den Höhepunkt des Nachmittages bildete die Ehrung des 10 000. Besuchers der Ausstel-



lung, Herr Königl aus Ergolding, durch den Stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Landshut, Futterer. Im Beisein der Leiter der Katastrophenschutzorganisationen würdigte Bürgermeister Futterer das große Interesse der Bevölkerung an dieser Mammutveranstaltung und überreichte ein Schallplattenalbum. Er dankte gleichzeitig dem Bundesverband für den Selbstschutz wie den beteiligten Verbänden für die reichhaltige Gestaltung des Programms. Dienststellenleiter Seemann überreichte seitens des BVS das Festbuch „500 Jahre Fürstenhochzeit zu Landshut“ als ergänzende Lektüre zum musischen Genuß. Herr Königbauer vom THW zeichnete den Besucher noch mit dem Bierkrug des THW aus.

Am Sonntag hatte auf dem Ausstellungsplatz der ABC-Spür- und Entgiftungszug seine Zelte aufgeschlagen. Das BRK kam nach einer Korsifahrt durch die Stadt mit dem gesamten Fahrzeugpark zur Ausstellung und zeigte sämtliche Einrichtungen. Nachdem auch der Allgemeine Rettungsverband (ARV) seine Sendemasten und -autos formiert hatte, begann nochmals reges Treiben. Die Besucher bestaunten den regen Funkkontakt mit zum Teil weit entfernten Fahrzeugen, gleichermaßen die Detailübungen der wie Marsmenschen verkleideten ABC-Fachleute bei ihren Einsatzfähigkeiten. Vor allem aber schockierten die Besucher die über Lautsprecher hörbaren Hilferufe von Unfallmeldern, die dringend die Notarztwagen für Verletzte anforderten.

### Reinerlös der Sicherheitsfahrt ging an Aktion Sorgenkind

29 Fahrzeuge mit insgesamt 52 Teilnehmern starteten in Würzburg zur ersten Sicherheitsfahrt „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“. An zehn Stationen in einem Umkreis von 90 km konnten die Teilnehmer ihr Können in Erster Hilfe und das Verhalten am Unfallort zeigen.

Alle im Katastrophenschutz beteiligten Organisationen aus Würzburg sowie der ADAC erklärten sich bereit, an dieser Veranstaltung mitzuwirken und in eigener Verantwortung einen Kontrollpunkt zu übernehmen. Für die musikalische Begrüßung sorgte ein 60 Mann starker Spielmannszug aus Greußenheim, der kostenlos spielte. Pünktlich früh am



Würzburgs Oberbürgermeister Dr. Zeitler und der stellvertretende Landrat Lutz wünschten den Teilnehmern am Startpunkt eine gute Fahrt.

Morgen gaben Oberbürgermeister Dr. Zeitler und Stellvertretender Landrat Lutz den Start frei.

Am Viehmarktplatz Würzburg waren die ersten Punkte beim BVS für das Löschen einer Übungspuppe zu holen, deren Kleidung brannte.

Einen Sonderpunkt gab es für das richtige Erkennen der Sirensignale. Die JUH errichtete am Toom-Markt in Höchberg die zweite Kontrollstelle. Eine schwere Unterarmverletzung mußte hier vorschriftsmäßig versorgt werden.

Gar nicht leicht war es am Forsthaus Guttenberg, einen Verletzten aus einem verunglückten Pkw mit den richtigen Handgriffen zu bergen und in die Schocklage zu bringen. Der MHD demonstrierte diesen Unfall. In Reichenberg waren verkehrstechnische Fragen bei Helfern des THW schriftlich zu beantworten.

Der BVS bewertete in Gaubüttelbrunn die richtige Lagerung eines Bewußtlosen.

Beim BRK war in Eisingen an einer Übungspuppe die Atemspende vorzunehmen.

Der ADAC stellte in Waldbrunn und in Würzburg die Mopedfahrer mit Slalomfahren und die Autofahrer mit Anhalten vor einer Wand (cm-Abstand) auf die Probe. Dazu waren Fragen aus dem Verkehrsrecht zu beantworten.

Am nächsten Kontrollpunkt in Zellingen gab es durch die DLRG Punkte für allgemeine Baderegeln.

Am Start- und Zielplatz war die letzte Aufgabe zu lösen. Die FFW gab Noten für das Ablöschen eines Vergaserbrandes.

Gleichzeitig fand eine Geräteausstellung mit Schauführungen aller

beteiligten Organisationen statt. Die Katastrophenschutzregieeinheit der Stadt Würzburg war mit der Feldküche vertreten und kochte für Fahrtteilnehmer, Helferinnen und Helfer einen guten Gemüseeintopf. Eine Würzburger Blaskapelle spielte kostenlos zum Mittagessen auf. Der Erlös eines Ballonwettfliegens kam der Aktion Sorgenkind zugute. Die Siegerehrung mit Preisverteilung fand am gleichen Tage im Saal der Turngemeinde Würzburg statt. Fahrtteilnehmer mit Angehörigen, Helferinnen und Helfer der beteiligten Organisationen trafen sich zu einem gemütlichen Beisammensein. Es konnte an diesem Tag ein Reinerlös von 1000,- DM erzielt werden, der an die Aktion Sorgenkind überwiesen wurde.



An der Kontrollstation des Bundesverbandes für den Selbstschutz hatten die 52 Teilnehmer die erste schwierige Aufgabe zu bewältigen. Unter den Augen der Prominenz mußte eine brennende Person abgelöscht werden.





## 25 Jahre Technisches Hilfswerk in Lübeck

Der THW-OV Lübeck beging am 3. November 1976 sein 25jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlaß gab der Bürgermeister der Hansestadt, Dr. Knüppel, an diesem Tage den Helfern, Gästen und Freunden des Technischen Hilfswerks einen Empfang im Roten Saal des Rathauses. Der Bürgermeister dankte den Führungskräften und Helfern für die geleistete uneigennützig und freiwillige Hilfe bei Einsätzen in Not- und Katastrophenfällen in der Hansestadt.

Anschließend sprach der Landesbeauftragte, Dipl.-Volkswirt Meier, dem OV Dank für die geleistete Arbeit aus und wünschte den Helfern und Mitarbeitern weiterhin eine gute Zusammenarbeit. Als sichtbares Zeichen des Dankes wurden dem Instandsetzungsdienst des OV zwei neue Lastkraftwagen durch den Landesverband zugeteilt.

Der OB des THW Lübeck, Techn. Amtsrat a. D. Marnau, dankte dem Bürgermeister für die Hilfe und Unterstützung, die dem OV von den städtischen Dienststellen gewährt wurde. Den Führungskräften der

Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes und den KatS-Hilfeleistungsorganisationen dankte Marnau für die bisherige gemeinsame Zusammenarbeit.

Bei der anschließenden Pressebesprechung mit Gästen im Ratskeller erläuterte der OB den Aufbau des Technischen Hilfswerks in Lübeck. 300 der etwa 500 Helfer sind in elf Einheiten (Bergungs-, Instandsetzungs- und Fernmelde-Dienst) aktiv tätig. Zum Fahrzeug- und Gerätepark zählen – neben 30 Fahrzeugen – auch Spezialgeräte (Pumpensätze etc.).

Der Festball, der am darauffolgenden Freitag im Lokal „Schlutuper Tannen“ von einem Mädchen-Musikzug eröffnet wurde, bot Gelegenheit, das Tanzbein zu schwingen. Unter den Gästen war auch der Bundestagsabgeordnete Ekkehard Eymmer. Der OB Marnau nahm noch einmal Gelegenheit, einen kurzen Überblick zur Entwicklung des THW in Lübeck zu geben und dankte seinen Mitarbeitern für das Gelingen der Jubiläumsveranstaltungen.

Am Sonnabend veranstaltete das THW einen „Tag der offenen Tür“ mit einer Geräteschau in der Unterkunft und Vorführungen auf dem Hofplatz Meesenkaserne. Hier konn-

ten sich die Besucher mit einem Einopfessen stärken. Auf dem Rathausmarkt wurden der Öffentlichkeit Geräte und Filme vorgeführt. Ma

## Hilfeleistung bei Verkehrsunfall

Am 2. November 1976 gegen 7 Uhr wurde der THW-OV Friedrichstadt von der Polizeidienststelle Nordfriesland über die Alarmgeber bei der Feuerwehr alarmiert.

Auf der Bundesstraße 5 zwischen Bütteleck und Friedrichstadt war in den frühen Morgenstunden ein Lastwagen mit Anhänger – der Apfelsaft geladen hatte – von der Fahrbahn abgekommen und an der steilen Böschung umgestürzt.

Die eingesetzten sechs Helfer vom OV Friedrichstadt bargen zunächst die Ladung.

Danach wurde, gemeinsam mit der Besatzung eines von der Polizei beorderten Kranwagens, auch der 31 t schwere – mit den Rädern nach oben liegende – Lastzug geborgen.

Nach fünf Stunden harter Arbeit war alles geschafft. Der Fahrer des Lastzuges war zum Glück mit dem Schrecken davongekommen. V.

# BERLIN



## Wertvolle Ergänzung der Geräteausstattung

Der THW-Landesverband Berlin hat von der Berliner Polizei zwei Mast-KW übernommen. Es sind dies Antennenträger auf Magirus-Deutz-Fahrgestellen. Während eines dieser Fahrzeuge unverändert – bis auf den Anstrich – als fahrbare Antennenrelais-Station mit einer Höhe von 17 m (unabgespannt) bzw. 33 m (abgespannt) eingesetzt wird, wurde das 2. Fahrzeug als Lichtfluter umgebaut. Ein 17,5-kVA-Aggregat – auf dem Fahrzeug fest eingebaut – liefert den Strom für die 6 Halogenscheinwerfer à 1500 Watt, die auf dem Teleskop-Mast bis zu 17 m Höhe ausgefahren werden können. Seine erste Bewährungsprobe bestand der Lichtfluter bei der Eröff-

nung der großen Luftfahrtschau der Amerikaner auf dem Flughafen Tempelhof.

Zusammen mit dem Lichtfluter des 53-kVA-Aggregats und einer Polyma-Lichtgiraffe der Polizei leuchtete er einen weiten Teil des Flugfeldes aus. Die Ergebnisse sind so positiv, daß das THW gerne noch ein weiteres Fahrzeug dieser Art übernehmen und in gleicher Weise umbauen würde. Auf diese Weise könnte eine echte Lücke im Katastrophenschutz – die ausreichende Ausleuchtung von Großschadensstellen – geschlossen werden. G. B.

Rechts: Der vom THW zum Lichtfluter umgebaute Antennenträger im Einsatz auf dem Flughafen Tempelhof.





## Freunde und Förderer des THW Hamburg wurden ausgezeichnet

Ein Geburtstag ist nicht nur Anlaß, Rückblick auf das vergangene Jahr oder Ausblick auf das kommende Jahr zu halten, er sollte auch ein Tag sein, an dem man seinen Freunden und Förderern Dank für die gewährte Unterstützung sagt. Vor Vertretern des Bezirksamtes Hamburg-Harburg, der Polizeidirektion Süd, der Berufsfeuerwehr, der Freiwilligen Feuerwehr, der demokratischen Parteien und einiger Harburger Industrieunternehmen wurden zwei Freunde und Förderer des THW ausgezeichnet.



**Direktor Kurt Ehlers – dunkler Anzug – nimmt die Glückwünsche des LB Trautvetter, der ihm das THW-Helferzeichen in Gold überreichte, entgegen.**

Curt Ehlers, Verkaufsdirektor der Bavaria-St. Pauli-Brauerei, und Heinz Kusserow, Mitarbeiter im Bauamt Harburg, erhielten in einer Feierstunde im BV Hamburg-Harburg aus der Hand des LB Trautvetter das THW-Helferzeichen in Gold. Die Aus-



**Ein Förderer des THW wird ausgezeichnet: H. Kusserow, Mitarbeiter im Bauamt Hamburg – rechts im Bild –, erhält aus der Hand von LB Trautvetter Urkunde und THW-Helferzeichen in Gold.**

zeichnungen waren Dank und Anerkennung für die außergewöhnliche Unterstützung, die das THW Harburg in den zurückliegenden Jahren durch die beiden Herren erhielt. In seiner Verleihungsansprache dankte der Landesbeauftragte ihnen ganz besonders für ihre uneigennütige Hilfe, für ihre Aufgeschlossenheit gegenüber den Problemen der ehrenamtlichen, freiwilligen Helfer, sowie für das Interesse, das sie dem THW stets entgegengebracht haben. „Es gibt in der heutigen Zeit nur noch wenige, die sich so für unsere Organisation und für die Belange der Allgemeinheit einsetzen; unser aller Dank gebührt ihnen!“ Tr.

## Besuch aus Berlin

Der THW-Patenschaftsbezirksverband Tiergarten-Wedding, Berlin, war wieder einmal zu Besuch beim BV Hamburg-Mitte. Neben einem Besichtigungsprogramm standen Ausbildungsfragen und ein kleiner Vergleichswettkampf auf dem Programm. Nach der Ankunft in Hamburg fand ein Besuch bei einem Hamburger Original statt, dabei wurden die Berliner Kameraden auf die „Hamburger Szene“ eingeschworen.

Am nächsten Tag wurden Einrichtungen der Bundeswehr, ein Wasserwerk in Bergen und der Betrieb der Firma Berkefeld Filter in Celle besichtigt. Nach einem Besuch in der Niedersächsischen Landesfeuerwehrschule in Celle – dort fand gerade eine Vorführung modernster Löschfahrzeuge statt – ging es durch das Waldbrandgebiet Niedersachsen zur Dammbruchstelle am Elbe-Seiten-Kanal nach Erbstorf. Am Abend fand in einem Heidedorf ein besinnlicher Tagesausklang statt – mit viel Erfahrungsaustausch und persönlichen Gesprächen. Im Rahmen einer Ganztagsausbildung des BV Mitte wurde ein „Ausbildertausch“ vorgenommen, die Hamburger Helfer wurden von den Berliner Kameraden ausgebildet. Andere Berliner Führungskräfte nahmen an einem Vergleichswettkampf im Wasserdienst teil.

Ein Kameradschaftsabend beim BV Hamburg-Mitte, zu dem auch der Landesbeauftragte und sein Vertreter geladen waren, rundete den Besuch ab. Nach einem Abstecher zum



**Überwiegend heiter waren die Gesichter der THW-Helfer aus Berlin und aus Hamburg-Mitte, als sie sich auf dem Gelände der Feuerweherschule Celle zu einem Erinnerungsfoto stellten.**

Fischmarkt am Sonntagmorgen ging die Fahrt zurück nach Berlin. Die Gegeneinladung der Berliner wurde von den Kameraden des BV Hamburg-Mitte angenommen, auch wurde ein verstärkter brieflicher Kontakt vereinbart. H. K.

## Der Hamburger Einsatzleitwagen

In der Ausgabe 10/76 des ZS-MAGAZINS wurde ein kurzer Bericht über die Indienststellung des Leitungsfahrzeuges des LV-Hamburg veröffentlicht. Das dazu veröffentlichte Bild zeigte jedoch nicht das Leitungsfahrzeug, sondern die Einsatzgruppe des BV HH-Altona mit den neuen Kraffahrzeugen der E-Gruppe des I-Zuges.

Zur Richtigstellung wird hier der Leitungswagen (ELW) abgebildet. H. K.



**So sieht er aus: Der „richtige“ Einsatzleitwagen des THW LV-Hamburg. Die Aufnahme zeigt das Fahrzeug vor der Dienststelle des LB Hamburg.**



## THW half der Polizei

Die Abwasser-Öl-Gruppe des Instandsetzungszuges des BV Bremen-Neustadt wurde zu einem Hilfeinsatz bei der Polizei gerufen. Auf dem Gelände der Bremer Verkehrs-Bereitschaft war bei Ausschachtungsarbeiten für neue Öltanks eine NW-100-Wasserdruckleitung beschädigt worden. Das auslaufende Wasser hatte einen künstlichen See gebildet; die umliegenden Gebäude waren ohne Wasserversorgung. Nachdem das benötigte THW-Gerät, u. a. mehrere Elektrotauchpumpen, mit Hilfe eines LKW an den Einsatzort gebracht worden war, trafen auch ZF Oehlmann, THW-Geschäftsführer Jochmann und fünf Helfer auf dem Polizeigelände ein.

Alles weitere war fast Routinearbeit. Das Notstromaggregat wurde angeworfen, Schläuche verlegt und die Pumpen eingesetzt. Bereits nach fünf Minuten war das defekte Wasserrohr freigelegt und nach eineinhalb Stunden die gesamte Baggerkuhle, einschließlich eines 20 000-Ltr.-Tanks, gelenzt. Selbstverständlich wurde das Lenzwasser der Öltanks über einen Ölabscheider geschickt. Das



**Ein tiefes Loch hat das auslaufende Wasser in das Erdrreich gespült. Hier öffnet ein THW-Helfer den Verschluss eines 20 000-Liter-Öltanks, der ebenfalls freigespült wurde.**

Wasserrohr konnte danach behelfsmäßig von einem Angehörigen der Polizei geflickt werden. Die Beamten waren überrascht, welches technische Gerät das THW zur Verfügung hat, allerdings auch darüber, daß dieses Gerät so selten zum Einsatz kommt. Möglicherweise ergeben die zwanglosen Gespräche bei der Arbeit Ansatzpunkte für weitere Hilfeleistungen des THW. Außeror-



**Zwei THW-Helfer bedienen eine Elektrotauchpumpe, die nach einem Wasserrohrbruch eingesetzt wird.**

dentlich zeitraubend ist allerdings – wie schon oft bei einer schnellen technischen Hilfsleistung festgestellt – das Verladen des Gerätes auf den LKW. Dies wird sich aber wohl – hoffentlich – in naher Zukunft ändern, wenn die neuen I-Trupp-Fahrzeuge ausgeliefert werden. R. F.

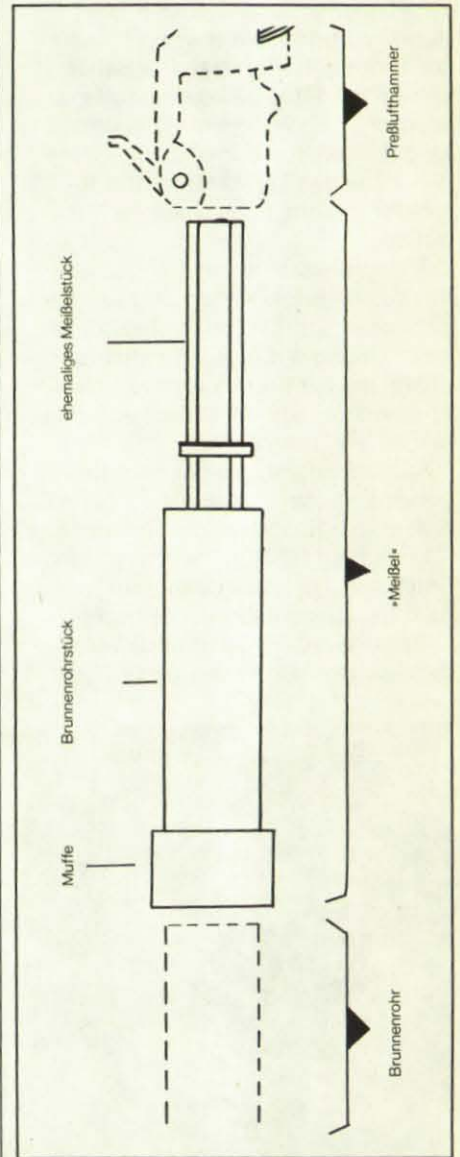
## Neue Wege beim Pumpenschlagen

Die harten Zeiten des Pumpenschlagens sind für die THW-Helfer vorbei, wenn sich eine vom BV-Bremen-Neustadt angewendete neue Methode bewährt, die es ermöglicht, innerhalb von 30 Minuten das zu schaffen, wozu sonst drei Stunden benötigt wurden. Durch den geschickten Einsatz eines Preßlufthammers wird dieser Effekt erreicht; die Helfer haben einen speziellen „Meißel“ gebaut (siehe Zeichnung), der über eine Muffe mit dem zu schlagenden Brunnenrohr verbunden wird.

Arbeitsgang: Mit einem Erdbohrgerät wird 2 Meter vorgebohrt und das vorbereitete Brunnenrohr (einschließlich Filter und schon vorhandenem 3 Meter Rohr) hineingesteckt. Danach wird der „Meißel“ mit dem Brunnenrohr verbunden und der Preßlufthammer angesetzt. Während ein Helfer den Hammer bedient, muß ein zweiter Helfer das Brunnenrohr festhalten. Die größten Bedenken bei der Erprobung galten dem Filter, es wurde befürchtet, daß dieser durch die Tätigkeit des Preßlufthammers reißen könnte. Es zeigte sich jedoch,

daß eine solche Befürchtung unbegründet war, denn an allen sechs im Verlaufe eines Vormittags geschlagenen Brunnen zeigten sich keine Defekte.

Diese neue Methode würde es im Katastrophenfall erlauben, innerhalb kürzester Zeit viele Notbrunnen zu schlagen. Hinzu kommt, daß dann nur 4 Helfer benötigt werden. R. F.



**So sieht der „Behelfsmeißel“ aus, der bei günstigen Bodenverhältnissen das Pumpenschlagen mit Hilfe eines Preßlufthammers erlaubt.**

### Anmerkung der Redaktion

Das vorstehend beschriebene Verfahren dürfte sich **nur** bei entsprechend günstigen Bodenverhältnissen (weicher Boden) anwenden lassen.



## Gemeinsame Wochenend- übung mit „Überraschungen“

Während einer Wochenendübung, die der THW-OV Gütersloh – zusammen mit dem Malteser-Hilfsdienst (MHD) – in der Senne veranstaltete, tauchte plötzlich ein britischer Soldat in einem Landrover auf und schrie, aufgeregt gestikulierend: „Help help, explosion,“ sprang dann nach kurzer Lagebeschreibung wieder in sein Fahrzeug und raste davon.

Die Hiobsbotschaft traf alle Helfer und selbst THW-Bereitschaftsführer Werner Huch völlig unvorbereitet. Eiligst wurden die im Gelände übenden Züge des THW alarmiert und rückten bereits nach wenigen Minuten ab.

Die Unglücksstelle bot ein Bild der Verwüstung. Ein Kettenfahrzeug der britischen Streitkräfte war während einer Übung auf einen Blindgänger gefahren; die Bombe war detoniert und hatte einige der übenden Soldaten verletzt bzw. getötet.

Die Druckwelle hatte die nächstliegenden Häuser zum Einsturz gebracht, die Soldaten, die sich in den Räumen aufgehalten hatten, waren unter den Trümmern begraben worden. Der diensthabende britische Offizier hatte THW und MHD verständigt, weil er wußte, daß diese Einhei-



Vorbereitung einer Trage zum Abseilen aus dem Obergeschoß eines Hauses.



Die herabgleitende Trage mit dem „Verletzten“ wird sorgfältig gesichert.

ten am Heimathof übten und deshalb schneller am Einsatzort sein konnten, als die Bundeswehreinheit aus Augustdorf.

Zunächst konnte niemand ahnen, daß es hier um eine Übung ging. Bei der Ankunft am Einsatzort mußten die Helfer von THW und MHD an einen Ernstfall glauben, zumal am Unglücksort mehrere britische Militärfahrzeuge parkten und bekannt war, daß auch die britischen Streitkräfte an diesem Wochenende übten. THW-OB Harald Bendisch, der zusammen mit dem Stadtbeauftragten des MHD, Horst Manneck, die Einsatzpläne für die Wochenend-Ausbildung ausgearbeitet hatte, erklärte den Zweck dieses für alle anderen Beteiligten unerwarteten Alarms: „Aus anderen Übungen haben wir die Erkenntnis gewonnen, daß bei Schadensfällen solchen Ausmaßes auch die Zusammenarbeit verschiedener Fachdienste reibungslos verlaufen muß. Aus diesem Grunde mußte die Situation so realistisch wie möglich aussehen. Wir wollten die Führungskräfte auf eine Bewährungsprobe stellen.“

Daß es auch diesmal kein Ernstfall war, machte den Einsatz für die Helfer allerdings keineswegs leichter; sie hatten die Aufgabe, die „Verletzten“ aus den Trümmern oder aus den oberen Stockwerken der Gebäude zu bergen, um sie dann zur weiteren Betreuung an den MHD zu übergeben. Hart gefordert wurden diejenigen, die normalerweise kein Blut sehen können. Bei den „Verletzten“ handelte es sich nämlich nicht um leblose Puppen oder um freundlich grinsende Kameraden, sondern um mit schmerzverzerrten Gesichtern laut schreiende Verletztendarsteller der britischen Streitkräfte. Sie waren

von einer Schminkegruppe nach Anweisung eines britischen Arztes vorher fachmännisch zurechtgemacht worden und wirkten dadurch sehr realistisch.

Gegen Abend war auch der letzte „Verletzte“ aus seiner unbequemen Lage befreit, man konnte wieder zum Standort im Lager Staumühle abrücken. Aber bereits um 22.00 Uhr wurde für den 1. Zug des THW und einen Teil des MHD wieder Alarm gegeben: Gasexplosion auf dem Heimathof. Wieder mußten zahlreiche „Verletzte“ geborgen und ärztlich versorgt werden. Um 24.00 Uhr wurde diese Übung mit dem 2. Zug des THW und der zweiten Gruppe der Malteser-Helfer wiederholt. Sonntags standen dann die praktische Ausbildung der



Immer wieder wird geübt: Helfer beim Bau eines Notsteges.

Helfer und eine Fahrerausbildung auf dem Dienstplan – danach erst konnten THW und MHD wieder zu ihren Unterkünften nach Gütersloh abrücken.

R. W.

## Katastrophenschutz-Übung: „Explosion“ in einem Kunststoffverarbeitungsbetrieb

Die Schlagzeilen einer Tageszeitung hätten Grauenhaftes vermuten lassen, wenn es sich nicht um die „Übungsannahme“ des Einsatzübungsplanes des örtlichen Katastrophenschutzes gehandelt hätte.



Um einen Katastropheneinsatz sämtlicher Essener Einsatzgruppen durchzuspielen, wurde eine Industrie-Explosion auf dem Gelände einer ehemaligen Zeche im Norden der Stadt angenommen. Mit dieser Übung war die Erprobung der Funktions- und Einsatzbereitschaft der Katastrophenschutzabwehrleitung, der technischen Einsatzleitung und der Katastrophenschutz-Einheiten beabsichtigt. Und das war die Lage an einem Samstag im November 1976: „Ein auf dem Industrie-Gelände in Essen-Dellwig angesiedelter Kunststoffverarbeitungsbetrieb wird mit hochexplosivem Vinylchlorid – einem verflüssigtem Gas – beliefert. Dieses Gas bildet, wenn es mit Luft in Berührung kommt, ein hochexplosives Gemisch. Der zeitliche Ablauf der Ereignisse: 8.15 Uhr: Anlieferung von 5000 Liter Vinylchlorid durch einen Tanklastzug. Betriebs- und



**Dichte Rauchwolken zeigen den anrückenden THW-Fahrzeugen den Weg zur Schadensstelle. Die Feuerwehr ist bereits im Einsatz.**

Werksangehörige sind zu dieser Zeit bereits vollzählig an ihren Arbeitsplätzen versammelt. Während des Einfüllvorgangs strömt – bedingt durch einen technischen Defekt am Einfüllstutzen der Tanks – Vinylchlorid in größeren Mengen aus. Das sich bildende hochexplosive Gas-Luftgemisch wird durch den herrschenden Nordwestwind auf das Verwaltungsgebäude zugetrieben. 8.17 Uhr: Die Betätigung eines elektrischen Türöffners am Verwaltungsgebäude löst die Zündung der Gaswolke aus. Es kommt zu einer heftigen Explosion mit Druckwelle und Stichflamme; durch den Flammenrückschlag zur Abfüllstelle explodiert der Tanklastzug. Diese Explosion hat den Totaleinsturz der Verwaltungsgebäude, der Rohstofflager, des Maschinenhauses, Versandbetriebes, der Fahrzeughalle und der Werkstatt zur Folge. Die teilbeschädigte Fabrikationshalle und

die Reste des Rohstofflagers stehen in Flammen.

8.19 Uhr: Bei der Hauptnachrichtenzentrale der Feuerwehr geht über Notruf der erste Anruf von Anwohnern mit Information über das Schadenereignis ein.

8.25 Uhr: Die ersten Einheiten der Feuerwehr treffen ein und beginnen mit der Schadensbekämpfung.

8.33 Uhr: Der diensthabende Wachabteilungsleiter der Feuerwehr informiert seinen Amtsleiter über das Ausmaß des Schadens. Daraufhin wird über das öffentliche Sirennetz Katastrophenalarm gegeben.

Der Maskenbildner des DRK mußte bei der Übung zunächst einmal die Verletztendarsteller entsprechend herrichten.

Nachdem sich sämtliche Fachdienste – Schutzpolizei, Bergungsdienst des THW, Sanitätsdienst ASB, JUH, MHD und DRK, Instandsetzungsdienst so-



**THW-Helfer bergen einen „Verletzten“, der seine Rolle – Schockzustand nach der Explosion – sehr realistisch spielt.**

wie die Kriminalpolizei – am Schadensort eingefunden hatten, begann die Bergung der „Verletzten“ und „Toten“ durch die Helfer des THW. Einzelne „Mimen“ des DRK brachten durch ihre Schockdarstellung manchen THW-Helfer sehr in Verlegenheit; manchmal konnte erst das erste Wort eines herbeigerufenen Arztes den „Schockzustand“ beenden. Trotz mancher Kritik, diese Übung mit den Einsätzen und Aktionen der Fachgruppen hat den Herren der „Führung“ sicher neue Erkenntnisse und Erfahrungen gebracht. „Aus den Fehlern wollen wir ja schließlich lernen“, sagte der Leiter des Essener



**Über eine steile Kellertreppe bergen die THW-Helfer den auf einer Trage liegenden „Verletzten“ aus den Trümmern einer Fabrikhalle.**

Katastrophenschutzes, der in solchen Übungen eine sinnvolle Verstärkung der Einsatzbereitschaft des Katastrophenschutzes sieht.

Bei der Übung, die von 8.30 Uhr bis 14.00 Uhr dauerte, wurden rund 600 Personen und 60 Fahrzeuge eingesetzt.

H. B.

### **THW-Vorführung auf Wasserfachlehrgang im BZS**

Das Lehrreferat im Bundesamt für Zivilschutz veranstaltet in Verbindung mit dem Bundesinnenministerium dreieinhalb-tägige Wasserfachlehrgänge. Hierbei werden mit den Vertretern von Behörden, insbesondere aber mit den mit diesem Sachgebiet befaßten Fachleuten der Bezirksregierungen, der Wasserwirtschaftsämter, der Ämter für Zivil- und Katastrophenschutz in den Städten und den Landkreisen sowie den Fachleuten der Wasserversorgungsunternehmen, aus Ingenieurbüros und Brunnenbau-betrieben die mit der Notstandswasserversorgung im Zusammenhang stehenden Probleme erörtert. In den Vorträgen und Diskussionen werden nicht nur Organisations- und Verwaltungsfragen, sondern auch technische Probleme behandelt. Die Besichtigung von Anlagen der überregionalen Wasserversorgung gehört ebenso zum Programm wie die praktische Vorführung von Notbrunnen im Stadtgebiet Bonn. Anlässlich des vom 19. bis 22. Oktober 1976 durchgeführten Lehrgangs demonstrierten zum ersten Male THW-Helfer des OV Siegburg vor Fachleuten aus der Wasserversorgung und des Katastrophenschutzes die Einsatzmöglichkeiten einer mobilen Berkefeld-Trinkwasseraufbereitungsanlage in Kombination mit Notbrunnen.

W. S.



## THW beim „Tag der offenen Tür“ in Vogelsang

Camp Vogelsang, der in der Nordeifel gelegene, unter belgischer Verwaltung stehende Truppenübungsplatz, hatte seinen großen Tag.

Vier NATO-Verbände aus Belgien, England, den Niederlanden und der Bundesrepublik zeigten in einer großen Schau ihre Waffen und technischen Geräte.

Auch dem THW Kreis Aachen war ein großer Ausstellungsplatz zur Verfügung gestellt worden. 260 Helfer und Führungskräfte aller Fachrichtungen konnten hier den rund 100 000 Besuchern die Geräte und Fahrzeuge des THW vorstellen.

Der THW-OV Eschweiler z. B. war mit dem 5. BZ/AC-(L) THW beteiligt, außerdem zeigte er Brückenmodelle und Rettungsaktionen von einem 8 m hohen Übungsturm.

Wenn, als besondere Attraktion, die Sauerstoffpflanze in Aktion gezeigt wurde, war der Stand immer wieder von vielen Besuchern umlagert.

Der 1. FMZ des OV Eschweiler vermittelte den Besuchern einen Überblick über die Nachrichtentechnik: Die Möglichkeiten reichen vom Funk über das Feldtelefon bis zu den Ferngesprächen über das öffentliche Netz der Bundespost.

Sicher hat dieser „Tag der offenen Tür“ einen nachhaltigen Eindruck von der Arbeit des THW vermittelt.

H.-W. B.

## Hoher Besuch beim Wuppertaler THW

Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher konnte seine heimliche Liebe zum Wuppertaler OV des THW nicht verleugnen.

Beim „Tag der offenen Tür“ in der Bergischen Metropole – die ja auch sein Wahlkreis ist – galt das erste „Guten Morgen“ des Ministers den Helfern des THW und ihrer Veranstaltung auf dem Rathausvorplatz.

Der Bundesaußenminister konnte allerdings nur von dem Kreis- und Ortsbeauftragten Dr. Schmidt – der auch Leiter des Katastrophenschutzamtes ist – und einigen Führungskräften des THW begrüßt werden; die Honoratioren der Stadt hatten zur gleichen Zeit andere Verpflichtungen.

Trotz eines umfangreichen Programmes hatte Minister Genscher es sich nicht nehmen lassen, die Veranstal-

tung des THW zu besuchen. Wie Tausende Wuppertaler Bürger beobachtete auch er die Bergungsübung des THW mit großem Interesse. Vom obersten Stockwerk des Rathauses wurden Verletztendarsteller – unter ihnen auch der Kreis- und Ortsbeauftragte des THW – mit Hilfe einer Seilbahn über etwa 25 Meter Höhenunterschied transportiert. Ein Kriechgang mit mehreren Hindernissen war danach die letzte Hürde für die Helfer, die den simulierten Verletzten-transport durchzuführen hatten. Die Verletzten wurden dem DRK zum Weitertransport übergeben.

Wie bei solchen Anlässen üblich, wurde auch an diesem „Tag der offenen Tür“ an die Besucher eine Erbsensuppe aus den Feldküchen angeboten. Leider reichten die Portionen nicht für alle, deshalb will man im nächsten Jahr – statt bisher drei Feldküchen – fünf Feldküchen einsetzen.

Der Reinerlös aus dem Feldküchenessen und dem Verkauf an den Basaren der freiwilligen Helferinnen betrug rund DM 3 500,-. Dieser Betrag wird – wie immer für einen guten Zweck – diesmal für spastisch gelähmte Kinder zur Verfügung gestellt.

U. O.

## Eine THW-Brücke für Schulkinder

„Über die Gefahren für die vielen Kinder, die täglich durch den starken Straßenverkehr zur Hauptschule in Kleve-Rindern müssen, wird seit langem gesprochen. Das Technische Hilfswerk aber handelte.“ So stand es in der Tageszeitung (NRZ) zu lesen, nachdem die Helfer des OV Kleve eine 15 Meter lange Holzbrücke gebaut hatten.

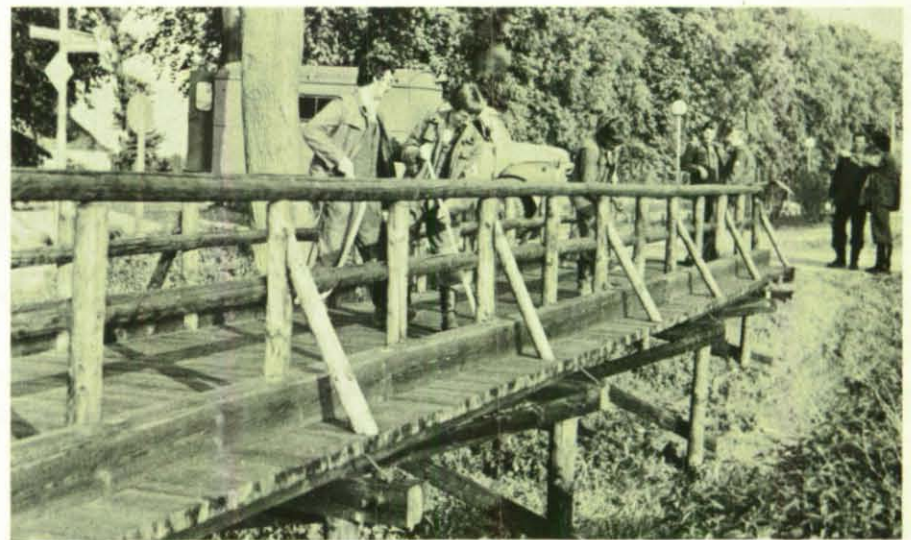
Nach der Fertigstellung der Hauptschule in Kleve-Rindern wurde festgestellt, daß die Kinder dieses Ortsteiles einen sehr gefährlichen Schulweg haben, der quer über eine stark befahrene Straße mit unübersichtlicher Kurve und einer engen Brücke führt. Um einen sicheren Schulweg zu schaffen, wurde deshalb parallel zur vorhandenen Straßenbrücke eine Holzbrücke errichtet, die über einen

daran anschließenden Fußweg die Kinder von der gefährlichen Straße fernhält.

Das THW baute an mehreren Abenden diese Holzbrücke. Wegen der ungünstigen Bodenverhältnisse mußten 5 Pfahljoche mit je 3 Pfählen gerammt werden; die übrige tragende Konstruktion wurde aus Kanthölzern hergestellt. Als Belag wurden Bohlen von 6,5 cm Stärke aufgebracht.

Für das Geländer mit Stütze und Handlauf wurden Rundhölzer verwendet. Nach einer ausreichenden Imprägnierung und Fertigstellung des anschließenden Fußweges durch die Stadtverwaltung Kleve konnte die Brücke zur Benutzung freigegeben werden. Sie garantiert nunmehr den Kindern für lange Zeit einen sicheren Schulweg.

P. F.



Abseits einer stark befahrenen Hauptverkehrsstraße gelangen die Kinder jetzt über die vom THW gebaute Brücke sicher zur Schule. Zur Brücke führt ein extra angelegter Fußweg.



## OV Wörrstadt baut Spielplatzgeräte

Eine ungewöhnliche Ladung wurde durch die Straßen von Wörrstadt nach Saulheim transportiert: Ein hölzerner Turm. Die Helfer vom OV Wörrstadt hatten in vielen freiwilligen und zusätzlichen Stunden Geräte für den Spielplatz in Saulheim gebaut. Unter anderem auch einen Turm, der später den Mittelpunkt eines Western-Forts bilden soll. Allerdings ließ sich der fünf Meter hohe und mit einer Plattform von 16 qm ausgestattete Koloß aus Rundhölzern und Brettern nicht durch die Bahnunterführung auf den Weg nach Saulheim bringen. Die findigen Helfer aber ersannen einen Ausweg.



**Der fünf Meter hohe Turm, den die THW-Helfer für einen „Western-Spielplatz“ gebaut hatten, mußte auf einem Tieflader über Nebenwege transportiert werden. Eine Eisenbahnunterführung war zu niedrig.**

Der Turm wurde auf einen Tieflader gehievt, den eine befreundete Firma zur Verfügung gestellt hatte – und über Feldwege unter Umgehung der Bahnunterführung zu seinem Standort gebracht. Unterwegs mußten allerdings einige Kabel der Straßenbeleuchtung sowie Fernsprechleitungen angehoben werden, weil sie – gemessen an der Höhe des Turmes – zu niedrig hingen.

Am Aufstellungsort hatten einige der beteiligten Helfer bereits Fundamente und Ankereisen vorbereitet; die Montage konnte daher zügig vonstatten gehen. Zwei ebenfalls vorgefertigte Indianerzelte sowie eine Wippe wurden ebenfalls aufgestellt. In Zusammenarbeit mit Saulheimer Ortsvereinen wurden in den folgenden Wochen die restlichen Geräte, die Palisaden des Forts, die Sandgrube und die Sitzgelegenheiten gebaut.

Bei der festlichen Übergabe bedankte sich ein Vertreter der Gemeindeverwaltung herzlich für die gelungene Arbeit, die dazu beigetragen hat, einen erheblichen Teil der für den Spielplatz eingeplanten Gelder für andere Zwecke zu nutzen.

## 2-Tage-Übung des OV Bitburg

Der THW-OV Bitburg führte mit rund 60 Helfern eine 2-Tage-Übung durch. Pünktlich um 8 Uhr am Samstag wurden die Fahrzeuge des Bergungszuges mit den erforderlichen Übungsgeräten beladen und mit den Helfern nach Gemünd an die Irsenbrücke in Marsch gesetzt. Nach dem Eintreffen wurde sofort mit dem Aufbau des Zeltlagers, einschließlich der Feldküche, begonnen.

Während ein Teil der Helfer mit dem Aufbau des Lagers beschäftigt war, begannen andere Helfer mit der Erstellung eines Chinasteges über die Irsen in einer Länge von ca. 20 m. Weitere Helfer waren eingesetzt, um einen Hänge- oder Seilsteg als Trümmersteg über Bunkerreste in einer Länge von ca. 25 m zu bauen. Pünktlich um 12 Uhr gab es für die Helfer aus der Feldküche eine sehr gute Erbsensuppe mit Einlage. Nach dem Mittagessen überreichte Geschäftsführer Franz Faß, Trier, im Beisein von KB und OB Hans Breitbach, an einige Helfer Helferauszeichnungen für langjährige Zugehörigkeit und Einsatzfreudigkeit im THW.

Nach dem Aufbau der Stege fand um 20 Uhr ein kameradschaftliches Beisammensein am Lagerfeuer – mit Spießbratenessen – statt. Nach dem Wecken am Sonntagmorgen gab die Feldküche zum Frühstück Bouillon und belegte Brote aus. Anschließend wurde eine Feldfernsprechleitung von Gemünd nach Übereisenbach – Länge ca. 5 km – gebaut.

Der gesamte Einsatz stand unter der Leitung von OB Hans Breitbach, dem stellvertretenden OB und Zugführer Anton Göbel und Einheitsführer Helmut Ernst.

Nach dem Mittagessen wurde am Sonntag gegen 14.30 Uhr mit dem Abbruch der Übungsanlage begonnen. Diese Arbeiten waren gegen 16 Uhr beendet; anschließend er-

folgte die Rückfahrt zur THW-Unterkunft in Bitburg.

Es kann gesagt werden, daß die Helfer des THW-OV Bitburg während der beiden Übungstage einen einwandfreien Einsatz gezeigt haben. H. B.

## Gemeinsame Übung des OV Hauenstein mit Feuerwehr und DRK

Eine eindrucksvolle Großübung, an der neben den einzelnen Ortsfeuerwehren der Verbandsgemeinde Hauenstein auch das DRK und das Technische Hilfswerk teilnahmen, rollte im Ortsteil Wilgartswiesen auf dem Gelände einer Schuhfabrik reibungslos ab.

Die Übungslage: „In den frühen Abendstunden ist in der Abteilung für die Absatzfabrikation der Firma ein Brand ausgebrochen. Die örtliche Feuerwehr wird sofort über Sirene alarmiert. Ihr Wehrführer stellt am Brandort fest, daß eine durch das Feuer ausgelöste Explosion Teile der Fabrik zum Einsturz gebracht hat und die ihm zur Verfügung stehenden Kräfte und Geräte nicht ausreichen. Sofort wird die Gemeindeverwaltung und von dieser weitere Feuerwehren, das DRK und das THW alarmiert. Trotz der erheblichen Entfernungen zwischen den einzelnen Ortsteilen treffen die Hilfsmannschaften in verhältnismäßig kurzer Zeit ein. Erkundung und Erkundigungen ergeben, daß sich von den zur Zeit der Explosion in dem betroffenen Fabrikteil befindlichen 40 Personen noch zehn in dem brennenden Gebäude befinden müssen.“

Während die Feuerwehren zur Brandbekämpfung eingesetzt werden, erhält der THW-Bergungszug den Auftrag, die von Trümmern und Feuer Eingeschlossenen zu bergen und das Betriebsgelände auszuleuchten, da der Strom ausgefallen ist.

Nur unter Atemschutz gelingt es den THW-Männern, sich den „Eingeschlossenen“ zu nähern. Mittels Leiterhebel und Seilbahn werden sie aus den Fernstern des oberen Stockwerkes geborgen und dem DRK zur Ersten Hilfe und Transport in die Krankenhäuser übergeben.

Diese Übung zeigte, daß örtliche Schwierigkeiten, wie sie bei den z. T. sehr weit auseinander liegenden Verbandsgemeinden gegeben



sind, etwa die durch die langen Anmarschwege bedingten Zeitverluste, nur durch eine reibungslose Zusammenarbeit der verschiedenen Hilfsorganisationen wettgemacht werden können.

Die Manöverkritik bestätigte, daß in Hauenstein die Zusammenarbeit ohne jedes Konkurrenzdenken vorbildlich ist. W. L.

### Zwei THW Ortsverbände als Millionäre

Nicht von Geld ist hier die Rede, sondern von Millionen Litern Trinkwasser, die von THW-Helfern in die von Wassermangel betroffenen Orte transportiert wurden. Die Folge der sommerlichen Dürreperiode hat sich in besonders ungünstigen Lagen teilweise erst nach der Trockenheit ausgewirkt und dauerte in einigen Gemeinden bis spät in den Herbst hinein an.

Die Helfer des OV Bad Neuenahr-Ahrweiler, sie wurden von Helfern und Fahrzeugen der OVe Sinzig, Mayen und Koblenz sowie der Katastrophenschutzschule des Bundes unterstützt, versorgten etwa vier Wochen lang 16 Ortsteile der Verbandsgemeinden Adenau und Altenahr mit 1,26 Millionen Litern des kostbaren Naßes. 22 Helfer mit bis zu sieben Lastwagen waren dabei eingesetzt und leisteten mehrfach 10 bis 12 Einsatzstunden am Tag.



Die beteiligten Helfer aus THW und Feuerwehr waren von Landrat Dr. Stollenwerk zu einer Feierstunde eingeladen worden. In der ersten Reihe Dr. Stollenwerk – 2. von rechts –, Schulleiter Dr. Lorenz – 4. von rechts – und LB Drogies – 5. von rechts.

Zu einer besonderen Feierstunde hatte Landrat Dr. Stollenwerk die – an gleichlaufenden Aktionen in anderen Gemeinden beteiligten – Feuerwehrmänner und die eingesetzten THW-Helfer geladen. In seiner Ansprache brachte er den Dank des Kreises und seiner Bevölkerung zum Ausdruck, die den Eindruck erhielten, daß sie sich auf die Hilfskräfte des Katastrophenschutzes hätten verlassen können. Der Landrat verlas außerdem ein Dankschreiben von Innenminister Heinz Schwarz. Auch Landesbeauftragter Siegfried Drogies sprach „allen Helfern, gleich welcher Couleur“ seine Anerkennung aus. Bei dieser Gelegenheit überreichte er dem THW-Einsatzleiter dieser Aktion, Zugführer Claus von

Döhren, für seine in 21 Jahren erworbenen Verdienste um den Aufbau des OV Ahrweiler und als aktiver Zugführer das Helferzeichen in Gold mit Kranz.

Ein Imbiß und ein Umtrunk mit Ahrwein, der durch den Wassermangel nicht gelitten hat, bildeten den Rahmen der kleinen Feierstunde. Der THW-OV Alzey versorgte in diesem Sommer, zeitweise unterstützt durch Fahrer des OV Wörrstadt und einen LKW des Landesverbandes, die Gemeinden Mölsheim und Heimersheim, in denen die Brunnen nur noch einen Bruchteil des benötigten Wassers förderten, mit Trinkwasser. Die Bereitschaft zur Hilfe und das Organisationsvermögen von OB und THW-Helfern zeigte sich nicht nur bei der Beschaffung von Tanks, beim Einsatz von zeitweise fünf Fahrzeugen, sowie bei der Einteilung und rechtzeitigen Ablösung der Fahrer; sie brachten dem THW auch Anerkennung durch die Kreisverwaltung, die spontan eine TS 8 anschaffte und sie unter der Bedingung zur Verfügung stellte, daß sie nur für Trinkwasser benutzt werden dürfe. Ein Hänger, auf dem die TS 8 verlastet war, wurde ebenfalls von der Kreisverwaltung gestellt. Der Notstand in Heimersheim dauerte von Ende Juni bis Ende November an. Auch die Bürger bedankten sich anläßlich des hergeführten millionsten Liters Wasser – aus Wassermangel mit einem Glas Sekt. Sch.

## Hessen



### Ereignisreicher Tag für die Helfer des OV Friedberg

Als an einem Samstag, mittags um 12.30 Uhr, nach zweijähriger Pause in Friedberg die Sirenen heulten, glaubte ein Großteil der Bevölkerung zunächst, es handele sich um einen Übungsalarm im Rahmen der Brandschutzwoche.

Doch es war ein Ernstfall, über Friedberg-Fauerbach sah man schwarze Rauchwolken aufsteigen, als in der Grundschule in Fauerbach ein Großbrand den Dachstuhl des Gebäudes total zerstörte. Zum Glück war der Unterricht bereits beendet, so daß es keine Verletzten gab.

Die Pumpengruppe des OV Friedberg, die sich in der Unterkunft zusam-

mengefunden hatte, wollte eigentlich zu einer Übung nach Bad Vilbel. Als jedoch die Sirenen zu hören waren, gab GF Karlheinz Köhler über Funk der Leitstelle bekannt, daß die Pumpengruppe einsatzbereit in der Unterkunft zur Verfügung stehe. Der Kreisbrandinspektor des Wetteraukreises, der das Gespräch mithörte, forderte sofort das THW für die Verkehrsregelung an. Mit dem Kombi waren die Helfer in kurzer Zeit am Einsatzort, wo sie den Verkehr über Seitenstraßen umleiten mußten, da der Brandherd direkt an der Bundesstraße 275 lag. Eine Stunde später konnten sie die Verkehrsregelung an die Polizei abgeben.

Dann allerdings mußten sich die Helfer beeilen, um noch rechtzeitig nach Bad Vilbel zu kommen. Es wurde

im Rahmen der Übung angenommen, ein Flugzeug unbekannter Größe sei beim Anflug auf den Frankfurter Flughafen im Stadtgebiet von Vilbel abgestürzt. Die Gruppe des THW hatte die Aufgabe, Wasser aus der Nidda mit Hilfe einer TS 20/3 in den Burggraben zu fördern, von wo aus die eingesetzte Feuerwehr ihr Wasser entnahm. Die TS hatte an einem Schräghang am Fluß ihren Standplatz und mußte deshalb mittels Halteleinen gesichert werden. Doch bereits nach kurzer Zeit konnte das Wasser umgepumpt werden.

Am Abend feierten die Helfer mit dem Bad Nauheimer Angelsportverein; diese Einladung war der Dank für eine THW-Hilfeleistung im Sommer. K.-H. H.



## OV Ludweiler mehrmals im Einsatz

Infolge der anhaltenden Trockenheit entstand zwischen Wehrden und Ludweiler ein Waldbrand, der sich rasch ausdehnte. Als Katastrophenalarm gegeben wurde, war innerhalb von 25 Minuten unter der Leitung von OB Knoblauch auch ein kompletter THW-Bergungszug mit 4 Fahrzeugen am Einsatzort. Gemeinsam mit der Feuerwehr und der Polizei, die 3 Wasserwerfer eingesetzt hatte, gelang es, in ca. 2 Stunden den Brand zu löschen. Hierbei muß das gute Zusammenwirken aller Kräfte besonders hervorgehoben werden.



**Waldbrandbekämpfung: THW und Feuerwehr gemeinsam im Einsatz.**

Wenige Tager später kam der OV Ludweiler erneut mehrmals zum Einsatz, als nach wolkenbruchartigen Regenfällen die Kanalisation die Wassermengen nicht mehr aufnehmen konnte und mehrere Keller an tiefergelegenen Straßenstellen überflutet wurden. Auch hier wurden die Einsätze gemeinsam mit der Feuerwehr durchgeführt. G. F.

## THW-OV Obermosel informiert

„Helfen wollen ist gut – Helfen können ist besser – Helfen will gelernt sein“, unter diesem Motto veranstaltete der OV Obermosel des THW einen „Tag der offenen Tür“. Man wollte der breiten Öffentlichkeit den Gesamtbereich der Hilfsmöglichkeiten des THW darlegen. Im Schulungsraum der Unterkunft wurden ständig Filme aus allen Bereichen des THW und ein von Helfern des OV gedrehter Film über einen mehrtägigen Einsatz auf dem Binnenschiff „San Pedro“ (ZS-MAGAZIN 7/76) sowie eine Tonbildschau des THW-OV Obermosel gezeigt. Außerdem konnten die anderen Räumlichkeiten der Unterkunft besichtigt werden.

Auf dem angrenzenden Übungs Gelände war neben mehreren Übungsobjekten auch eine kleine Seilbahn erstellt worden, die von den jugendlichen Besuchern sofort in Betrieb genommen wurde. Eine Fahrzeug- und Geräteschau ergänzte die Ausstellung.

Besonders überrascht waren die Aussteller über das große Interesse der Jugend.

Auch das Eintopfessen, welches gegen einen geringen Unkostenbeitrag ausgegeben wurde, fand, zur Freude der Köche, bei den Besuchern volle Anerkennung.

LB Reimann, der zusammen mit Bürgermeister Langel und anderen Gästen aus dem öffentlichen Leben und dem THW die Ausstellung besuchte, beglückwünschte den Stellvert. OB Dörr sowie die beteiligten Helferinnen und Helfer des OV Obermosel zu der gelungenen Veranstaltung.

Die Ausstellung hat wesentlich dazu beigetragen, über die Aufgaben und

Ziele eines der jüngsten OV des THW-LV Saarland zu unterrichten und ihm neue Freunde und Helfer zu gewinnen. G. F.

## Einsatz bei Großbrand

Ein Brand in einer Großschreinerei, der auch das dem Betrieb angegliederte Sägewerk bedrohte, machte den Einsatz mehrerer Löschzüge erforderlich. Auch der THW-OV Neunkirchen wurde alarmiert. Es war notwendig, den Schadensort auszuleuchten. Hierzu setzte der OV eine Bergungsgruppe ein. Mit Hilfe einer Flutlichtanlage, eines Beleuchtungssatzes und der dazu erforderlichen Notstromanlage erfüllten die THW-Helfer ihre Aufgabe.

Bei diesem Einsatz, der sich über zehn Stunden Dauer bis zum frühen Morgen ausdehnte, wurden die THW-Helfer unter der Leitung des stellvertretenden OB M. Klein auch bei Aufräumarbeiten eingesetzt. G. F.

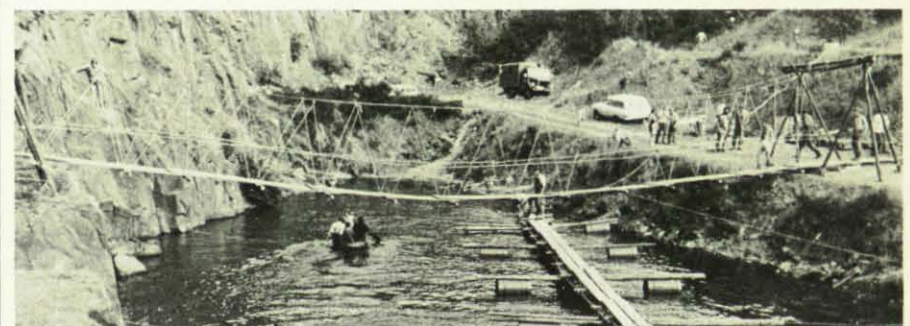
## KatS-Übung am Wochenende

Drei Tage dauerte eine Wochenendübung des OV St. Wendel; ein kompletter Bergungszug unter der Leitung von Zugführer G. Roth rückte an einem Freitag zu einem Biwak aus. In einem ehemaligen Steinbruch zwischen Grügelborn und Reitscheid, in dem sich ein ca. 1000 qm großer Weiher befindet, waren, zusammen mit bis zu 30 m hohen Steilwänden, ideale Voraussetzungen für eine Bergungsübung gegeben.

Der Schwerpunkt der Übung lag, entsprechend den örtlichen Gegebenheiten, dann auch beim Bau einer Seilbahn zur Bergung aus Höhen, beim Bau verschiedener Stege und

in der behelfsmäßigen Überwindung von Gewässern. Hierzu wurde eine Tonnenfähre, eine Schlauchfähre aus Autoreifen und eine Fähre aus Wannen gebaut. Die verschiedenen Arten von Pumpen, die zur THW-Ausstattung gehören, kamen zum Einsatz.

Ministerialdirektor Schmitz, der in Vertretung des saarländischen Innenministers an der Übung teilnahm, zeigte sich befriedigt über die Leistungsstärke der Helfer des OV St. Wendel und dankte dem THW-Geschäftsführer, Haßdenteufel, Zugführer Roth und allen Helfern für die gute Arbeit. G. F.



**Der ehemalige Steinbruch bot für die THW-Helfer geradezu ideale Übungsbedingungen.**



## Katastrophenschutzübung des Ortenaukreises

### Ausfall der Wasserversorgung am Sohlberg

Das Katastrophenschutzamt des Landratsamtes Ortenaukreis veranstaltete im Raum Ottenhöfen – Unterwasser – Heidenbach – Sohlberg eine Übung des erweiterten Katastrophenschutzes. Hierbei ging es um die Erprobung der praktischen Zusammenarbeit der Fachbereiche Führungsdienst, Versorgungsdienst, Brandschutzdienst und Fernmeldedienst. Ebenfalls sollte der Ausbildungsstand dieser Gruppen überprüft werden.

An einem Samstag, pünktlich um 9 Uhr, versammelten sich alle Gruppen – ca. 120 Mann mit 30 Fahrzeugen – an der Säge im Ortsteil Unterwasser. Der Vertreter des Katastrophenschutzdienstes des Landratsamtes, Schanze, begrüßte die Helfer und zahlreiche Vertreter der Behörden – unter ihnen Bundesabgeordneter Dr. Hugo Hauser – und des öffentlichen Lebens.

Als Aufgabenstellung für diese Übung sollte angenommen werden, daß auf dem Sohlberg die Wasserversorgung ausfiel. Vom Unterwasserbach Ottenhöfen an der alten Mühle mußte Wasser auf den Sohlberg gepumpt werden, welches bei der Jugendherberge durch den THW-OV Renchen mit Hilfe einer Wasseraufbereitungsanlage zu Trinkwasser aufbereitet werden sollte. Die Feuerwehr-Gruppen bewältigten innerhalb kurzer Zeit die ihnen gestellte Aufgabe mittels Tanklöschfahrzeugen und Tragkraftspritzen. Die Hauptschwierigkeit war die Überwindung des Höhenunterschiedes von 400 Metern – die Jugendherberge auf dem Sohlberg liegt 760 m ü. d. M. –; insgesamt mußten elf Pumpen eingesetzt werden.

Die Verständigung zu den Zwischenpumpstationen entlang der Förderstrecke am Heidenbach wurde mit Hilfe der Handfunksprechgeräte des Fernmeldezuges Offenburg sichergestellt.

Die Verpflegung aller Übungsteilnehmer hatte der Verpflegungstrupp des THW-OV Achern übernommen. Ein Krankentransportwagen des

1. Sanitätszuges Offenburg stand während der ganzen Übungszeit für evtl. auftretende Unfälle in Bereitschaft. Das Ergebnis zeigte, daß alle Abteilungen sehr gut zusammenarbeiteten.

Gegen 16 Uhr wurde die Übung beendet; Stellvertretender Kreisbrandmeister Glaser, Freiwillige Feuerwehr Achern, betonte bei der Schlußbesprechung, es habe sich nicht nur um eine Schauübung gehandelt, sondern um eine ernstzunehmende Katastrophenschutzübung, bei welcher der Ausbildungsstand geprüft wurde und Mängel erkannt worden seien, die zu beseitigen sind. Eine Trinkprobe am Schluß der Übung zeigte die Zufriedenheit aller Beteiligten und Gäste über das angebotene, medizinisch einwandfrei aufbereitete Trinkwasser. H. Z.

### Neuer THW-OV gegründet

Im Gebiet von Göppingen und Geislingen wurde jetzt der dritte THW-OV gegründet; der bisherige THW-Stützpunkt Gruibingen erhielt seine Selbstständigkeit.

Neuer Ortsbeauftragter wurde Walter Kuhn, Bürgermeister von Gruibingen. Bei der Gründungsfeier erklärte der THW-Landesbeauftragte, er hoffe, daß der neue OV in absehbarer Zeit eine mit anderen Ortsverbänden vergleichbare Ausrüstung erhalten könne. MdB Dr. Wörmer unterstrich in seinem Grußwort die gute Zusammenarbeit zwischen der örtlichen Feuerwehr und dem THW.

OB Kuhn dankte dem Gemeinderat für die Unterstützung und den örtlichen Vereinen für die Mithilfe und Mitwirkung bei der Gestaltung der Feier. Vier verdiente Helfer wurden für ihre 10jährige Mitgliedschaft im THW geehrt.

Im Zusammenhang mit der Gründungsfeier wurde ein „Tag der offenen Tür“ veranstaltet. Das THW zeigte seine Geräte; von den Helfern wurden Übungen aus dem Bergungsbereich vorgeführt.

Hierbei fand der Einsatz der Sauerstoffpflanze das größte Interesse des Publikums. H. H.

## Katastrophen-Einsatzübung: Erdbeben!

Eine großangelegte Übung im Kreis Ludwigsburg gab dem noch jungen THW-Ortsverband Besigheim Gelegenheit, seine Fähigkeiten zu beweisen. Angenommen wurde, daß ein Erdbeben den Kreis Ludwigsburg verwüstet habe. An dieser Katastrophenübung waren die Feuerwehr, das Rote Kreuz, der Malteser Hilfsdienst, das Technische Hilfswerk und die Polizei sowie Schiedsrichter und Beobachter des Kreises beteiligt.

An einem Samstag wurde morgens um 5.30 Uhr das Rote Kreuz alarmiert und beauftragt, in Schwieberdingen eine Verpflegungsstelle zu errichten. Auf der Gerlinger Heide sollte das DRK außerdem nach Vermißten suchen. Die Übung erstreckte sich fast über das gesamte Kreisgebiet. Die Feuerwehr von Schwieberdingen wurde nach Ditzingen gerufen; unterwegs hielten eine „zerstörte Brücke“ und „brennende Fahrzeuge“ im Fließchen unter der Brücke den Marsch auf. Kaum in Ditzingen angekommen, kam bereits der nächste Marschbefehl: Einsatzort Vaihingen an der Enz.

Der THW-Ortsverband Besigheim wurde am frühen Morgen zur Katastrophenschutzausbildungsstätte in Ludwigsburg-Grünbühl gerufen und beauftragt, dort ein Feldlazarett und in Schönbühlhof eine technische Überprüfungsstelle einzurichten. Fast alle Ortsveränderungen erfolgten im Mot-Marsch; dabei mußte der Funkkontakt untereinander und zur Einsatzleitung aufrechterhalten werden. Entsprechend viel Betrieb gab es auf den Straßen des Kreises und auf den Funkkanälen.

Am Nachmittag richtete ein „Nachbeben“ in Vaihingen-Roßwag schwere Schäden an, alle Einheiten wurden dorthin dirigiert. Ein Steinbruch diente als Übungsgelände, das beim Eintreffen der Hilfskräfte bereits im Dunkel lag. Auf der Sohle des Steinbruchs mußte die Feuerwehr zunächst eine Barrikade aus brennenden Fahrzeugen überwinden bzw. löschen. Auf der ersten Stufe des Steinbruchs waren THW-Helfer eingesetzt, um die auf der zweiten Stufe



liegenden Verletzten zu bergen. Dabei wurden sie durch THW-Helfer auf der dritten Stufe unterstützt. Übungsaufgabe: Das Bergen von Personen mit Hilfe eines Leiterhebels. Feuerchein und Scheinwerfer beleuchteten das unwegsame und gefährliche Gelände. Die Helfer mußten vorsichtig zu Werke gehen und alle Fähigkeiten einsetzen, um die ihnen gestellten Aufgaben zu meistern. Als die Übung gegen Mitternacht beendet wurde, war vielen Helfern klar, daß Katastrophenschutz im Ernstfalle doch mehr ist als nur ein Geländespiel. Gerade deshalb aber sind solche gemeinsamen Übungen verschiedener Fachdienste und Ortsverbände dringend erforderlich. Die Helfer selbst waren der Ansicht, sie hätten sich bei dieser Übung gegenseitig besser kennengelernt – trotz der Plackerei befriedigte doch, seine Fähigkeiten einmal unter einsatzmäßigen Bedingungen zu erproben.

In der Praxis lerne man eben doch am besten, wie etwas funktioniert oder funktionieren soll, zum Beispiel der Leiterhebel. K. J. K.

### **Jahresübung des OV Donaueschingen**

Rund 120 Helfer aus den THW-Ortsverbänden Villingen-Schwenningen, Tuttlingen, Rottweil, Laufenburg/Rhein, Riedlingen/Donau und dem gastgebenden OV Donaueschingen nahmen an der traditionellen Jahresübung teil.

Seit 1970 findet diese Gemeinschaftsübung regelmäßig statt und erfreut sich großer Beliebtheit unter den Helfern. Sie ist mit einem sportlichen Wettbewerb verbunden und erhält dadurch einen besonderen Anreiz. Jeweils 6 Helfer bilden eine Wettkampfgruppe.

Die Teilnehmer müssen zunächst aus Behelfspontons unter Zuhilfenahme von Stangen und Bindeleinen ein Floß zusammenbauen. Dieses Fahrzeug wird – selbstverständlich alles unter genauer Zeitkontrolle – zu Wasser gelassen und fährt dann insgesamt vier Stationen an, wo Tätigkeiten mit Bindeleinen, Stiche und Bunde, Holz- und Metallarbeiten, der Bau eines Mastkran-Auslegers (Derrick) und eines Dreibockes und die Versorgung von Verletzten (Erste Hilfe) zu erledigen sind. Der Donau-

eschinger Baggersee bietet alle Voraussetzungen für eine solche THW-Übung.

Jeweils 2 Schiedsrichter begutachten die durchgeführten Tätigkeiten und vergeben ihre Punkte; Zeitnehmer halten die insgesamt benötigte Zeit für das Fahren auf dem Wasser und die Durchführung der Übungsaufgaben fest.

Da die Auswertung einige Zeit in Anspruch nimmt, bauen die Helfer in dieser Zeit als Abschluß einen Ponton-Behelfssteg.

Die zu erledigenden Aufgaben werden erst unmittelbar vor Übungsbeginn bekanntgegeben, um allen Helfern gleiche Chancen einzuräumen. Mit klarem Punkte-Vorsprung siegte auch in diesem Jahr wieder der OV Riedlingen vor Laufenburg, Tuttlingen, der Jugendgruppe Rottweil, Rottweil II und Villingen-Schwenningen. Der Orts- und Kreisbeauftragte, Architekt Werner Birkenmeier, überreichte dem OB Bäurle aus Riedlingen den Wanderpokal. Wenn es den Riedlinger Helfern auch im nächsten Jahr gelingt, wieder den Sieg zu erringen, bleibt der Wanderpokal entgeltlich in Riedlingen. Auch die anderen Teilnehmer erhielten Preise.

Gemeinsam wurde das von Helfern des OV Donaueschingen auf dem Feldkochherd zubereitete Mittagessen eingenommen. Anschließend verabschiedeten sich die THW-Helfer der anderen Ortsverbände mit dem Vorschlag, im kommenden Jahr wieder dabeizusein. W. B.

### **Erfolgskontrolle – einmal anders**

#### **THW-Wanderpokal im Rems-Murr-Kreis**

Im Jahre 1976 wurde zum zweiten Male der Wettkampf um den vom Kreisbeauftragten für den Rems-Murr-Kreis gestifteten Wanderpokal für das THW ausgetragen. An diesem Wettkampf nehmen jeweils die besten Gruppen der im Kreisgebiet stationierten THW-Züge teil. Jede Wettkampfgruppe besteht aus drei Unterführern, einem Fahrer und sieben Helfern.

Geprüft werden die theoretischen und praktischen Kenntnisse und Fähigkeiten in verschiedenen Sachgebieten:

● Helfer: Grundausbildungsstufe I mit Gerätekunde, Holz- und Steinbearbeitung, Behelfsmeßverfahren, Wasserdienst und Unfallverhütung; Grundlagen und Aufbau des THW und des Katastrophenschutzes. Zusätzlich werden die Helfer auch in Zweitfunktionen, z. B. Funker, Sanitäter oder Sonderausbildungen, geprüft.

● Unterführer: Führungswesen, Führungszeichen, Kartenkunde, Bewegungen im Marsch und am Einsatzort.

● Fahrer: StVO, technische Kraftfahrzeugkunde, praktische Erprobung beim Fahren über einen vorbereiteten Parcours, Pannenhilfe.

Die Fragen werden den Helfern von der gesamten Gruppe gestellt; damit soll ein gewisser „Mittlerneffekt“ erzielt werden. Alle Beteiligten sollen unter etwa gleichen Bedingungen ihre Leistungen messen. Die Prüfer sind in der Regel Führer aus anderen Ortsverbänden oder Lehrer der Landesschule THW. Als Oberschiedsrichter fungiert der KatS-Sachbearbeiter im Stab des HVB.

Die Wettkämpfe werden an verschiedenen Orten im Kreisgebiet durchgeführt. So wird den beteiligten Ortsverbänden Gelegenheit geboten, in der Öffentlichkeit aufzutreten und das THW und seine Aufgaben bekannt zu machen.

Der Wanderpokal und die Ehrenurkunde, auf Pergamentpapier in altdeutscher Schrift, – jede teilnehmende Gruppe erhält eine solche Urkunde –, sind sicher ein Anreiz, einen solchen Wettkampf durchzuführen zu lassen. Die Bürgermeister der beteiligten Städte und Gemeinden lassen es sich nicht nehmen, außerdem besondere Ehrenpreise – z. B. zur Verschönerung der THW-Unterkünfte – zu stiften.

Der erste Wettkampf, der in kameradschaftlicher Atmosphäre zwischen THW-Gruppen aus Backnang und Schorndorf ausgetragen wurde, hat erkennen lassen, wie gut der Ausbildungsstand der Helfer ist. Für die Fragen und praktischen Übungen wurde ein Bewertungssystem entwickelt, nach welchem je Wettkampfübung zwischen 0 und 5 Punkte vergeben werden können. Die bisher beste Gruppe erreichte die stattliche Anzahl von 839 Punkten. W. W.



## Alarmübung des THW-OV Neu-Ulm

Am 16. 11. 1976 wurde beim OV Neu-Ulm eine von Zugführer G. Pfeifer vorbereitete Alarmübung durchgeführt. Gruppenführer und Helfer waren über Zeit und Art der Übung vorher nicht informiert.

Punkt 18.00 Uhr alarmierte der Zugführer von der Unterkunft aus alle telefonisch erreichbaren Gruppenführer und Helfer. Bereits fünf Minuten nach dem ersten Alarmruf trafen die ersten Helfer in der Unterkunft ein und wurden in ihre Aufgaben eingewiesen. Kipper und MKWs wurden mit Gerät beladen und die Abmarschbereitschaft hergestellt. Das Zusammenrufen der Helfer dauerte 30 Minuten. Um 19.20 Uhr verließ der Bergungszug die Unterkunft, 15 Minuten später war die Einsatzstelle, ein altes Kieswerk, erreicht. Hier mußten vorbereitete Puppen und „Verletzte“ aus den oberen Stockwerken von Gebäuden, aus Kiessilos und aus

einem brennenden Nebengebäude unter Einsatz von schwerem Atemschutz geborgen werden.

Der Ablauf der Übung wurde durch neblig-feuchtes Wetter und völlige Dunkelheit erschwert. Ein Teil der Helfer begann sofort nach Erreichen der Einsatzstelle im Licht der Handscheinwerfer mit der Erkundung des Gebäudes, andere Teile des Zuges übernahmen die Wasserversorgung für die Löschgruppen. Gleichzeitig wurden Notstromaggregate und Scheinwerfer zur Ausleuchtung der Einsatzstelle aufgebaut.

Die Bergung im Kieswerk gestaltete sich äußerst schwierig, da sämtliche Treppen im Gebäude abgebaut waren, die Dachplattform war überall durchlöchert, was die besondere Vorsicht von Gruppenführern und Helfern erforderte. Um 21.00 Uhr war der letzte „Verletzte“ geborgen; nach Abbau und Verlastung des eingesetzten Gerätes wurde die Rückkehr zur Unterkunft befohlen, die

Übung war um 22.45 Uhr beendet. Abschließend kann gesagt werden, daß Übungen dieser Art besonders geeignet sind, die Ausbildung sowohl der Führungskräfte als auch der Helfer zu ergänzen und noch vorhandene Mängel aufzuzeigen.

H. St.

## Füssener THW beweist Bürgersinn

In den vergangenen 40 Jahren waren am Bahnhofsgebäude in Füssen keine größeren Reparaturen mehr durchgeführt worden. Die Zeichen des Verfalls zeigten sich überall, der Güterschuppen sah kaum besser aus. Dieser Zustand, der sicher nicht zur Förderung des Fremdenverkehrs in diesem herrlichen Teil des Allgäus beiträgt, war für den Kur- und Verkehrsverein Anlaß, eine „Bürgerinitiative“ ins Leben zu rufen, die hier Abhilfe schaffen sollte.

Bürger der Stadt Füssen, Firmen und THW arbeiteten beispielhaft zusammen. Der OV Füssen übernahm das Einrüsten der Gebäude, setzte Gerüste um, baute Schutzgerüste, für die Zimmerer und Spengler, strich die Fassaden und baute zu guter Letzt die Gerüste ab.

Die Stadt Füssen und der Kur- und Verkehrsverein sprachen den Helfern des THW unter ihrem Ortsbeauftragten Ludwig Günther für die Mithilfe ihren herzlichen Dank aus. Sche.

## Im Wettlauf mit der Zeit

Der Einsatz zahlreicher Helfer mit umfangreichem Gerät war vergeblich.

Nach einem dramatischen Wettlauf mit der Zeit konnten die Männer der Feuerwehr und des THW-OV Passau drei Bauarbeiter, die beim Bau einer Kläranlage in Untergriesbach, Landkreis Passau, verschüttet wurden, nur noch tot bergen.

Meterdicker frischer Beton und ein Gewirr von Baustahl und Holz behinderten die Rettungsarbeiten so stark, daß es den Helfern erst nach sieben-einhalb Stunden gelang, sich zu den Verschütteten vorzuarbeiten. Sche.



Im Scheinwerferlicht arbeiten die Helfer – teilweise unter Einsatz von schwerem Atemgerät – an der Bergung von „Verletzten“.





Nach 15jähriger Tätigkeit im Warnamt VI wurde Warnamtsleiter Rudolf Peterek verabschiedet. Neben ihm der Präsident des BZS, Dr. Kolb, und Dr. Reß, THW-Landesbeauftragter für Hessen. Ganz links Reg.-Dir. Hesse, Innenministerium des Landes Hessen.

## Warnamtsleiter Peterek verabschiedet – Nachfolger RR Lütkemeyer eingeführt

Der Leiter des Warnamtes VI Usingen, Rudolf Peterek, ist mit Ablauf des Monats Oktober 1976 in den Ruhestand getreten.

Peterek wurde im Jahre 1911 in Rawitsch/Posen geboren. Nach dem Abitur 1930 studierte er einige Semester Ökonomie. Bis zu seiner Einberufung zum Wehrdienst 1939 war er in der großväterlichen Firma tätig. 1946 kehrte er aus der Gefangenschaft zurück und trat 1947 in den Dienst der alliierten Streitkräfte. Dem Bundesamt für Zivilschutz gehörte Rudolf Peterek seit dem 15. Februar 1957 an. Zunächst wurde er als Verbindungsführer in einer WD-Verbindungsstelle eingesetzt. Über das Planungsamt in Wiesbaden und das Versuchswarnamt Düsseldorf kam er 1961 zum neu errichteten Warnamt VI in Butzbach-Bodenrod. Von 1962 bis Oktober 1976 war er der Leiter dieses – für das ganze Land Hessen zuständigen – Amtes. Im Rahmen einer Feierstunde wurde Rudolf Peterek am 29. Oktober 1976 im Warnamt VI Usingen verabschiedet.

Neben dem Präsidenten des BZS, Dr. Kolb, und dem Abteilungsleiter Warndienst im BZS, Ltd. Baudirektor Dr. Maske, fanden sich viele Persönlichkeiten ein, mit denen Rudolf

Peterek viele Jahre zusammengearbeitet hat.

Das Innenministerium des Landes Hessen war durch Ltd. Ministerialrat Kayser und Reg.-Dir. Hesse vertreten. Zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Vertreter von Behörden und Hilfsorganisationen waren ebenfalls erschienen.

Der Leiter der Abteilung WD im BZS, Dr. Maske, betonte, daß Peterek an maßgeblicher Stelle den Warn- und Alarmdienst in Hessen mit aufgebaut habe. Sein Fachwissen und eine glückliche Hand im Umgang mit Menschen seien die Voraussetzungen für sein erfolgreiches Wirken gewesen.

Der Präsident des BZS, Dr. Paul W. Kolb, überreichte dem Ausscheidenden die Entlassungsurkunde und – als Zeichen besonderer Anerkennung – die Ehrenplakette des BZS. Die Würdigung der besonderen Verdienste des ausscheidenden Warnamtsleiters verband Dr. Kolb mit einigen Ausführungen über den Stellenwert des Warndienstes.

Nach den Abschiedsworten der anwesenden Behördenvertreter sprachen der Leiter des Warnamtes IX, Danapel, für die Leiter aller übrigen Warnämter und Personalratsvorsitzender Knörr für die Mitarbeiter des Warnamtes VI. Dem allseits beliebten Warnamtsleiter wurden Abschiedsgeschenke überreicht. Angehörige der WDMSt 61 überraschten mit einem echt Odenwälder Trompetengruß.

Bewegt dankte Rudolf Peterek allen Gästen für die vielen Wünsche für seinen weiteren Lebensweg. Nach 15jähriger Tätigkeit als Warnamtsleiter scheidet er mit einem lachenden und einem weinenden Auge; doch werde er sich immer gern an seine Dienstzeit in Hessen erinnern.

In der gleichen Feierstunde führte der Präsident des BZS, Dr. Kolb, den neuen Warnamtsleiter, RR Reinhard Lütkemeyer, in sein Amt ein. Lütkemeyer wurde im Jahre 1945 geboren. Mit 16 Jahren bereits THW-Helfer, machte er 1965 in Betzdorf/Sieg das Abitur. Danach diente er zwei Jahre bei der Bundeswehr. Zum Fernmeldeoffizier ausgebildet, schied er als Oberleutnant d. R. aus. In Mainz folgte das Studium der Rechtswissenschaften mit anschließendem zweiten Staatsexamen. Seit 1976 im BZS, befaßte er sich insbesondere bei der Abt. WD mit den Aufgaben des Warndienstes. Lütkemeyers besonderes Interesse gilt der Sicherheitspolitik, dem Völkerrecht und dem Verwaltungsrecht.

Dr. Kolb bezeichnete diesen Werdegang als gute Grundlage zur Bewältigung seiner Aufgaben als Leiter des Warnamtes VI und wünschte Reinhard Lütkemeyer viel Erfolg.

Bei dem anschließenden Zusammensein hatte Lütkemeyer Gelegenheit, mit seinen zukünftigen Gesprächspartnern erste Kontakte aufzunehmen.

M. Schn.



## **Sicherheitspolitische Tagung in Plettenberg – Teilnehmer besuchten das Warnamt IV**

Der Landesausschuß für Sicherheitspolitik der CDU Westfalen-Lippe unter Vorsitz des Bundestagsabgeordneten Leo Ernesti (Bad Driburg) tagte am 27. November 1976 in Plettenberg.

Am Tage vorher besichtigten 21 Mitglieder des Ausschusses das Warnamt IV in Meinerzhagen, um sich „vor Ort“ über den Aufbau und die Organisation des Warndienstes, einem wesentlichen Pfeiler der Zivilverteidigung, zu informieren. Den Gästen standen hier Dr. Maske, der Leiter der Fachabteilung für den Warndienst im Bundesamt für Zivilschutz, WD-Referent von Neubeck und Warnamtsleiter Behninger als Gesprächspartner zur Verfügung.

An der Tagung in Plettenberg nahm auch der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul W. Kolb, teil. In einem rund 90minütigen Vortrag hatte Dr. Kolb auf das Mißverhältnis zwischen den Ausgaben für die militärische Verteidigung und den sich dagegen mehr als bescheiden ausnehmenden Aufwendungen für den Zivilschutz hingewiesen.

Galt einmal ein Verhältnis von 1:4 bei der Mittelverteilung für Zivilschutz

und militärische Verteidigung als anstrebenswert – das dann auf 1:20 geändert wurde –, so nimmt die Quote für 1977 voraussichtlich die Relation von 1:60 an. Mutmaßungen darüber, welche Wirkung diese nach Dr. Kolbs Meinung „unverantwortliche Geringschätzung des Zivilschutzes auf den Gegner“ haben könnte, überließ der Referent den etwa 60 anwesenden CDU-Politikern selbst. Er betonte jedoch, daß eine angemessene Zivilverteidigung eine Forderung erster Ordnung werden müsse. Wie wichtig allerdings eine finanziell starke Ausstattung, bzw. eine entsprechende Schulung der mit dem „Schutz von Gesundheit, Leben, Hab und Gut der Bevölkerung“ (so die Definition des Begriffs Zivilschutz) beauftragten Organisationen sei, habe sich – so Dr. Kolb – unter anderem auch 1975 bei dem Großfeuer in der Lüneburger Heide gezeigt.

„Alles, was vorher nicht geübt wurde, kann im Katastrophenfall nicht mehr angemessen erlernt werden“, so daß dann schnell der Ruf nach dem „heiligen Florian“ von heute, der Bundeswehr, laut werde, äußerte Dr. Kolb unter dem Beifall der Ausschuß-Mitglieder und Tagungsgäste. H. v. H.

## **Lehrgänge für KatS-Bearbeiter der Deutschen Bundespost im Warnamt VI**

Im Oktober 1976 fanden im Warnamt VI, Usingen, drei Lehrgänge für Katastrophenschutz-Bearbeiter der Bundespost aus dem Bereich der Oberpostdirektion Frankfurt statt. Diese Lehrgänge sollten den KatS-Bearbeitern eine gezielte Information über mögliche Warnstellendurchsagen des Warnamtes und eine Ausbildung in den dazu erforderlichen Maßnahmen vermitteln.

Der Bezirks-Katastrophenschutz-Leiter in der OPD Frankfurt, Postamtsrat Dörner, erläuterte den insgesamt 90 Teilnehmern den taktischen Wert der Warnstellendurchsage. Er betonte, daß die gezielte Information des Warnamtes an die Warnstelleninhaber eine reale Beurteilung der Gefährdungslage für jedes Post- und Fernmeldeamt ermöglicht – und somit Grundlage für die Einleitung von

Vorsorgemaßnahmen in einer Katastrophen- oder Ernstfallsituation ist. Einsatzleiter Schnieders vom Warnamt VI informierte die Lehrgangsteilnehmer zunächst über Aufgaben und Organisation des Warndienstes. Danach wurden den KatS-Bearbeitern der Bundespost alle in Betracht kommenden Durchsagen über die Warnstellen erläutert. Anschließend wurden diese Durchsagen in einer praktischen Übung aufgenommen und hinsichtlich ihrer taktischen Bedeutung ausgewertet.

Die Sorgfalt bei der Arbeit und das Interesse der KatS-Bearbeiter an dieser Übung zeigten, daß die Besten der Bundespost den Aufgaben des Warndienstes, aber auch den Tätigkeiten anderer Einrichtungen zum Schutze der Zivilbevölkerung aufgeschlossen gegenüberste-

hen. Den KatS-Bearbeitern bei den Post- und Fernmeldeämtern der OPD Frankfurt konnten bei diesen Lehrgängen Kenntnisse vermittelt werden, die ihnen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zustatten kommen und deren Durchführung erleichtern.

M. Schn.

## **Tagung der Leiter der Warnämter und WD-Verbindungsstellen im Warnamt IV**

Unter dem Vorsitz des Leiters der Abteilung Warndienst im Bundesamt für Zivilschutz, Ltd. Reg.-Baudirektor Dr. Maske, fand in der Zeit vom 23.–25. November 1976 im Warnamt IV Meinerzhagen eine Arbeitstagung statt. Daran nahmen die Leiter der im Bundesgebiet bestehenden Warnämter sowie die der WD-Verbindungsstellen und Vertreter der Abteilung Zivilverteidigung im Bundesinnenministerium teil.

Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul W. Kolb, hatte den Tagungsteilnehmern Grüße und Erfolgswünsche übermitteln lassen. In den einzelnen fachbezogenen Arbeitsgruppen sowie im Gesamttafelauf der Arbeitstagung befaßte man sich insbesondere mit der Intensivierung der Zusammenarbeit des Warndienstes mit anderen Einrichtungen und Stellen der Zivilverteidigung. Besondere Berücksichtigung fanden dabei das ABC-Wesen der Zivilverteidigung und der Katastrophenschutz; Grundlage hierfür war die Neufassung des Gesetzes über den Zivilschutz vom 9. August 1976. Über den Stand der Arbeiten der Projektgruppen zur Modernisierung und Technisierung des Warndienstes sowie über das zur Zeit im gesamten Bundesgebiet im Aufbau befindliche halbautomatische WD-Meßstellennetz und über die Neuordnung der Ausbildung wurde gesprochen.

Ministerialrat Dr. Stein vom Bundesinnenministerium gab Erklärungen zu den gegenwärtig laufenden Projektvorhaben, die die Modernisierung und Rationalisierung des Warndienstes betrafen.

Die einhellige Meinung bei Beendigung der dreitägigen Veranstaltung: Sie habe einen erfolgreichen Verlauf genommen. Man nehme wertvolle Anregungen für die weitere Arbeit mit, die es jetzt in die Praxis umzusetzen gelte.

H. v. H.



## Verstärktes Engagement des ASB in der Alten- und Behindertenhilfe

Eine Hauptaufgabe sieht der Arbeiter-Samariter-Bund in seinem traditionellen Engagement für Alte und Behinderte.

Dieses Aufgabengebiet hat in den letzten Jahren einen großen Zuwachs erfahren und wird beständig weiter ausgebaut.

Das ZS-MAGAZIN berichtet heute über vier Initiativen des ASB, die einen guten Einblick in seine Arbeit geben.

### Schwimmunterricht fördert Eigeninitiativen

Vor knapp zwei Jahren richtete der ASB München Schwimmkurse für alte Menschen ein. Das Experiment fand eine Resonanz, die kaum zu bewältigen ist.

1976 lautete die Bilanz: 750 Senioren in 58 Schwimmkursen in fast allen öffentlichen Bädern Münchens. Die Wartelisten für 1977 sind bereits ellenlang.

Dieser Erfolg gibt zu denken; setzt doch die enorme Anforderung, im hohen Alter noch Schwimmen zu lernen, ein bisher ungeahntes Maß an Eigeninitiative und Aktivität alter Menschen voraus. Die Erfahrungen des ASB München zeigen die Notwendigkeit, daß ein Umdenken im Bereich der offenen Altenhilfe eingeleitet werden muß.

Leistungsorientierung und Wettbewerb im Beruf verhinderten oft das Erlernen von Freizeitverhalten. Der Funktionsverlust beim Austritt aus dem Arbeitsleben führt häufig zu Altersresignation, psychischem Rückzug, Vereinsamung und Hilfslosigkeit. Frühere Bemühungen des ASB München, soziale Kontakte mit „Telefonketten“ zu fördern, stießen auf gewisse Grenzen, so daß wir uns auf die Suche nach anderen Anspannungsmöglichkeiten machten. Der ASB München startete den ungewöhnlichen Versuch, kostenlose Schwimmkurse für Senioren einzurichten.

Den Impuls, an einem Schwimmkurs

teilzunehmen, gibt anfangs meist der Ehrgeiz, die kleinen und großen Handicaps des Alters zu überwinden, das Streben nach Selbstbestätigung oder der Wunsch, von Bekannten und Verwandten bewundert zu werden.

Nach und nach spielt jedoch der gesellige Faktor eine größere Rolle. Ausgehend von der gemeinsamen Erfahrung des Schwimmens aktivieren zusätzliche Betreuungsmaßnahmen des ASB die Unternehmungslust der „Schwimm Schüler im Rentenalter“: unerschöpflicher Gesprächsstoff beim Kaffeetrinken und gesellige Treffen in größerem Rahmen geben den Anstoß zum Wandern, Basteln, Kegeln oder Kartenspielen. Verbrachten mehr als die Hälfte aller Kursteilnehmer vor dem Entschluß, den Sprung ins kalte Wasser zu wagen, ihre Freizeit völlig alleine, so treffen sich nach der Teilnahme am Schwimmkurs 75 % der Teilnehmer weiterhin privat zu allen möglichen Unternehmungen.

Die Schwimmkurse und Gymnastikkurse des ASB München stehen beispielhaft für das erstaunliche Phänomen,

daß viele alte Menschen aus der Rolle der „verordneten Resignation“ ausbrechen, sobald man nur auf Eigeninitiative und Aktivität baut. Aber wir müssen erst umdenken lernen und nach alternativen Möglichkeiten suchen. Hier könnte ein neues Betätigungsfeld für viele Organisationsstufen liegen. Denn das breitenwirksame Ziel der Kommunikationsförderung läßt sich ohne viel Aufwand verwirklichen. Präventive Hilfen, die Erfolgserlebnisse und Lebensfreude vermitteln, zögern den Schritt zur völligen Hilfsbedürftigkeit und Einlieferung ins Heim hinaus.

Neben der Durchführung von Kursen versucht der ASB München Hilfen zur „Selbsthilfe“ zu geben. Anschluß an Gruppen anzuregen und bei Schwierigkeiten Ratschläge anzubieten. Diese Aufgaben münden dann oft in traditionelle Arbeitsgebiete des ASB ein, wie ambulante Hilfen oder Fahrdienste.

Bei Anfragen geben wir gerne Auskunft: ASB München – Sozialdienst –, Rumfordstraße 20, 8000 München 5, Tel.: 0 89 / 29 20 29

Werner Hofmann



Ein erfolgversprechender Versuch, alte Menschen aus ihrer Isolation zu reißen: Schwimmkurse für Senioren. Völlig fremde Menschen finden plötzlich und einfach Kontakt zueinander; nicht nur die Kleider, sondern auch die Hemmungen werden in der Kabine abgelegt. Vom Schwimmlehrer sachte eingeführte Partnerübungen zeigen, daß man mit gegenseitiger Hilfe schneller vorankommt. Durch die Verbindung von persönlichem Kontakt mit körperlicher Tätigkeit, Bewegung und sportlichen Übungen wird der entsprechende Ansatz zur Selbsthilfe auch auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge gemacht.



# ASB bringt Essen auf Rädern

Das Essen wird von den Senioren gelobt

Rund 60 alte Mitbürger hatten auf die Fragebogenaktion des Arbeiter-Samariter-Bundes in Wetterau ihr Interesse bekundet, an der Aktion „Essen auf Rädern“ teilzunehmen. Rund die Hälfte von ihnen ist dabei geblieben und wird seit kurzem mit einer täglichen warmen Mittagsmahlzeit versorgt.

Das Essen wird in Tiefkühlportionen von einer Großküche bezogen und wandert zunächst in eine Tiefkühltruhe, die eigens für diesen Zweck angeschafft wurde. Sie steht im Keller des Klein-Karbener städtischen Kindergartens und enthält stets etwa eine Wochenration an Essen. Einen Raum weiter steht ein großer Ofen, in dem die Portionen erhitzt werden. Eine Schaltuhr sorgt dafür, daß genau die richtige Zeit eingehalten wird, damit die Portionen so frisch und

schmackhaft bleiben, wie sie angeliefert wurden.

In den ASB-Wagen verladen, geht es nun nach vorgesehenem Fahrplan zu den Empfängern, die gegenwärtig in Bad Vilbel versorgt werden. Weitere Empfänger dürften in absehbarer Zeit hinzukommen, wenn sich erst einmal herumspricht, wie gut und abwechslungsreich dieses Essen ist.

Mit dieser Aktion „Essen auf Rädern“ hat der Arbeiter-Samariter-Bund eine arbeitsreiche Aufgabe auf sich genommen, denn sie muß nun in Zukunft alle sieben Tage in der Woche durchgeführt werden. Die beiden ASB-Mitglieder Jürgen Baumgart und Bernd Schäfer, beide seit diesem Frühjahr als Zivildienstleistende dabei, sind speziell für diesen Dienst eingeteilt.

## Erste Sozialstaffel in Betrieb

Eine neugegründete Sozialstaffel des Arbeiter-Samariter-Bundes Erlangen, die Körperbehinderten, alten Menschen, kinderreichen Familien und sozial Schwachen unentgeltliche Hilfe in Notfällen leistet, ist vom Fernsehen als erste ambulante Einrichtung dieser Art in Bayern vorgestellt worden.

Wie die Mitarbeiter dieser Sozialstaffel in einem Interview berichten, reicht das Angebot an Hilfeleistungen von Hilfen bei Umzügen, Fensterputzen, Holzhacken, Teppichklopfen, Um- und Aufräumarbeiten, Botengänge, Essenholen, Babysitten, Begleitung von Kranken und Behinderten, die an Rollstühle gefesselt sind.

Wie der Vorsitzende des ASB Erlangen, Erich Reim, mitteilte, hat die Bevölkerung bereits regen Gebrauch von dem Angebot der Sozialstaffel gemacht; vor allem Körperbehinderte nahmen dankbar jede Hilfe an. Zur Eröffnung dieser erstmaligen Einrichtung, zu der der ASB Erlangen nun Schrittmacherdienste leistete, wurde folgende Zielsetzung für die Sozialstaffel der Öffentlichkeit vorgestellt:

- Die Isolierung von Bedrängten zu mildern

- Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen

- zur Selbsthilfe anzuregen

- Die offene Kranken-, Alten- und Familienpflege verstärkt zu fördern und damit Kranken, Alten und Alleinstehenden die Möglichkeit zu geben, solange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung unter Wahrung ihrer Selbständigkeit und persönlicher Freiheit zu leben

- überforderte Mütter zu entlasten und

- Hilfe für besonders benachteiligte und in Not geratene Menschen anzubieten.

Diese neue Einrichtung trägt auch in erheblichem Maße dazu bei, die Stadt und die Öffentlichkeit finanziell zu entlasten. Die zuständigen Ausschüsse der Stadt Erlangen haben bereits eine 50prozentige Finanzierung der Sozialstaffel zugesichert, wenn der ASB in angemessenem Umfang eigene Mittel einsetzt. Inzwischen hat ein Erlanger Bürger dem Arbeiter-Samariter-Bund einen Kleinbus angeboten, um den Aktionsradius der Sozialstaffel zu verbessern. Vor allem sollten mit diesem Fahrzeug auch körperbehinderte Kinder zu Schulen und beschützenden Werkstätten gebracht werden.

## 110 neue Pflegeplätze in Bremen

Als weitere soziale Einrichtung hat der Arbeiter-Samariter-Bund Bremen ein Grundstück mit Gebäude übernommen. Er plant die Errichtung eines neuen Altenpflegeheimes mit rund 40 Plätzen. Kosten des Gesamtprojektes: drei Millionen Mark.

Auf dem Grundstück (2500 qm) stehen 2 Häuser, ein ehemaliges Patrizierhaus und eine bereits 1968 gebaute Altenpension. Anstelle des Patrizierhauses soll das Altenpflegeheim entstehen. Im Frühjahr 1977 wird der Bau beginnen. Mit der Fertigstellung wird im Frühjahr 1978 gerechnet. Bauherr ist die vor einem Jahr gegründete Altenwohn- und Pflegeheim GmbH des ASB Bremen. Die Gründung war notwendig, weil der ASB damals das Pflegeheim Herderstraße erwarb und es durch den Ausbau des Dachgeschosses um weitere 10 Plätze vergrößerte. Baukosten: 210 000 DM. Das war der Anfang. Nun erwies es sich, daß das Patrizierhaus, das 33 Pensionäre und 27 pflegebedürftige Personen beherbergte, ausbauwürdig ist. „Es stehen immer noch Anwärter auf der Warteliste“, so der ASB-Landesvorsitzende, Fritz Trepperwien.

Durch den geplanten Neubau von rund 40 Altenpflegeplätzen entsteht nun eine Einrichtung, das in der Endkonzeption 100–110 Pflegeplätze hat. Das Projekt gehört zu einem der drei in Bremen geplanten neuen Pflegeheimen und wird vom Senator für Soziales entsprechend gefördert.

An Eigenmittel steckt der ASB 300 000 bis 500 000 DM in das Neubauvorhaben. Die 40 neuen Pflegebetten verteilen sich dabei auf 3 Stationen mit Therapieräumen, Arzträumen usw. Ein Zwischentrakt wird den Neubau mit dem Altbau verbinden. In dem Staffelgeschoß des Neubaus soll ein großer Aufenthaltsraum mit Wintergarten und Terrasse eingerichtet werden. Der Zwischentrakt erhält weitere 3 Pflegeräume und wegen der zentralen Lage auch die Verwaltung. Schallgedämpfte Außen- und Innenwände sowie schallschluckende Decken und Fensterflächen mit Antischallglas sind vorgesehen.

Interessenten solcher Bauvorhaben und über alle Aktivitäten im Bereich der Altenpflege gibt der ASB Bremen, Juiststraße 11, 2800 Bremen, gerne nähere Auskunft.



## Junge Johanniter lernten und kämpften im Zeltlager

176 Hölzer entschieden den Sieg. –  
2. Baden-Württembergischer Wimpelwettstreit

**Ravensburg.** Der Landesverband Baden-Württemberg veranstaltete in seinem Jugendprogramm ein 14tägiges Ausbildungszeltlager in der Adelmühle bei Ravensburg. Der Wimpelwettstreit sollte, nebst Ausbildung und gegenseitigem Kennenlernen, den Kernpunkt dieses Lagers bilden. Das sagte Jugendreferentin Lotte Coenen bei der Eröffnung des Lagers.

### Regen verstärkte Ausbildung

Nachdem die ersten Fremdheiten abgeklungen waren, wurde die Ausbildung in Form eines Helferkurses in Angriff genommen. Dieter Bürk, welcher Lotte Coenen bei der Lagerleitung unterstützte, errang sich hierbei die Sympathien der Lagerteilnehmer. Da Petrus den Jugendlichen nicht sehr hold gesonnen war, fielen der große Ausflug und manch andere Pläne sprichwörtlich „ins Wasser“. Gezwungenermaßen rückte die Ausbildung dadurch in den Vordergrund. Die erste Woche des Zeltlagers verging wie im Flug, und plötzlich war der Wimpelwettstreit da. Dieser Wettstreit wurde nach den offiziellen Wettkampfrichtlinien der JUH durchgeführt und durch einen Geschicklichkeitsteil mit einem Liederwettstreit ergänzt.

Die Ortsverbände, welche nur am Wimpelwettstreit teilnahmen, reisten an, und pünktlich am Samstag, dem 24. 7., 14.30 Uhr, konnte die Landesleitung, welche durch den Schirmherrn des Lagers, Landesbeauftragter v. Helldorff, und den Landesreferenten v. Doering vertreten war, den Wettstreit eröffnen.

Kurz nach der Begrüßung wurde der erste Wettkampfteil gestartet. Es war der Teil Theorie-Fragebogen. Hier waren 15 Fragen richtig zu beantworten, was der Mannschaft aus Ravensburg am besten gelang.

### Leutkircher waren nervös

Flott ging es mit dem Tragetest weiter. Nachdem das Erschütterungsmeßgerät etliche Kapriolen machte, stand 15 Minuten vor Beginn des Tests noch nicht fest, ob das Gerät eingesetzt werden konnte. Tintentopf und Ringscheibe waren als Ersatz vorbereitet. Durch Trick und List war das Gerät dann doch einsatzklar, und der Test konnte beginnen. Die zuerst startende Leutkircher Mannschaft war so aufgeregt, daß sie auf einem Hindernis ausrutschte und zu Boden ging. Das kostete etliche Punkte. Schließlich konnte die Reutlinger Mannschaft diesen Test für sich entscheiden.

Anschließend ging es um die richtige Diagnose von Verletzungen. Einen Sonnenstich, eine Schußverletzung und eine großflächige Verbrennung galt es hier zu erkennen, richtige Erste-Hilfe-Maßnahmen zu nennen und auf Folgeschäden hinzuweisen.



Wimpelwettstreit in der Adelmühle bei Ravensburg. Unser Bild zeigt junge Helfer beim Tragetest.

### Lustiges Mannschafts-sackhüpfen

Daran schloß sich als nächster Test an: Mannschaftssackhüpfen über eine Strecke von 15 m im Staffellauf. Aus diesem Test ging die Mannschaft Leutkirch I als Sieger hervor. Als spannendster Teil erwies sich das darauffolgende Wassertragen. Die Aufgabe der Mannschaften bestand darin, aus einem zum Zeltplatz gehörenden Weiher Wasser in einen kleinen Eimer zu füllen, über Böschung, Bach und Zaun zu tragen und in eine Tonne zu gießen. Auch



Es ist geschafft: Mannschaft Reutlingen bei der Siegerehrung. Lotte Coenen übergibt die Preise und den Wimpel. Rechts: Landesbeauftragter v. Helldorff.

hier gab es zwischen Ravensburg und Reutlingen ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Nach zweimaliger Messung des Wasserspiegels entschied Herr v. Helldorff die Streitfrage, und die Ravensburger Mannschaft siegte mit einem 2 mm höheren Wasserspiegel.

Im letzten Teil durften sich die Mannschaften als Torwandschützen à la ZDF-Sportstudio betätigen. Jeder Teilnehmer mußte dreimal versuchen, den Ball durch die Öffnungen der Torwand zu schießen. Mit je einem Treffer schlossen die Mannschaften aus Reutlingen und Ravensburg den Wettkampf ab.



## Jugendleiterin „durfte“ baden

Nun traten im Wettkampfbüro die Taschenrechner in Aktion, um den endgültigen Sieger schnell zu ermitteln. Endlich wurde dann zur Siegerehrung geblasen. Herr v. Helldorff beglückwünschte die Mannschaft aus Reutlingen zu ihrem knappen Sieg und überreichte die Urkunden. Von der Jugendreferentin Frau Coenen wurde das Wimpelband – eine Stiftung der Landesleitung – übergeben. Ferner erhielt jeder Teilnehmer als Erinnerung an den Wimpelwettbewerb ein Spiel, gespendet von einem in Ravensburg ansässigen Verlag. Nach dem offiziellen Ende des Wettstreits brach bei den Siegern der Jubel aus. Ihre Jugendleiterin Antje Greif wurde geschultert, zum Weiher getragen und „durfte“ – zur Freude aller – ein Bad nehmen. In der darauffolgenden Zeltlagerwoche wurde das Wetter besser; so konnte die angesetzte Waldlehrwanderung mit Förster Knor gemacht werden.

## Nachts kamen Störenfriede

Doch mit dem schöneren Wetter kamen die nächtlichen Unruhen. Es geschahen seltsame Dinge, z. B. wurde ein Aschehaufen auf der Toilette gefunden, die Nachtwache samt KTW wurde mit Steinen beworfen. Verstärkte Nachtwachen und ein geborgter Schäferhund halfen aber, die Störenfriede zu verjagen und die restlichen Nächte zu überstehen. Im Gegensatz zu anderen Wettkämpfen hatten die Jugendlichen die Möglichkeit, nach Ablauf der Diagnosezeit die Schiedsrichter zu befragen – was und weshalb falsch gemacht wurde und wie es richtig gewesen wäre. So war ein Lernerfolg doch gewährleistet.

## Salatbuffet wurde gestürmt

Nachdem der Abend nahte und die Mägen alle knurrten, wurde das von fleißigen Händen vorbereitete Salatbuffet gestürmt. Da ein Reis-Thunfischsalat, Dänischer Nudelsalat, Wurst- und Gemüsesalat zur Auswahl standen, konnte sich jeder nach Hunger und Appetit bedienen. Im Anschluß an das Abendessen wurde der letzte Wettkampfteil für diesen Tag, der Liederwettbewerb, in Angriff genommen. Die Mannschaften sollten ein frei gewähltes Lied möglichst

gut vortragen. Punktegleich wurde dieser erste Teil des Geschicklichkeitstestes zwischen Reutlingen und Ravensburg von den Schiedsrichtern Hans Zimmerer vom DRK Ravensburg, Dieter Bürk JUH Stuttgart, und Rainer Friebe, JUH Ravensburg, entschieden.

## Es war vieles vergessen

Heiße Musik, welche aus der Tenne erklang, lockte alle in die inzwischen eröffnete Diskothek. Der Tanz klang mit Spiel und Tanz aus, und man schlummerte auf den Feldbetten dem neuen Tag entgegen. Am nächsten Tag, nach einem ausgiebigen Frühstück, war der praktische EH-Teil an der Reihe. Hier nahm man an, daß ein Kind einem Ball nachsprang und von einer Radfahrerin erfaßt wurde. Die Radfahrerin war bewußtlos, der Verdacht eines Schädelbasisbruchs lag nahe. Das Kind hatte eine offene Unterschenkelfraktur, eine Rißwunde am Unterarm, begleitet von einem Schock. Hier zeigte sich, daß die Jugendlichen dem realistischen Unfallgeschehen doch noch nicht gewachsen waren. Teilweise war das im Unterricht Erlernete wie weggeblasen. So wurde z. B. das Bein mit der offenen Unterschenkelfraktur in Schocklage gebracht, was unser hervorragender Mime mit einer Vertiefung des Schockgeschehens erwiderte. Auch hier wurden, wie schon beim Diagnostest, die Fehler jeder Mannschaft von den Schiedsrichtern erklärt und die richtigen EH-Maßnahmen genannt. Hierbei schnitt die Mannschaft aus Reutlingen am besten ab.

## Gestik der Hände und Fingerfertigkeit

Gegen 11.30 Uhr konnten wir als Gast Pfarrer Horn begrüßen, welcher eine Andacht mit uns hielt. Er regte uns an, über die Gestik der Hände – haltende, wegwerfende, helfende, abweisende, heilende, vernichtende – nachzudenken und schloß mit der Bitte, daß unsere Hände helfend wirken sollten.

Nachmittags kam dann der Wettkampfsprint. Die Mannschaften aus Ravensburg und Reutlingen waren beinahe punktgleich, so daß der nun folgende Geschicklichkeitstest die Entscheidung bringen mußte. Als erstes galt es, Fingerfertigkeit

zu beweisen, da ein Turm aus Streichhölzern zu errichten war. Hier siegte die Mannschaft Ravensburg ganz eindeutig mit 176 Hölzern. Jedes noch so schöne Lager hat ein Ende. Das wurde auch uns gewiß, als unsere Lagernachfolger – der MHD und die DLRG Bonn – auf dem Zeltplatz eintrafen. Bei der Beendigung des Lagers mischte doch ein wenig Trauer mit. Unvergeßliche Tage waren viel zu schnell vergangen. Die Fahne wurde eingeholt und die MHD-Fahne aufgezogen. Damit wechselte auch das Hausrecht. Die Schlüssel wurden übergeben. Der MHD übernahm unser Lager mit Zelten, Feldbetten und manch anderen Sachen. Aber was soll die Traurigkeit? In zwei Jahren findet der nächste Wimpelwettbewerb mit einem Zeltlager in der Adelmühle statt.

Lotte Coenen

## SH-Fortbildung in Sanitätsschule der Luftwaffe

Würzburg. Zum zweiten Mal stellte in diesem Jahr die Sanitätsschule der Luftwaffe Klingholz bei Würzburg ihre Einrichtungen zur Fortbildung der unterfränkischen Schwesternhelferinnen zur Verfügung. 81 Schwesternhelferinnen und einige Pflegedienstleister erhielten von Sanitäts-Dienstgraden, die ihre samstäglige Freizeit opferten, eine umfassende Stationsausbildung in fünf Räumen der Sanitätsschule. Der Kommandeur, Oberstarzt Dr. Hennig, und ein weiterer Arzt sprachen vor allem über Infarktbehandlung und Infektionskrankheiten, Bezirksbeauftragter Edmund Geißler über den Johanniterorden in Geschichte und Gegenwart (mit Ordensfilm). Die Organisation der Fortbildung lag in Händen der SH-Beauftragten Frau Ilse Geißler.



Fortbildung von Schwesternhelferinnen aus Unterfranken in der San.-Schule der Luftwaffe in Klingholz bei Würzburg.



Aus der Geschichte des Malteser-Ritterordens

## Ferdinand von Hompesch – ein deutscher Großmeister auf Malta

Nach einer Studie von Michael Galea (Valletta/Malta),  
aus dem Englischen übersetzt von Waltraut Kallen – Fortsetzung

Großmeister Hompesch erhielt von Bailli v. Schönau, dem bevollmächtigten Gesandten des Ordens auf dem Rastatter Kongreß, eine wichtige und dringende Depesche. Darin heißt es: „Monseigneur, ich muß Ihnen mitteilen, daß die großangelegte Expedition, die zur Zeit in Toulon vorbereitet wird, der Absicht dient, Malta und Ägypten zu erobern. Ich habe diese Information von dem Sekretär des Herrn Treilhard, einem der französisch-republikanischen Minister auf dem Kongreß. Sie werden mit größter Wahrscheinlichkeit angegriffen werden. Bereiten Sie alles für die Verteidigung vor. Alle Minister der verschiedenen Mächte, die an diesem Kongreß teilnehmen, haben diese selbe Mitteilung erhalten; aber sie alle wissen auch, daß die Festung Malta unbezwinglich ist oder wenigstens einer dreimonatigen Belagerung widerstehen kann. Die Ehre Ew. Eminenz und die Erhaltung des Ordens stehen auf dem Spiel. Wenn Sie übergeben würden, wären Sie in den Augen ganz Europas entehrt. Und noch etwas anderes: Diese Expedition wird als Zeichen der Ungnade Bonaparte gegenüber angesehen. Er hat zwei Feinde im Direktorium, die ihn fürchten, und durch diese Expedition soll er von hier entfernt werden. Diese Mitglieder des Direktoriums sind Rewbell und La Revellière-Lepaux.“

Auf Grund dieser Depesche steht fest, daß Großmeister Hompesch von dem geplanten französischen Angriff auf Malta genaue Kenntnisse hatte. Als er die Depesche las, soll er sichtlich verstört gewesen sein, äußerte aber dennoch nur seinen Unglauben an der darin enthaltenen Warnung.

Inzwischen, im Mai 1798, war die große Ostarmee, von einer starken Flotte unterstützt, bereit, unter dem 29-jährigen General Napoleon Bonaparte als Oberbefehlshaber aus Toulon auszulaufen.

Bei einem späteren Rückblick auf die Verteidigungsmöglichkeiten der Insel wurde festgestellt, daß die Hauptbefestigung, nämlich Valletta, Fort St. Elmo, Floriana, Fort Ricasoli, Fort St. Angelo, Fort Manoel, Fort Tigné, Vittoriosa, Senglea und Cospicua (Cottoner-Linie) sich in verteidigungsbereitem Zustand, mit fast 2000 Kanonen bestückt – befanden. In den Rüstkammern waren über 35 000 Bajonette, 12 000 Fässer Schießpulver und andere Munition. Das bedeutet, daß Malta in der Lage gewesen wäre, längeren Widerstand zu leisten und den stärksten Angreifer zurückzuschlagen.

Über die personelle Besetzung sagen die statistischen Zahlen aus, daß zu jener Zeit 200 französische Ritter, 90 italienische Ritter, 25 spanische Ritter, 8 portugiesische Ritter, 4 deutsche und 5 englisch-bayerische Ritter auf Malta weilten. Von diesen waren etwa 50 auf Grund vorgeschrittenen Alters nicht mehr kampffähig. Außerdem standen zur Verfügung:

5000 Mann maltesisches Regiment, 200 Mann Großmeister-Garde-Regiment, 400 Mann Landkrieger, 300 Mann Seekrieger, 100 Mann Kanoniere, 1200 Mann Miliz, die einem Jäger-Regiment zugehörten, 12 000 Mann Seeleute, die den Land- und Seekriegern zugeordnet wurden und auch als Kanoniere dienten, 3000 Mann allgemeine Truppen.

Allerdings verfügten weder die Ritter noch die Mannschaften über viel Kriegspraxis, so daß man eigentlich nur von 7000 erfahrenen Verteidigern sprechen konnte.

Die Ordensflotte bestand zu jener Zeit aus 15 Schiffen: Galeeren, Fregatten, Korvetten, Klein-Galeeren und einem Kanonenboot mit 60 Geschützen.

Das Kommando über die Truppen in Valletta gehörte zu den Rechten des Marschalls des Ordens (Bailli de Loras, Zunge der Auvergne), das über die Landmiliz zu denen des

Seneschalls (Bailli Prinz de Rohan). Die Ritter wurden wie folgt zur Verteidigung abkommandiert: Mellieha-Bucht, Kommandeur Bizien; St. Pauls Bucht, Ritter de la Perrouse; St. Julians Bucht, Ritter de Preville; St. Thomas Bucht, Ritter du Pin de la Gue' Rivière; Marsaxlokk-Hafen, Kommandeur de Rozan; Floriana, Bailli de Belmont; St. Angelo Fort, Ritter de Gournay, Major der Großmeister-Garde; Vittoriosa, Kommandeur de Gourecourt; Cospicua, Kommandeur Sabiras, Kapitän der Landtruppen; Senglea, Bailli de Suffren St. Tropez, Kapitän der Landtruppen; Cottoner-Linie, Bailli de la Tour de Pin; Fort Ricasoli, Bailli de Tillet; Fort Manoel, Bailli Gourgean und Bailli La Tour St. Quintin; Fort Tigné, Kommandeur Reichberg (von der Englisch-Bayerischen Zunge, der sich in seinem heroischen Widerstand gegen die französischen Truppen selbst übertraf).

Das Jäger-Regiment unterstand Bailli Neveu, das Malta-Regiment dem Kommandeur Pfiffer, der in Valletta blieb, und die Gardetruppen wurden von dem Kommandanten Ritter Guron befehligt, welcher sich stets in der Nähe des Großmeisters aufzuhalten hatte.

Das Oberkommando, der sogenannte Kriegsrat, setzte sich zusammen aus den Baillis Neveu, Souza, La Tour du Pin; ferner gehörten ihm an die Kommandeure Bardonnenche – Artillerie, Fay – Befestigungen, Tousard – Geniewesen. Vier Kommissionäre wurden vom Großmeister für die einzelnen Länder noch hinzugezogen: Bailli Sarrio für Spanien, Bailli Frisari für Italien, Bailli de Pennes für Frankreich und Bailli Thöring für Bayern, außerdem noch Kommandeur Bosredon Ransijat als Finanzoffizier. Die meisten dieser Mitglieder gehörten dem Staatsrat an.

Aber – und das darf nicht übersehen werden – es gab auch 4000 Malteser, die gerne bereit waren, ihre Waffen für die Franzosen gegen die Ritter zu erheben. Und Napoleon, der an Bord des Flaggschiffs ORIENT die erschreckend große Flotte führte, kannte diese Tatsache nur allzu gut. Frankreich, d. h. die neue Republikanische Regierung von Frankreich, hatte seit 1792 den Orden systematisch unter Druck gesetzt, ihn aller Privilegien beraubt sowie das ge-



samte Ordenseigentum in Frankreich konfisziert. Trotzdem hatte der Orden diesem Lande gegenüber seine Unparteilichkeit beibehalten, so daß alle französischen Schiffe, die Malta anliefen, die erbetene Hilfe und Unterstützung erhielten, ob sie nun Proviant aufnehmen, kalfatern oder sonstige Arbeiten durchführen wollten. Am Morgen des 7. Juni 1798 erschienen vor Malta – zur allgemeinen Überraschung der Bevölkerung – ein Konvoi von ca. 100 Segeln unter dem Kommando von General Cicalaux. Das Auftauchen eines solch großen Geschwaders war Grund genug, die Insel sofort in höchste Alarmbereitschaft zu versetzen. Großmeister und Staatsrat gaben dem Militär Befehl, die Batterien in Stellung zu bringen sowie die Türme und Befestigungen für alle Fälle zu besetzen.

Diese Aktion sollte zunächst den Feind beeindrucken und ihn davon abhalten, aus Furcht vor einem möglicherweise längeren Widerstand seitens der Verteidiger zum Angriff überzugehen. Diese Überlegung wäre auch wahrscheinlich richtig gewesen, hätte nicht Verrat mitgespielt. Aber es gab einige Malteser, die seit einigen Monaten engen Kontakt zu den Franzosen unterhielten.

Zwei Tage später, am 9. Juni, näherte sich ein weiterer Geschwader, bestehend aus 15 Linienschiffen, der Insel. Am gleichen Tag unterbreitete der französische Konsul in Malta, Monsieur Causon, persönlich dem Großmeister das Ersuchen, das er im Auftrage des Oberkommandierenden Napoleon Bonaparte vorbrachte: beiden Geschwadern gleichzeitig die Einfahrt in den Hafen zu erlauben.

Auf Empfehlung des Staatsrates und des Ordensrates hin wurde entschieden, diesem Ansinnen nicht nachzukommen, da es ein Verstoß gegen die bestehenden Neutralitätsgesetze sei. Der Orden, der mit vielen Großmächten zu tun und zu rechnen hatte, fühlte sich verpflichtet, eine strikte Neutralität einzuhalten. Sollten die Franzosen allerdings auf ihrem Ersuchen beharren, dann wünschte Großmeister Hompesch eine schriftlich niedergelegte Anfrage. (Der Beweis dafür, daß der Orden wirklich neutral war, wurde durch seine Haltung im Februar des gleichen Jahres erbracht, als französische Kriegsschiffe auf dem Weg nach Korfu unter Admiral Brueys Malta anliefen. Obwohl man Spionage fürchtete,

und obgleich Frankreich den Orden schädigte und verleumdete, wo immer es konnte, durften die Schiffe in den Hafen einfahren und Trinkwasser tanken. Allerdings erwies sich später, daß die Befürchtungen hinsichtlich der Spionage berechtigt gewesen waren. Die Franzosen nahmen zwar Trinkwasser auf, aber des Nachts entsandten sie Kundschafter auf die Insel und setzten heimlich Agenten ab.)

Als Napoleon die Antwort des Großmeisters erhielt, rief er wütend aus: „Man hat uns Trinkwasser verweigert! Jetzt werden wir es uns holen!“ Sehr erhellend in bezug auf die innere Situation des Ordens ist die Tatsache, daß Großmeister Hompesch zwischenzeitlich von einem führenden französischen Ritter, Bosredon de Ransijat, Sekretär des Schatzmeisteramtes, ein Schreiben erhielt, in dem es hieß:

„Hoheit, auf Grund des großen Mißgeschicks, dem sich der Orden konfrontiert sieht, fühle ich mich – und mit mir viele andere – tief niedergeschlagen. Ein Krieg gegen Frankreich wäre sicherlich die größte Katastrophe, die man sich denken kann. Ich betrachte es daher als meine Pflicht, Ew. Hoheit mit aller für mich so charakteristischen Offenheit darauf aufmerksam zu machen, daß – als ich Mitglied Ihrer Institution wurde – ich mich keiner anderen kriegerischen Verpflichtung zu unterwerfen hatte, als dem Kampf gegen die Türken, unsere verfassungsmäßigen Feinde. Ich könnte niemals einen Kampf gegen mein Geburtsland in Betracht ziehen, zu dem ich mich aus Pflichtgefühl wie auch aus Zuneigung genau so stark hingezogen fühle wie zu unserem Orden. Da ich mich nun in diesem kritischen und schmerzlichen Dilemma befinde, in dem ich – zu welcher Seite auch immer ich mich bekennen mag – von der anderen Seite als Abtrünniger betrachtet werde, bitte ich Ew. Hoheit, es nicht falsch zu verstehen, wenn ich strikteste Neutralität beachte. Gleichzeitig bitte ich Sie um die Güte, ein Mitglied unseres Ordens zu ernennen, dem ich die Schlüssel des Schatzmeisteramtes übergeben kann; außerdem wollen Sie geruhen, mir einen Wohnplatz zuzuweisen.“

Dieser Brief war ein harter Schlag – von innen heraus – für den Orden. Ransijat wurde sofort in Fort St. Angelo in Haft genommen, jedoch bald wieder freigelassen.

Am folgenden Tag, dem 10. Mai 1798, schrieb Causon einen Brief an den Großmeister, durch den letzterer davon in Kenntnis gesetzt wurde, daß sein (des Großmeisters) Vorschlag, nur vier Schiffen gleichzeitig die Einfahrt in den Hafen zu gestatten, von Napoleon mit „Unwillen“ aufgenommen worden sei. Bonaparte sei vielmehr entschlossen, sich mit Gewalt das zu verschaffen, was ihm – wie er es ausdrücken ließ – auf Grund der traditionellen Gastfreundschaft des Ordens zustehe!

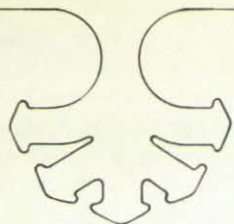
In Causon's Brief heißt es u. a.: „... daß der Oberkommandierende, General Bonaparte, mit Unwillen zur Kenntnis genommen hat, daß Sie die Erlaubnis nicht bzw. nur für jeweils vier Schiffe gleichzeitig geben wollen. In der Tat, wie lange würde es unter diesen Umständen dauern, bis 500–600 Segel Wasser getankt hätten? ... Ich habe die beträchtliche Stärke gesehen, die unter General Bonapartes Befehl steht, und ich sehe auch voraus, daß der Orden dieser Übermacht nicht widerstehen können wird. Unter diesen außergewöhnlichen Umständen wäre es gut, wenn Ew. Eminenz zum Wohle des Ordens, der Ritter und der gesamten Bevölkerung Vorschläge zu einer Verständigung unterbreiten wollten. Der General wird auf keinen Fall meine Rückkehr in eine Stadt zulassen, die er jetzt oder zukünftig als feindliche Stadt betrachten und behandeln muß, und für die es keine andere Hoffnung gibt als die Zuverlässigkeit des Generals Bonaparte, der den bindenden Befehl gegeben hat, die Religion, Sitten und das Eigentum der Malteser in größtmöglicher Weise zu schonen ...“.

Es hat den Anschein, daß die Übermittlung dieses Briefes an den Großmeister absichtlich eine Verzögerung erfuhr.

Am selben Tag, dem 10. Juni, führte der Bischof Vincenzo Labisi, Oberhaupt der katholischen Kirche auf der Insel, inmitten aller Konfusion und Konsternation jener ereignissträchtigen Stunden, und angesichts der ernsthaft drohenden Invasion durch die französischen Truppen, in einer ehrfürchtigen und feierlichen Prozession die berühmte Statue des Heiligen Paulus, des Schutzpatrons der Malteser, durch die Straßen von Valletta.

(Fortsetzung folgt)





## Presseschau DES INLANDS

### Unterirdisches Krankenhaus einsatzfähig

Die Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland staunten, als sie das unterirdische Krankenhaus in Kreuzlingen im Thurgau besichtigten. BVS-Helfer aus dem Kreis Konstanz mit dem Dienststellenleiter der Konstanzer BVS-Dienststelle machten einen Besuch in der Schweiz. Was sie zu sehen bekommen, beeindruckte sie sehr und veranlaßte zu dem Kommentar: „Davon könnten wir uns ein Stück abschneiden!“

Der Ortschef aus Kreuzlingen, Walter Steffen, schleuste die deutschen BVS-Vertreter durch das Labyrinth aus Stahlbeton. „Vierzehn Tage lang können wir hier einen autarken Betrieb aufrechterhalten“, erklärte er, und vergaß nicht den Hinweis, daß kriegerische Auseinandersetzungen der Zukunft nicht nur die Armee bedrohen, sondern die gesamte Nation. Vor drei Jahren sei die Sanitätsdienststelle für 2,3 Millionen Franken gebaut worden. „Von den 17 000 Kreuzlinger Einwohnern könnten wir im Krisenfall schlagartig 95 % in neuen Schutzräumen unterbringen.“

Dreißig Tonnen Druck hält die Bunkerdecke pro Quadratmeter aus, ein Meter dick ist die Erdschicht darüber und 55 cm stark ist der Stahlbetonschutz vor atomarer Strahlung. Die Anlage ist unterteilt in Operations-trakt und Liegeräume, in Küche, Büro, Reinigung, Kommandoposten und Stauraum. Sterilisation, Lager, Labor und Apotheke grenzen aneinander. 2,5 Tonnen Medikamente sind hier gelagert; Nahrung, Medikamente, Ausrüstung, für alles ist gesorgt – vierzehn Tage lang.

(Bodensee-Zeitung, Konstanz)

### Nuklearsprengung schafft Staubecken

Durch eine Veröffentlichung in der sowjetischen „Prawda“ hat die Öffentlichkeit erfahren, daß in der Sowjetunion ein großer Stausee durch den Einsatz atomarer Sprengkörper geschaffen wurde. Die genaue Lage des Sees ist noch unbekannt, doch wird aus bekanntgewordenen Einzelheiten geschlossen, daß er in einer Wüste in Kasachstan liegt.

Durch einen atomaren Sprengsatz wurden – vermutlich in der mittelasiatischen Republik Kasachstan – sechs Millionen Kubikmeter Wüstenboden ausgehoben, wodurch ein Trichter von etwa 500 Meter Durchmesser und 100 Meter Tiefe aufgerissen wurde.

Laut „Prawda“ sank die Radioaktivität „schon nach mehreren Tagen auf Normalniveau“. Bereits im Sommer des gleichen Jahres – die Sprengung fand am 15. Januar 1965 statt – haben die Wissenschaftler das Wasser im See zur Bewässerung freigegeben.

Um den künstlichen See mit Wasser zu füllen, wurde durch den großen Erdwall, der sich um den Krater gebildet hatte, ein Durchbruch zu einem kleinen Fließchen gesprengt. Das Wasser des Sees ist heute frei von jeder Radioaktivität und weist einen guten Fischbesatz auf.

(General-Anzeiger, Bonn)

### S-Bahn-Haltestelle wird Atombunker

Bis zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Stuttgarter S-Bahn im Oktober 1978 soll auch eine Bunkeranlage, die an einem der wichtigsten Halteplätze der S-Bahn liegt, fertiggestellt werden. Die S-Bahn-Haltestelle wird mit einem Kostenaufwand von acht Millionen DM als strahlensicherer Atombunker ausgebaut, der Schutz für 4 500 Personen bieten kann.

Neben Hamburg und Berlin wird Stuttgart dann als weitere Stadt des Bundesgebietes in ihrer S-Bahn einen strahlensicheren Schutzraum besitzen. Allerdings ist noch nicht endgültig geklärt, ob das städtische Amt für Zivilschutz – welches die Anlage nach ihrer Fertigstellung betreuen

wird – die Kosten dafür voll vom Bund ersetzt bekommt.

Tore in der Fußgängerebene und weitere Tore im Gleisbereich können im Ernstfall den Haltestellenbereich hermetisch von der Außenwelt abgrenzen. Diese strahlensicheren Tore werden sicherheitshalber von Hand bedient. Die Luftversorgung erfolgt über ABC-Filter, die auch gegen Splitter geschützt sind.

Zwei Tiefbrunnen sichern auf längere Zeit die Versorgung der Schutzsuchenden; Nahrungsmittel für zwei Wochen werden in gesonderten Räumen eingelagert. Sanitäre Anlagen und eine eigene Notstromversorgung gehören ebenfalls zur Ausstattung.

(Stuttgarter Zeitung)

### Die Landkreise sind dagegen

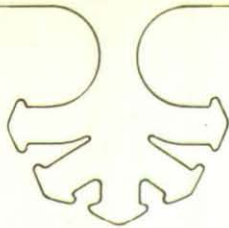
Bedauerlicherweise spielen in Oberbayern die Landkreise nicht mit, wenn es darum geht, die nach dem Gesetz zu bildenden Rettungszweckverbände ins Leben zu rufen. Die für Oberbayern geplanten – insgesamt sieben – Zweckverbände hätten bis spätestens Dezember 1976 gebildet werden sollen. Bisher gibt es lediglich zwei großräumig arbeitende Rettungsdienste: München (Stadt und Land) und Ingolstadt (mit den Landkreisen Pfaffenhofen, Eichstätt und Neuburg-Schrobenhausen).

Schon im Frühjahr 1976 hatte das Bayerische Innenministerium beklagt, daß in Oberbayern – im Gegensatz zu den übrigen sechs Regierungsbezirken – die Widerstände gegen die Neuordnung des Rettungswesens besonders groß seien. Dies stellte erneut der Starnberger Kreistag unter Beweis, der mit 27 zu 24 Stimmen die Bildung eines Zweckverbandes ablehnte, dem außer Starnberg die Landkreise Fürstenfeldbruck, Landsberg und Dachau angehören sollten. Die Gegner der Neuorganisation bezeichneten den vorgesehenen Rettungszweckverband als überflüssig, da auch jetzt schon das Rettungswesen im Kreis Starnberg reibungslos funktioniert.

Notfalls mit Zwangsverfügungen will die Regierung von Oberbayern die widerborstigen Landkreise im größten Bezirk des Freistaates endlich dazu bewegen, die schon überfälligen Rettungszweckverbände ins Leben zu rufen.

(Süddeutsche Zeitung, München)





## presseschau DES AUSLANDS

### Planungen für das Haushaltsjahr 1976/77



## CIVILT FÖRSVAR

Für das nächste Haushaltsjahr beantragt das Reichsamt für Zivilverteidigung 165 Millionen Schwedenkronen. Der größte Teil dieser Mittel soll für Material und Schutzräume verwendet werden – insgesamt etwa 95 Millionen Schwedenkronen.

Gegenwärtig beträgt die Zahl der privaten Schutzplätze etwa 5,1 Millionen. Von diesen Schutzplätzen liegen rund 3,5 Millionen Plätze in der Umgebung von – und in Wohngebieten; 1,6 Millionen Schutzplätze bestehen im Zusammenhang mit Arbeitsplätzen. Hinzu kommen noch rund 85 000 Schutzplätze in öffentlichen Schutzbauten.

In dicht besiedelten Orten fehlen noch Schutzplätze für 1,5–2,0 Millionen Menschen in den Wohnbereichen. Dieser Fehlbestand ist in den 14 großen, dichtbesiedelten Orten sehr bedenklich. Im Laufe des Haushaltsjahres 1966/77 wird in den Innenbezirken dieser Orte die Baupflicht für Schutzräume wieder eingeführt; ebenso sollen Maßnahmen zum freiwilligen Schutzraumbau durchgeführt werden.

Man schätzt in Schweden den Bestand an Schutzmasken für die Bevölkerung auf etwa 2,6 Millionen Stück. Allerdings sind 0,9 Millionen davon als veraltet anzusehen. Im laufenden Haushaltsjahr ist die Produktion von 300 000 Schutzmasken für Erwachsene und von 200 000 für Kinder vorgesehen.

(Stockholm, Nr. 8/1975)

### Broschüre über Lebensmittel-Vorratshaltung



Das norwegische „Zentrale Amt für zivile Bereitschaft“ hat unter dem Titel: „Zur Selbstversorgung beitragen“, eine neue Broschüre herausgegeben.

Diese Broschüre stand auch im Mittelpunkt der Hauptversammlung des Sanitätsvereins der Norwegischen Frauen, an der etwa 1250 Personen teilnahmen, die aus allen norwegischen Regierungsbezirken kamen. Jeder Teilnehmer erhielt eine solche Broschüre; gleichzeitig wurden im Rahmen der Hauptversammlung auch die Lebensmittel ausgestellt, von denen in der Broschüre die Rede ist. Es muß herausgestellt werden, daß Ausstellung und Broschüre lebhaftes Interesse erweckten.

(Oslo Nr. 3/1976)

### Zivildienstpflichtige im österreichischen Zivilschutz



Nach einer vierwöchigen, gründlichen Ausbildung und Einweisung wurden jetzt die dem Niederösterreichischen Zivilschutzverband zugeteilten Zivildienstpflichtigen eingesetzt. Die neun „Zivildienstler“ führen im Bereich des politischen Bezirks Amstetten die Strahlenschutzwerkerhebung durch. Man will auf diese Weise feststellen, ob in den Gebäuden, die keinen Grundschutzraum haben, taugliche Schutzzonen vorhanden sind, die bei einer Bedrohung durch radioaktiven Niederschlag einen behelfsmäßigen Strahlenschutz bieten können. Das Ergebnis dieser Untersuchungen soll jeweils in den Katastrophenschutzplänen der Gemeinde aufgrund des NÖ Katastrophenhilfsgesetzes festgehalten werden.

Die „Zivildienstler“ sind von Montag bis Freitag jeder Woche ganztägig im Einsatz. Die vorbereitenden Arbei-

ten werden von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern des Zivilschutzverbandes durchgeführt.

Nach Abschluß der Erhebungen im Testbezirk Amstetten sollen nach einem Dreijahresplan alle Objekte in Niederösterreich – schätzungsweise etwa 300 000 – erfaßt werden. Sowohl auf Gemeindeebene als auch bei den Bezirks- und Landesbehörden werden danach lückenlose Unterlagen über die möglichen Gegebenheiten eines Schutzes der Bevölkerung vor radioaktivem Niederschlag vorliegen.

(Wien, Nr. 11/12)

### Zivilschutz muß Existenz- berechtigung nachweisen

## Civiltforsvars Bladet



Auf der Hauptversammlung des Landesverbandes des kommunalen Zivilschutzpersonals in Odense erklärte der Vorsitzende, Zivilschutzleiter A. P. Tage, Aalborg: „Die Fähigkeit eines Landes, sich im Kriege zu behaupten, steht und fällt mit dem Zivilschutz. Trotzdem muß der Zivilschutz im Frieden ständig seine Existenzberechtigung beweisen.“

Man sucht dauernd nach einer Lösung, die es ermöglicht, den Zivilschutz mit Aufgaben im Frieden zu betrauen; dabei aber übersieht man, daß, wenn der Zivilschutz die Tätigkeiten der Brandschutz- und Rettungskorps in Dänemark übernimmt, er eben zum Brandschutz- und Rettungskorps wird. Dann haben wir nicht länger einen Zivilschutz – und umgekehrt, wenn die Brandschutz- und Rettungskorps zum Zivilschutz werden, dann haben wir nicht länger mehr einen wirksamen Apparat von Brandschutz- und Rettungskorps. Niemand, der vernünftig überlegt, wird sich einer engeren Zusammenarbeit zwischen allen Organisationen, die Katastrophen bekämpfen, widersetzen. Die ständigen Haushaltskürzungen der letzten Jahre jedoch erscheinen unbillig. Es gibt keinen Zweifel daran, daß die Zivilverteidigung – wenn auch verborgen – vorhanden ist. Leider aber ist sie – vor allem haushaltsmäßig – vergessen.

(Kopenhagen, Nr. 4/1976)





## WISSENSCHAFT UND TECHNİK

### Schimpansen spüren Erdbeben im voraus

Schimpansen scheinen Erdbeben im voraus zu spüren. Dies fand eine Gruppe von Forschern der Stanford-Universität in Kalifornien heraus. Die Wissenschaftler glauben festgestellt zu haben, daß die Tiere ungewöhnlich unruhig werden, wenn Erderschütterungen bevorstehen. Der Gedanke, im Verhalten der Tiere nach Anzeichen für ein Erdbeben zu suchen, ist nicht neu. Chinesische Wissenschaftler beobachteten schon seit einiger Zeit Tierarten, unter anderem Schlangen, die bei bevorstehenden Beben ein ungewöhnliches Verhalten an den Tag legen. Das amerikanische Forscherteam kam eher zufällig auf die Schimpansen als mögliche Erdbebenindikatoren. Eine Professorin, die in einem Außeninstitut der Stanford-Universität in der Nähe des unruhigen San-Andres-Grabens ein Forschungsvorhaben mit Schimpansen verfolgte, stellte vor einer Serie von kleinen Erdbeben fest, daß die Schimpansen ungewöhnlich nervös waren und sich mehr auf dem Boden als auf ihren Klettergerüsten aufhielten.

### Haushaltlöschgerät

Viele Brände mit hohen Sachschäden und Menschenverlusten sind vermeidbar, wenn sie in der Entstehungsphase bekämpft werden können.

Ein leicht bedienbares Haushaltlöschgerät, das schnellste Brandbekämpfung garantiert, und das in Zusammenarbeit mit der Berufsfeuerwehr entwickelt wurde, ist ohne großen Arbeitsaufwand fast in jeder Küche installierbar. Das Haushaltlöschgerät besteht aus einer Schlauchtrommel, auf der ein  $\frac{1}{2}$  Zoll formbeständiger Gummiwasserschlauch von 15 m Länge aufgerollt ist. Am Schlauchende befindet sich eine abstellbare Düse, mit der ein Sprüh-

oder Vollstrahl eingestellt werden kann. Die Bedienung des Haushaltlöschgerätes erfolgt durch das Aufdrehen des Schrägsitzventils. Der Gummiwasserschlauch braucht nicht bis zur vollen Länge von der Schlauchtrommel abgezogen zu werden, denn das Haushaltlöschgerät ist durch eine spezial wasserführende Achse mit jeder abgerollten Schlauchlänge löschbereit. Einbaumöglichkeiten sind überall vorhanden, wo sich ein Wasseranschluß von  $\frac{1}{2}$  Zoll befindet.

### Kabelloser LötKolben

Ein neuentwickelter LötKolben arbeitet mit langlebigen aufladbaren Nickel-Cadmium-Zellen. Das Ladegerät für 220 Volt wird mitgeliefert. Die Aufheizzeit beträgt nur sechs Sekunden. Bei 15 Watt Leistung können etwa 350 Lötstellen mit einer Ladung gelötet werden. Der rote Einschaltknopf hat eine Einschaltsperrung, um ungewolltes Entladen zu verhindern. Eine eingebaute Lötstellenbeleuchtung erlaubt schattenfreies Löten.

### Gehörschutzstöpsel aus Kunststoff

Neuartige Gehörschutzstöpsel schützen das Gehör wirksam vor hohen und somit schädlichen Frequenzen, während tiefere Sprachfrequenzen trotzdem leicht verstanden werden können. Der Gehörschutzstöpsel baut auf einem Mehrkammersystem auf, das im Frequenzbereich 4000 bis 8000 Hertz etwa um 40 Dezibel dämpft. Die Ohrstöpsel sind aus sehr weichem

### Neuer Lehrfilm: „Luftschaum im Einsatz“

Aus der engen Zusammenarbeit von Technikern der Firma Total mit einem fachlich versierten Kamerateam und mit Unterstützung der anerkannten betriebseigenen Werksfeuerwehr entstand ein sehr informativer Lehrfilm über den Umgang mit dem mobilen Schaumgerät.

Neben einem verständlich dargestellten theoretischen Teil über die Grundprinzipien des Luftschaumverfahrens und die Funktionsweise der Geräte nimmt die praktische Demonstration breiten Raum ein. So wird der schulmäßige Aufbau der Geräte für den Löschangriff nach der Feuerwehr-Dienstvorschrift gezeigt und auf alle möglichen Fehlerquellen näher eingegangen. Den Schluß bilden Anwendungsbeispiele für das Verfahren im stationären Bereich. Dieser 15minütige Lehrfilm steht als 16-mm-Lichtton-Kopie kostenlos für Schulungen der Feuerwehren zur Verfügung.

und hautsympathischem Kunststoffmaterial. Sie sind für den Träger kaum spürbar.

Mit Hilfe eines praktischen Einführungstieles können sie selbst mit Handschuhen leicht eingeführt und herausgenommen werden. Die Ohrstöpsel haben eine glatte Oberfläche. Sie sind hygienisch und werden, sobald verschmutzt, einfach weggeworfen.







neue BÜCHER

### **Erste Hilfe bei Vergiftungen**

– Ratgeber für Ärzte und Laien –  
Von M. Dauderer / N. Weger  
Springer-Verlag, Berlin – Heidelberg

Rund 100 000 Menschen sterben jährlich allein in der Bundesrepublik Deutschland durch Gifteinwirkung. Die Ursachen sind in 46,2 % aller Fälle Medikamente, in 40,2 % Haushaltsmittel, in 7 % Giftpflanzen und in 4,2 % Alkohol und Nikotin. Die Zahl der vergifteten Kinder liegt – dies hat eine Zusammenfassung und Auswertung von 12 000 Vergiftungsfällen ergeben – besonders bei Publikumspräparaten, Pflanzen und Medikamenten wesentlich höher als die der Erwachsenen. Die meisten Vergiftungen treten bei Kindern im 2. und 3. Lebensjahr auf; hier am häufigsten durch Haushaltsmittel. Dabei verlaufen die Vergiftungen oft so schnell, daß es nicht mehr möglich ist, ärztliche Hilfe rechtzeitig heranzuholen. Folgerichtig beinhaltet das Buch im ersten Abschnitt eine Zusammenfassung der Maßnahmen, die ein Laie bei einem Verdacht auf Vergiftung einleiten kann. Der zweite Teil beschreibt die Vergiftungsbehandlung durch den Arzt. Die Verfasser behandeln im Abschnitt 4 das ABC der Vergiftungsbehandlung und bringen im letzten – umfangreichsten und wichtigsten – Teil des Buches ein Verzeichnis der Gifte. Wesentlich: Die Aufgliederung in vier Spalten. Die erste Spalte nennt die Vergiftungsmöglichkeiten, in der zweiten Spalte werden die Symptome geschildert; die dritte Spalte nennt die Möglichkeiten der Laien-Therapie, in der vierten Spalte wird die ärztliche Behandlung aufgezeigt. Dankenswert die Tatsache, daß sich das Buch in solcher Breite auch an den Laien wendet.

### **Die Zukunft der westlichen Welt**

Von Daniel Bell  
S. Fischer Verlag, Frankfurt

Die vorliegende Ausgabe wurde von Inge Presser aus dem Amerikanischen übertragen. Der Untertitel: Kultur und Technologie im Widerstreit. Nach der Aussage des Autors lautet die in seinem Buch ausgeführte These, daß die Bereiche Wirtschaft, politische Ordnung und Kultur von einander widerstrebenden axialen Prinzipien beherrscht werden: Die Wirtschaft vom Prinzip der Effizienz, die politische Ordnung vom Gleichheitsprinzip und die Kultur von der Idee der Selbstverwirklichung. Die daraus resultierenden Aufspaltungen haben in den vergangenen 150 Jahren die Spannungen und die sozialen Konflikte der westlichen Gesellschaft geprägt.

Fast die gesamte zeitgenössische Sozialwissenschaft stellt sich die Gesellschaft als eine Art einheitliches „System“ vor, welches um ein bestimmtes Hauptprinzip organisiert ist – ein Hauptprinzip, welches sich seinerseits durch die herrschenden Institutionen zu reproduzieren sucht. Daniel Bell hingegen glaubt, daß man die moderne Gesellschaft am besten analysieren kann, wenn man sie nach der eingangs erwähnten These begreift. Im ersten Teil seines Buches behandelt er in vier Beiträgen die Doppelbindung der Modernität; im zweiten Teil wird das Dilemma der politischen Ordnung abgehandelt. Ein umfangreiches Namens- und Sachregister ist dem Buch eingefügt. Die nach jedem Abschnitt folgenden ausführlichen Anmerkungen umfassen auch die Quellenverzeichnisse.

### **Das Ende der Verschwendung**

Von Dennis Gabor,  
Umberto Colombo u. a.  
Mit Beiträgen von Eduard Pestel  
Ein Tatsachenbericht an den Club  
of Rome  
Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart

Der neue, dritte Bericht an den Club of Rome unterscheidet sich wesentlich von den beiden ersten Berichten „Die Grenzen des Wachstums“ und „Menschheit am Wendepunkt“, die im gleichen Verlag erschienen sind. Es folgt jetzt auf die spektakulären

Trendanalysen über Zukunftsentwicklungen die bisher umfassendste Bestandsaufnahme zur Energie- und Rohstoffsituation, zur Welternährungslage sowie zum Entwicklungsstand neuer Technologien.

Wir haben an dieser Stelle bereits auf die bisher vorliegenden Club-of-Rome-Studien hingewiesen. Auf diesen aufbauend, gehen die Autoren dieses Bandes davon aus, daß sich das Problem der ständigen Zunahme der Weltbevölkerung zunächst nicht lösen läßt.

Auf dieser Basis hat eine internationale Arbeitsgruppe von 35 Wissenschaftlern seit 1973 alle wichtigen Ressourcen, Rohstoffquellen und heute bekannten technischen Alternativen untersucht. Der Bericht wird, gewissermaßen unter der Fragestellung, ob die Menschheit alle Möglichkeiten nutzen oder – soweit sie noch theoretischer Natur sind – ob diese in Zukunft machbar sein werden, zu einer kritischen Materialsammlung praktikabler Lösungsvorschläge für ein Überleben der Menschheit.

### **Empfehlenswerte Hand- und Sachbücher**

**Druckgasse**  
Von Rolf-Heinz Müller  
18. Ergänzungslieferung – Teil B –  
Deutscher Fachschriften-Verlag  
Braun & Co. KG, Mainz – Wiesbaden

**Notstandsrecht der Bundesrepublik  
Deutschland**  
Von Töpfer / Lind  
31. und 32. Ergänzungslieferung  
Stand: 1. September 1976  
Verlag R. S. Schulz,  
Percha am Starnberger See

**Handbuch des Rettungswesens  
Erste Hilfe / Rettungsdienst und  
Krankentransport**  
Fünfte Ergänzungslieferung 2/1976  
Herausgeber Dr. med. F. Biese u. a.  
v. d. Linnepe Verlagsgesellschaft  
KG, Hagen

**Die roten Hefte**  
Von Kern / Vaulont  
Der Einsatzleiter an der Brand- und  
Unfallstelle  
Lehrschriften für den Feuerwehrmann  
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart



Helmut Freutel

# Das Minimagazin

In diesem Monat: Unfälle verhüten!

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . der Montag der unfallträchtigste Tag der Woche ist? Eine beim Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften durchgeführte statistische Sonderuntersuchung über das Unfallgeschehen im Jahresverlauf nach Tagen, Wochen und Monaten liefert insbesondere dazu, einerseits die Kenntnis vom Unfallgeschehen zu erweitern und andererseits bestimmte Sachverhalte zu untermauern.

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . die Zahl der Arbeitsunfälle im Jahresdurchschnitt am Freitag am niedrigsten ist? Am Montag steigt sie gegenüber dem Freitag um fast ein Viertel, am Dienstag um 11,2 %, am Mittwoch um 8,1 % und am Donnerstag um nur noch 5,4 %. Die Hauptursache für das erhöhte Unfallgeschehen am Montag ist in Anpassungsschwierigkeiten zum Wochenbeginn zu sehen, die im Verlauf der Arbeitswoche mehr und mehr überwunden werden.

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . auch die Zahl der Wegeunfälle montags höher als freitags ist? Auch hier liegt das Verhältnis um mehr als ein Viertel höher. Im Vergleich mit der Häufigkeitsverteilung aller Straßenverkehrsunfälle ergibt sich jedoch ein völlig anderer Verlauf. Während die Zahl der gesamten Straßenverkehrsunfälle am Freitag, Samstag und Sonntag maximale Werte erreicht, sind die größeren Häufungen der Wegeunfälle von Montag bis Mittwoch zu beobachten.

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . die meisten Arbeitsunfälle im Juni gezählt werden? Die Sondererhebungen der Berufsgenossenschaften hat für die Bezugszeit eines Jahres die monatlichen Unfallzahlen und Tendenzen sowohl der Arbeitsunfälle als auch der Wegeunfälle

festgestellt. Dabei hat sich ergeben, daß im Juni die Zahl der Arbeitsunfälle etwa 10 % über dem monatlichen Durchschnitt liegen. Das wird auf die Arbeitsbelastung vor den Sommerferien zurückgeführt. Im Juli und August sinkt die Zahl der Arbeitsunfälle wegen der Ferienzeit und erhöht sich wieder stark im September.

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . es im November die meisten Wegeunfälle gibt? Hierbei spielen die jahreszeitlich bedingten Witterungsverhältnisse wie Nebel, herunterfallendes Laub, plötzlich einsetzende Wetterverschlechterung, Schneefälle und Sichtbeeinträchtigung durch die Dämmerung eine große Rolle. Die Zahl der Wegeunfälle im November liegt 24,1 % über dem Jahresdurchschnitt. Nach der Statistik der o. g. Untersuchung läßt ein Überblick über die Monate eines gesamten Jahres folgende Entwicklung erkennen: Von Januar bis April ist die Tendenz fallend und bleibt während der Monate Mai und Juni gleich. Die niedrigsten Werte werden im Juli und August erreicht; sie steigen im September wieder an, setzen sich jedoch im Oktober nicht fort. Die wegeunfallreichste Zeit des ganzen Jahres ist die Zeit von der zweiten Novemberwoche bis zum 24. Dezember.

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . trotz einer Zunahme der Verkehrsunfälle im letzten Jahr weniger Menschen im Straßenverkehr getötet worden sind? Wie das statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, verringerte sich die Zahl der Verkehrstoten in den ersten zehn Monaten des letzten Jahres gegenüber der Vorjahreszeit um 207 oder 1,7 % auf 12 019. Dagegen stieg die Zahl der Unfälle mit Personenschäden um 15 045 oder 5,3 % auf 296 698. Dabei wurden 397 157 Fahrzeugbenutzer und Fußgänger verletzt, 15 284 oder 4,0 % mehr als im Jahre 1975.

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . die Folgekosten von Unfällen in der Bundesrepublik die 50-Milliarden-DM-Grenze pro Jahr bereits merklich überstiegen hat? Sie werden voraussichtlich auch künftig – selbst bei rückläufigen Unfallzahlen – jährlich um 5 % klettern. Bei der Berechnung dieser Zahlen durch Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Bonn wurden neben den Kosten für Ärzte, Sachschäden, Produktionsausfälle, Freizeitausfälle, Verwaltungsarbeiten und Polizeiermittlungen auch Sterbeunfälle und Invalidität berücksichtigt. Bei diesen Berechnungen wurde deutlich, daß die größte Belastung der Volkswirtschaft von den Unfällen im Arbeitsbereich ausgeht. Im Jahre 1974 waren dies etwa 22,4 Milliarden DM. Der Bereich Verkehrsunfälle verursachte 18,6 Milliarden, der Bereich Freizeit acht Milliarden und der Bereich Schule eine Milliarde DM Schaden.

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . nach den Untersuchungen, die auf Anregung des Bundesarbeitsministeriums und der Dortmunder Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsforschung stattfand, im Jahre 1974 in den Bereichen Arbeit, Schule, Verkehr und Freizeit insgesamt 7,2 Millionen Unfälle mit 6,4 Millionen Verletzten und 32 340 Toten registriert wurden? Dabei führten zahlenmäßig die Freizeitunfälle mit 2,8 Millionen die Liste mit der hohen Ziffer von 13 700 Todesopfern an. Es folgten die Unfälle am Arbeitsplatz (2,6 Millionen) mit 3600 tödlicher Verletzungen. Im Straßenverkehr gab es 1,2 Millionen Unfälle mit 15 000 Toten. Diese „Statistik des Leids“ kann und darf nicht als unabänderlich hingenommen werden! Es stellt sich die Aufgabe für alle Verantwortlichen, immer wieder auf die möglichen Unfallgefahren hinzuweisen und durch fortlaufende Information das Sicherheitsbewußtsein zu wecken und zu schärfen. Unfallverhütung muß soziale Verpflichtung aller werden.



Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt  
Vertrieb: A. Bernecker,  
Postfach 140, 3508 Melsungen  
Vertriebskennzahl G 2766 EX

# Plattform für Diskussionen



Die Ausstellungen des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) gibt es als eigens hierfür vorgesehene stationäre Ausstellungsbauten, aber auch als mobile Einrichtungen sowie als schnell aufzustellende Tafelsysteme. Alle Ausstellungen haben die Aufgabe, die Thematik und Zielsetzung des Selbstschutzes wie des Zivil- und Katastrophenschutzes bis hin zur Zivilverteidigung zu verdeutlichen und über die Notwendigkeit und die Möglichkeiten des Schutzes zu informieren. Anschauliche Bilder und Grafiken zeigen dem Betrachter, was Bund, Länder und Gemeinden im Hinblick auf Vorsorge leisten und was vom einzelnen Bürger selbst zu seinem Schutz erwartet wird. Dabei werden nützliche Anregungen vermittelt. Die Ausstellungen – unser Titelbild zeigt das Innere des Ausstellungsbusses der BVS Landesstelle Niedersachsen – sind mit qualifiziertem Personal besetzt, das gerne mit den Besuchern alle Fragen diskutiert und erörtert. Informatives Prospektmaterial unterstützt das Bemühen um sachliche Aufklärung zu einem für jeden Bürger wichtigen Thema.